Montag, 28. März 1983 - D ***
...lichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
...igien 38,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 73 - 13.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc
Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Walesa: Zeit des Sieges wird kommen

AP, Warschau

Der polnische Arbeiterführer ...ch Walesa wird zunehmend von ...n Finanzbehörden des Landes ...drängt und ist auch wieder ins ...euzfeuer der offiziellen Presse...tik geraten. So hat ihn am Wo...enende die Danziger Parteizei...g „Glos Wybrzeza" als „gehor...nes Werkzeug der Provokation" ...zeichnet. Tags zuvor waren er ...d seine Frau im Finanzamt Dan... erneut über ihre persönlichen ...kommensverhältnisse befragt ...rden. Doch Walesa, der nach sei... Freilassung aus der Internie...g im November vergangenen ...res zunächst öffentliche Auf...te vermieden hatte, wird da...ch offensichtlich nur zu neuen ...tivitäten herausgefordert. Vor ...d 600 jubelnden Anhängern in ...nzig erhob der Vorsitzende der ...botenen „Solidarität" gestern ...h dem Verlassen der Kirche die ...ger zum Siegeszeichen und rief: „Die Zeit wird kommen, da ... siegen." Er kündigte an, daß er ... weiteren Prozessen gegen ehe...lige Gewerkschafts-Kollegen ...nehmen werde.

Esser: Aussicht auf stabilen Aufschwung

AP, Hamburg/Stuttgart

Eine ganze Reihe positiver Signale für den wirtschaftlichen Aufschwung sieht der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser. In einem Interview von WELT am SONNTAG äußerte er die Hoffnung, daß „sich die Stabilisierungs- und Aufschwungtendenzen verstärken, so daß der Aufschwung bis in die nächsten Jahre hinein tragfähig ist". Zur Zeit gebe es „eine ganze Reihe positiver Signale: Die Auftragseingänge steigen, die Bauwirtschaft kommt wieder in Schwung und die Automobilindustrie ist optimistisch". Für eine Fortsetzung der Gespräche zwischen dem Bundeskanzler, Gewerkschaften und Unternehmern hat sich der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, ausgesprochen. Im Süddeutschen Rundfunk sagte er, das Gespräch sei wichtig, um den „voraussehbaren Aufschwung nicht zu konterkarieren", indem beispielsweise der Inflationsausgleich zum Tabu erhoben werde.

ZITAT DES TAGES



Der Ernstfall sozialdemokratischer Politik ist eben nicht die Funktionärskonferenz, sondern der Gesangverein, der Kirchenvorstand, die Nachbarschaft, die gesellgesellschaftliche Organisation, der Sportverein, und hier haben wir gewiß Defizite aufzuarbeiten. „

...W-Ministerpräsident Johannes ... über die Lage der SPD nach der ...niederlage vom 6. März.
FOTO: POLY-PRESS

Vorschläge aus Beirut

DW. Beirut/Jerusalem

Der amerikanische Nahost-Sonderbotschafter Philip Habib ist am Wochenende von Beirut kommend in Jerusalem eingetroffen. Nach libanesischen Angaben führt Habib neue libanesische Vorschläge mit sich, mit denen die stockenden Verhandlungen über einen israelischen Truppenabzug aus Libanon vorangebracht werden könnten. Saudi-Arabien ist nach einem Bericht der kuwaitischen Zeitung „Al Anaba" bemüht, Meinungsverschiedenheiten zwischen der PLO und Jordanien zu überbrücken, ehe ein Friedensprozeß mit Israel in Gang gesetzt wird. PLO-Chef Arafat sei zu einem Gespräch mit König Hussein in Jordanien zusammengetroffen.

Asylgesuch

DW./AFP, Malmö

Ein sowjetischer Ballett-Tänzer estnischer Herkunft hat in Schweden um politisches Asyl nachgesucht. Nach Angaben der schwedischen Polizei handelt es sich um einen 29jährigen Mann, der mit seinem Ensemble in der schwedischen Stadt Nässjö gastierte. Seine Identität wurde zunächst noch geheimgehalten.

...geschossen

DW. Damaskus

...wei syrische Armeehubschrau... ...sind, wie erst jetzt von gutinfor...ter Seite bekannt wurde, An... März nahe der Stadt Homs von ...ehörigen der Muslimbrüder ab...hossen worden. Dabei starben ...yrische Soldaten, darunter ein ...rst. Dies war nach einem Jahr ...se die erste gelungene Sabota...eration der Muslimbrüder in ...en. Damals hatten syrische Si...heitskräfte einen Aufstand in ... Stadt Hama niedergeschlagen.

...SSR-Kampfstoffe

AFP, Bangkok

...ie Sowjetunion und ihre Ver...deten verwenden in Afghani... und in Südostasien chemische ...pfstoffe. Das erklärte der fran...sche Außenminister Claude ...ysson am Wochenende zum Ab...luß seines Thailand-Besuchs in ...gkok. Paris lägen „viele über...timmende Zeichen" für die Be...zung chemischer Kampfstoffe ...entlich in Kambodscha vor.

...fontaine: Verrückte

rmc. Oberhausen

...er Bundeskongreß der Jung...alisten in Oberhausen hat gefor..., die Stationierung neuer US-...elstreckenwaffen auf deut...em Boden unter keinen Umstän... zuzulassen. Diese Forderung ...erstützen auch zwei Mitglieder ... SPD-Bundesvorstandes, Oskar ...ontaine und Björn Engholm. La...aine bezeichnete bestimmte Po...er in den USA als „Verrückte". ...hnsinnige", die die US-Politik ...erstützten, gebe es auch in der ...ndesrepublik.
Seite 4

WIRTSCHAFT

China hilft Polen

AFP, Peking

Die Volksrepublik China hat Polen einen zinslosen Kredit in Höhe von 40 Millionen Schweizer Franken gewährt. Wie am Wochenende aus osteuropäischen Kreisen in Peking bekannt wurde, ist der Kredit zum Kauf chinesischer Lebensmittel, Textilprodukte, Schuhe und Autoreifen bestimmt. Außerdem wird China über 10 000 Tonnen Schweinefleisch an Polen liefern. Die entsprechenden Abkommen wurden nach Angaben der Nachrichtenagentur „Neues China" von dem stellvertretenden polnischen Außenhandelsminister Gwiadza und einem Vertreter des Pekinger Außenhandelsministeriums unterzeichnet.

SPORT

Ohne Schuster

DW. Bonn

Jetzt ist es endgültig: Ohne Bernd Schuster (Barcelona) wird die deutsche Fußball-Nationalmannschaft am Mittwoch (30. 3.) in Tirana gegen Albanien das Europameisterschafts-Qualifikationsspiel bestreiten. Schuster möchte nicht in dieser Woche die Geburt seines dritten Kindes versäumen. Nach dem Spitzenspiel Hamburg gegen München (1:1) erhielt Bundestrainer Jupp Derwall auch Absagen von Wolfgang Rolff, Jürgen Milsewski (beide Hamburg) und dem Münchner Wolfgang Dremmler.
Seiten 12, 13, 14

WETTER

Wechselhaft

DW. Essen

In ganz Deutschland wechselnde, verbreitet starke Bewölkung. Zeitweise leichter Regen, in höheren Lagen Schnee. Temperaturen 4 bis 7.

Heute in der WELT

Kohl–Strauß–Genscher bilden Triumvirat für Bonner Politik

Zur Außenpolitik existiert ein gemeinsames Papier von CSU und CDU

MANFRED SCHELL, Bonn

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat angekündigt, daß er auch künftig Einfluß auf die Bundespolitik nehmen wird. Dabei mißt Strauß Verabredungen im Kreis der Parteivorsitzenden mit Bundeskanzler Helmut Kohl und dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher besondere Bedeutung bei.

In einem Interview mit „Bild am Sonntag" sagte Strauß, die drei Parteivorsitzenden „werden in Zukunft alle wesentlichen bundespolitischen Fragen besprechen und abstimmen". Noch vor der Regierungserklärung am 4. Mai, so ist vorgesehen, werden die Parteivorsitzenden ihre Diskussion über die künftige Außen- und Ostpolitik fortsetzen. Grundlage dafür ist für die CDU und CSU ein gemeinsames 20 Seiten umfassendes Positionspapier, das in den Koalitionsverhandlungen „andiskutiert" wurde. Dabei spielte die Einschätzung des Begriffs „Entspannungspolitik" eine besondere Rolle, zumal da in dem Unionspapier auch die Möglichkeit der „Unterbrechung" angesprochen wird. Dagegen meldete Genscher Widerspruch an. Er meinte, auch ein weiteres weltpolitisches Ereignis von der Art des Einmarsches der Sowjets in Afghanistan dürfe nicht dazu führen, daß die gesamte Entspannungspolitik eingestellt werde. Auch darüber soll in dem Gremium der drei Parteivorsitzenden noch gesprochen werden.

Entspannung unterbrechbar?

PETER SCHMALZ, München

Die CSU hat in den Koalitionsverhandlungen zwischen den Unionsparteien und der FDP bewußt auf eine detaillierte Festlegung der außenpolitischen Ziele verzichtet, um eine weitere Verzögerung der Gespräche und Konflikte zu vermeiden. Dennoch sieht die CSU ihre außenpolitischen Vorstellungen ausreichend in dem Papier fixiert, das die beiden Vorsitzenden der Unionsparteien, Kohl und Strauß, unterzeichnet haben. Es behandelt die Außen-, Sicherheits-, Ost-, Deutschland- und EG-Politik und trägt weitgehend die Handschrift von Strauß.

In der CSU ist man entschlossen, den Bundeskanzler bei gegebenem Anlaß an die Einlösung dieser Vereinbarung zu erinnern. Ein CSU-Politiker sagte zur WELT: „Der Kanzler ist für uns in dieser Frage wichtiger als der Außenminister. Und wir werden uns nicht scheuen, Herrn Kohl zu gegebener Zeit zu sagen: Schade, daß du dich gegen die FDP nicht durchsetzen kannst."

Das CDU/CSU-Papier, das in 65 Punkte gegliedert ist, beschreibt die Zusammenarbeit mit Washington als „Dreh- und Angelpunkt deutscher Außenpolitik". Die sowjetische Herausforderung verlange eine volle transatlantische Solidarität; moralische Äquidistanz zu Moskau und Washington wird als „Verrat an der Idee der Freiheit" bezeichnet. Der NATO-Doppelbeschluß wird bekräftigt, in Punkt 7 wird dazu aufgefordert, die Bevölkerung psychologisch auf die Nachrüstung vorzubereiten, falls die Verhandlungen scheitern.

In der Deutschlandpolitik soll „beharrlich auf die Wiedervereinigung" hingearbeitet werden. Die deutsche Frage dürfe nicht nur theoretisch offengehalten, vielmehr müsse für das Recht auf Einheit in Freiheit „aktiv" eingetreten werden. Punkt 20 lautet: „Das Deutsche Reich besteht in den Grenzen von 1937 fort."

In Punkt 24 erklären CDU und CSU ihre Bereitschaft, „die vertraglichen Beziehungen zur DDR auf der Basis von ausgewogener Leistung und Gegenleistung, z. B. beim Swing, bei den innerdeutschen Handelsvorteilen, mit dem Ziel praktischer Ergebnisse zu vertiefen und weiterzuentwickeln". Vertraglich vereinbarte menschliche Erleichterungen dürften nicht seitens der „DDR" durch innerstaatliche Verordnungen und massiven Druck auf die Bevölkerung eingeschränkt werden.

In diesen Fragen sieht die CSU keine erheblichen Schwierigkeiten mit dem Koalitionspartner FDP. Große Differenzen, die für den Bundeskanzler zu einer Bewährungsprobe werden könnten, werden dagegen in den von Punkt 29 an beschriebenen Problembereichen erwartet. In diesem Passus, der sich mit der „realistischen Entspannungspolitik" befaßt, wird in dem Papier die Außenpolitik der früheren Koalition kritisiert: „Die sogenannte Entspannungspolitik der SPD/FDP-Regierungen seit

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Ausschuß der Chefs

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Im In- und Ausland jubelt es im Versmaß des klassischen Osterspaziergangs aus den Medien: „Von Strauß befreit sind Kohl und Genscher!" Als sei München den Rheinlanden völlig entrückt, wird der Verzicht von Franz Josef Strauß auf Bonner Kabinettsrang so kommentiert, als habe der Bayer seinen Rückzug aus der Bundespolitik angetreten. Weit gefehlt – wie meistens –, wenn der Wunsch Vater des Gedankens ist.

Die Wahrheit ist, daß sich der CSU-Vorsitzende von der Bundespolitik gar nicht fernhalten kann, solange es in Bonn eine CSU-Landesgruppe und im Bundestag eine Gemeinschaftsfraktion mit der CDU gibt. Und da der CDU-Kanzler ohne festen Rückhalt bei der Schwesterpartei seine Koalition mit der FDP nicht praktizieren könnte, wird sich die CSU nicht von Kohl unter dem Rubrum „Kanzlerpartei" vereinnahmen lassen, sondern auf Gleichberechtigung mit CDU und CSU bestehen.

Die Gleichberechtigung ist bereits institutionalisiert. Es wurde ein Koalitionsausschuß der drei Parteivorsitzenden Kohl, Strauß, Genscher verabredet, der in Aktion treten soll, wenn über die inhaltliche Auffüllung des in den Koalitionsvereinbarungen festgesetzten politischen Rahmens Streit entsteht. Strauß hat da ein gewichtiges Wort mitzureden, wenngleich er sich, geht es hart auf hart, immer wieder vor die Situation gestellt sehen wird, daß es ein Unding wäre, wegen eines partiellen Konflikts die bürgerlich-liberale Koalition platzen zu lassen, die nach 13 Jahren SPD-Kanzlerschaft endlich erreicht ist.

Wie Strauß die Partie zu spielen gedenkt, läßt sich aus der Tatsache ablesen, daß er die CDU und den Kanzler in der Außen- und Deutschlandpolitik auf eindeutige Positionen festgelegt hat. Interessant, was der Kanzler da alles mit seiner Unterschrift versehen hat.

Denkt Kohl an den Außenminister der Schmidt-Kabinette zurück, so mag es ihm nicht unerwünscht sein, Genscher etwa in der Nahost- oder der Afrika-Politik an die Kandare der CSU nehmen zu können. Strauß wiederum mag es dringlich sein, der FDP nicht die von ihr traditionell beanspruchte Rolle eines Korrektivs der Kanzlerpartei innerhalb der Koalition zu überlassen, sondern seinerseits die FDP zu korrigieren, sobald sie in ihre Sünden der Schmidt-Ära zurückzufallen droht.

Reagan-Angebot für Zwischenlösung

Andropow nennt neues strategisches Defensivkonzept der USA eine Gefahr für die Welt

ms./rmc./DW. Washington/Bonn

US-Präsident Ronald Reagan hat in Schreiben an die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten seine Überlegungen für neue Vorschläge bei den Genfer Verhandlungen über den Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa dargelegt, berichtete die „Washington Post" am Wochenende.

Die Bundesregierung rechnet damit, daß die amerikanischen Vorstellungen schon zu Beginn dieser Woche in die Verhandlungen in Genf eingebracht werden. Dies soll nach den engen Konsultationen zwischen Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl sowie den übrigen Regierungschefs der NATO-Staaten zu erwarten.

In den Briefen wird die in Aussicht genommene Zwischenlösung nicht durch die Nennung von Zahlen eingegrenzt. Der Westen wolle sich damit nicht von vornherein die Hände binden. Aber der amerikanische Unterhändler in Genf, Nitze, wird dort Zahlen nennen.

Ungeachtet dieses Vorstoßes, den Kohl nach der Wahl angeregt hatte, soll das Ziel der Null-Lösung erhalten bleiben und – auch wenn es zu einer Nachrüstung in vollem Umfange oder im Falle einer Zwischenlösung zu einer Teilstationierung von atomaren Mittelstreckenraketen kommen sollte – bei weiteren Verhandlungen angestrebt werden. Durch die Initiative von Präsident Reagan, Zwischenlösungen in Genf anzusteuern, komme die Sowjetunion in Zugzwang, hieß es in Regierungskreisen, weil es jetzt von ihrer Haltung abhänge, in welchem Umfang die NATO im Herbst 1983 nachrüsten werde.

Die Aufforderung Reagans an die Stabschefs der US-Streitkräfte, unabhängig von den Genfer Verhandlungen ein neues strategisches Defensivkonzept mit Strahlenwaffen zu entwickeln, hat der sowjetische Parteichef Jurij Andropow in der Moskauer „Prawda" als Gefahr für die ganze Welt bezeichnet. Denn es werde die „Schleusen" öffnen für ein Wettrüsten bei allen Typen strategischer Waffen, sowohl der offensiven als auch der defensiven. Andropow verwies darauf, daß beide Mächte beim Abschluß des SALT-I-Vertrages die Tatsache anerkannt hätten, daß nur eine beiderseitige Zurückhaltung bei den Defensivwaffen eine Verringerung der strategischen Systeme erlaube.

Das US-Außenministerium bedauerte „Ton und Inhalt" der Andropow-Äußerungen und beschuldigte die Sowjetunion, die westeuropäischen Länder zu „nuklearen Geiseln" machen zu wollen. Der Präsident wolle die Möglichkeiten zur Reduzierung der Abhängigkeit von destabilisierenden offensiven ballistischen Raketensystemen auslosen, aber nicht die UdSSR „entwaffnen" oder sich einen einseitigen Vorteil verschaffen.

Seite 2: Andropows Antwort

Breit warnt vor „Sintflut" von Atomwaffen

dpa/rtr, Köln

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Breit, hat vor einer „Sintflut" der atomaren Waffen gewarnt und gestern dazu aufgefordert, internationale Machtkämpfe nicht passiv nur als Angelegenheit der Mächtigen hinzunehmen.

Auf einem Kongreß der DGB-Jugend kritisierte Breit, daß das „abgrundtiefe Mißtrauen" in Ost und West die Chancen der politischen und militärischen Entspannung verringere. Gegenseitiges Vertrauen dürfe nicht nur am Verhandlungstisch eine Rolle spielen, sondern die Großmächte müßten es auch stets aufs neue damit rechtfertigen, „daß sie auf Aktionen wie den Einmarsch und Krieg in Afghanistan, auf Intervention auf den Falkland-Inseln, massive Einflußnahme auf Einzelländer in Nahost, im Mittleren Osten und in Lateinamerika verzichten.

Gegen eine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa und für den Abbau aller Atomraketen als sichtbares Zeichen hatte sich zuvor das Bundesvorstandsmitglied des DGB, Ilse Brusis, eingesetzt. Der Nachrüstungsbeschluß der NATO zementiere „die verhängnisvolle Strategie des Gleichgewichts des Schreckens". Im übrigen trete die Eigenständigkeit deutscher und europäischer Interessen immer deutlicher gegenüber den Vorstellungen der US-Regierung in den Hintergrund. Die neue Bundesregierung werde sich auch daran messen lassen müssen, inwieweit sie die Entspannungspolitik fortsetze und weiterentwickle.

Kritik an Mitterrands Sparbeschlüssen

DW./ GRAF KAGENECK, Paris

Mit Skepsis und Kritik haben am Wochenende weite Teile der Öffentlichkeit in Frankreich auf die harten Sparmaßnahmen reagiert, mit denen die Volksfront-Regierung innerhalb der nächsten zwei Jahre die Wirtschaft des Landes sanieren will. Am härtesten betroffen fühlt man sich von den einschneidenden Devisenbeschränkungen bei Reisen ins Ausland (670 Mark pro Kopf eines Erwachsenen, die Hälfte für Kinder), die vielen die Ferienfreude verdirbt.

Innerhalb der Sozialistischen Partei wurde auf einer Tagung des Leitungsausschusses (Kleiner Parteitag) am Wochenende in Paris ebenfalls herbe Kritik am Sparprogramm der Regierung laut. Mehrere Redner bedauerten, daß man nicht die Grenzen vorübergehend geschlossen habe, um den Franzosen die Last zu ersparen, den Ausgleich des Außenhandelsbilanz-Defizits alleine zu tragen. Inflation und Arbeitslosigkeit würden jetzt steigen, die soziale Ungerechtigkeit zunehmen. Jean Poperen, die Nummer zwei der Partei, gab der Regierung „einige Monate, in denen sich ihr Schicksal entscheide". Georges Sarre, ein Parteifreund Chevenements vom linken Flügel, sagte zur WELT: „Wir unterstützen die Regierung, aber wir werden jetzt nicht mehr warnen."

Die Gewerkschaften wiesen auf die Gefahr verstärkter Arbeitslosigkeit und Inflation hin. Die Parteizeitung der Kommunisten schrieb, man könne den Bogen leicht überspannen und sich noch mehr als bisher von den im Mai 1981 gemeinsam beschlossenen sozialen Reformen entfernen.

Seite 9: Sanierungsprogramm

„Keine neuen Steuern und Abgaben"

Stoltenberg und Lambsdorff kündigen weitere Sparbeschlüsse der Bundesregierung an

GISELA REINERS, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) haben am Wochenende ihre Auffassungen bekräftigt, daß Steuern und Abgaben nicht erhöht und die Kreditaufnahme des Bundes weiter abgebaut werden solle.

Nach Ansicht Stoltenbergs muß auch der Etat der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg in die Streich-Überlegungen miteinbezogen werden. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) wehrt sich dagegen. Bei einer Rentenreform will er auch die Altersversorgung der Beamten und des übrigens öffentlichen Dienstes nicht schonen.

In einem Interview des Saarländischen Rundfunks sagte Stoltenberg: „Wir müssen noch einmal Sparbeschlüsse fassen ... Den Rahmen für 1984 haben wir auf 6,5 Milliarden festgelegt .... Zweifellos werden auch die sprunghaft dramatisch gestiegenen Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in die Kürzungsüberlegungen einzubeziehen sein."

Wirtschaftsminister Lambsdorff legte sich in „Bild am Sonntag" fest: „Wir stoppen die Zunahme von neuen Staatsschulden. Und: Keine neuen Steuer- oder Abgabenerhöhungen für 1984 und die Jahre danach." Bei der schon im Herbst beschlossenen Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli von 13 auf 14 Prozent werde es allerdings bleiben. Beide Minister, die sich mehrende Aufschwungtendenzen konstatierten, räumten jedoch ein, daß die Stahl- und Werftindustrie ihnen noch Sorgen machen.

Die Sparpläne Stoltenbergs für die Bundesanstalt für Arbeit scheinen schon recht konkret zu sein. So will der Finanzminister
– in den ersten drei Tagen der Arbeitslosigkeit die Unterstützung streichen. Die Ersparnis würde rund 450 Millionen Mark betragen.
– das Arbeitslosengeld in den ersten zwei Monaten der Arbeitslosigkeit von jetzt 68 Prozent des Nettolohns auf 58 Prozent senken (Ersparnis: 900 Millionen)
– das Kurzarbeitergeld von jetzt 68 auf 50 Prozent, für Kinderlose auf 47 Prozent, zusammenstreichen.

Im Bundesarbeitsministerium ist man jedoch der Ansicht, daß am Nürnberger Etat nicht mehr viel zu kürzen ist, nachdem im Herbst schon die Anspruchsberechtigung beschnitten wurde. So hat Anspruch auf einjährige Zahlung von Arbeitslosengeld nur, wer zuvor in drei Jahren für zwei Jahre Beiträge entrichtet hat. Gegenüber 1979 ist das Niveau der Zahlungen an Arbeitslose schon auf rund 62 Prozent gesenkt worden, weil seither alle Schicht-, Nacht- und Feiertagszuschläge nicht mehr in die Berechnung des Nettolohns einfließen, der die Grundlage für das Arbeitslosengeld bildet.

Einstieg in die 36-Stunden-Woche

Tarifabschluß für Chemie / Neue Verhandlungen nach Metall-Spitzengespräch

DW. Bonn

Der Bundesarbeitgeberverband Chemie und die Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik haben sich nach zweitägigen Verhandlungen auf einen Tarifvertrag geeinigt, der vom 1. Januar 1987 an einen Einstieg in die 36-Stunden-Woche vorsieht.

In dem ausgehandelten Tarifpaket ist vorgesehen, daß die rund 660 000 Beschäftigten in der chemischen Industrie 3,2 Prozent höhere Einkommen erhalten. Die Laufzeit für die Tariferhöhung wurde auf 14 Monate festgelegt. Vom 1. September an werden darüber hinaus Arbeitnehmer ab dem 58. Lebensjahr alle zwei Wochen zusätzlich je eine vierstündige „Altersfreizeit" erhalten. Vom 1. Januar 1987 an wird eine wöchentliche „Altersfreizeit" eingeführt, die praktisch die Einführung der 36-Stunden-Woche für diesen Personenkreis bedeutet. Der bisherige Manteltarifvertrag und damit auch die 40-Stunden-Woche für alle übrigen Arbeitnehmer dieser Branche wurden bis Ende 1987 festgeschrieben.

Die Tarifpartner kamen ferner überein, die Ausbildungsvergütungen nicht zu erhöhen, um eine weitere zahlenmäßige Aufstockung der Ausbildungsplätze zu ermöglichen. Die Große Tarifkommission der IG Chemie, die ebenso wie die Arbeitgeber eine Erklärungsfrist bis zum 5. April hat, hat gestern dem Verhandlungsergebnis zugestimmt. Die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saarland haben das Abkommen hingegen abgelehnt, während sechs andere Tarif-Bezirke es unterstützen.

*

rtr, Gravenbruch

Die seit einer Woche blockierten Tarifverhandlungen der Metall-Industrie sollen schon in wenigen Tagen wiederaufgenommen werden. Darauf verständigten sich die Repräsentanten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und der IG Metall am Wochenende während eines Spitzengesprächs in Gravenbruch bei Frankfurt.

Gesamtmetall-Präsident Thiele erklärte anschließend, daß man die Voraussetzungen geschaffen habe, „zu einer raschen Lösung des Tarifkonflikts" in einem regionalen Pilotbezirk zu kommen. Der IG-Metall-Vorsitzende Loderer betonte ergänzend, daß man auch einen Tarifabschluß finden könne, der nicht bei VW „abgeschrieben" sei. Die vierprozentige Tariferhöhung bei Volkswagen war bisher der Punkt, an dem die Verhandlungen für die übrige Metall-Industrie scheiterten.

Seite 2: Altersfreizeit

Sondervollmachten für Belgiens Kabinett erneuert

Wirtschaftliche Probleme sollen überwunden werden

dpa, Brüssel

Die belgische Koalitionsregierung aus Christsozialen und Liberalen hat für ein zweites Jahr Sondervollmachten erhalten, um ohne die langwierige Prozedur von Parlamentsdebatten und Abstimmungen ihre Politik zügig durchzusetzen. Nach der Abgeordnetenkammer gab am Wochenende auch der Senat dem Regierungsprogramm von Premier Wilfried Martens sein Plazet. Mehr als 15 Monate hatte das Kabinett Zeit, seine Entschlossenheit zur Überwindung der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten unter Beweis zu stellen.

Erste spürbare Ansätze einer Rückkehr zur Wettbewerbsfähigkeit mit den wichtigsten Handelspartnern sind bereits zu erkennen. Aus diesem Grund kämpfte Belgiens liberalkonservativer Finanzminister Willy de Clercq daher auf der EG-Währungskonferenz gegen eine von Frankreich geforderte Abwertung des belgischen Franc. Die belgische Regierung wollte nicht die mühsam errungenen ersten Fortschritte durch eine Abwertung des Franc wieder aufs Spiel setzen. Offensichtlich ist es kaum möglich, das Land ohne Sondervollmachten aus seinem finanziellen und wirtschaftlichen Tief wieder herauszubringen.

Eine langfristige Aufgabe wie die Sanierung des Staatshaushaltes, aber auch die Rückkehr zur Wettbewerbsfähigkeit und der Abbau der Zahl der Arbeitslosen, die seit Jahresende eine halbe Million (14,5 Prozent der Erwerbsfähigen) überschritten hat, konnte Martens bereits mit seinen Ende 1982 ausgelaufenen Sondervollmachten anpacken. Das Defizit im Staatshaushalt soll bis 1985 um jährlich 100 Milliarden Franc (4,8 Milliarden Mark) abgebaut werden.

Neue Verschuldungen des Staates aber auch die hohen Sozialkosten haben für das laufende Budget zusätzliche Sparmaßnahmen notwendig gemacht, die von der Regierung kurzfristig nur mit Hilfe von Sondervollmachten bewältigt werden können. Das bedeutet höhere Opfer der Bürger: die Einführung einer Besteuerung der Arbeitslosengelder, Kürzungen im Gesundheits- und Schulwesen sowie der Aufschub der Zahlung der Jahresprämien für die Angestellten des öffentlichen Dienstes bis Anfang 1984.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Altersfreizeit

Von Gisela Reiners

Es wird weniger gearbeitet. Der Trend ist unverkennbar. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) erklärt zwar jede Form der Arbeitszeitverkürzung weiterhin zum Tabu, doch in den einzelnen Branchen sind die Entwicklungen nicht zu übersehen. Der Tarifabschluß für die chemische Industrie liefert den jüngsten Beleg dafür.

Denn IG Chemie und Arbeitgeber haben soeben eine „Altersfreizeit" vereinbart, die eine Verringerung der Zahl der Wochenarbeitsstunden vom 58. Lebensjahr an vorsieht. Seit langem schon gibt es den „gleitenden Übergang in den Ruhestand" für die Beschäftigten der Zigarettenindustrie, und es gibt vergleichbare Regelungen in mehreren Zweigen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Bei VW können in diesem Jahr Arbeitnehmer vom 58. Lebensjahr in den Vor-Ruhestand gehen, und die Bundesbahn übernimmt kurzerhand einen ganzen Jahrgang junger Leute nach ihrer Lehre für eine Vier-Tage-Woche.

Auffallend ist, daß keine Lohneinbußen die Folge sind. (Nur die Bundesbahn zahlt für die Vier-Tage-Woche 80 Prozent des Tarifs.) Dabei haben die Gewerkschaften längst einen Schwenk vollzogen: „Natürlich gibt es keine Arbeitszeitverkürzung zum Null-Tarif", wie NGG-Chef Döding unlängst konstatierte.

Die Frage ist nun, ob eine Arbeitszeitverkürzung, die von den Arbeitgebern aus humanitären Gründen gewährt wird, nicht auch zugunsten neuer Arbeitsplätze gewährt werden kann. Es setzt freilich voraus, daß die Arbeitsbesitzer aus Solidarität mit den Arbeitslosen Lohnverzicht üben. Der Weg über Tarifverhandlungen ist jedenfalls dem über die Legislative vorzuziehen.

Um die festgefahrenen Lohnverhandlungen in der Metallindustrie wieder flottzumachen, haben die Arbeitgeber ein Gesprächsangebot gemacht – mit Erfolg. Sollte eine ähnliche Lösung bei der Arbeitszeitdiskussion ausgeschlossen sein?

Potemkins Tele-Dörfer

Von Werner Kahl

Am Todesstreifen vor der Berliner Mauer im Prominentenviertel Pankow-Niederschönhausen waten „DDR"-Grenzposten zur Zeit in Farbe. Aber nicht nur die Schießscharten bekommen einen (eierschalenfarbenen) pflegeleichten Anstrich. In allerhöchstem Staatsauftrag wetteifern Anstreicherbrigaden entlang der innerstädtischen Grenze um eine neue Optik.

Fassadenmaler turnen an den noch bewohnten Häusern, die zur Kulisse des waffenstarrenden Todesstreifens geworden sind. Die in drei Jahrzehnten kommunistischer Zwangsherrschaft zu Bruchbuden verkommenen Gebäude sollen mit Hilfe von Pinsel und Farbe wieder einen Anstrich von Gediegenheit bekommen. Das neue Kleid kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, was sich hinter den Kulissen abspielt.

Wer in diesen Tagen mit der Stadtbahn Berlin vom Norden zum Süden durchquert, wird unwillkürlich an die Idee des russischen Fürsten Potemkin erinnert, hohen Staatsbesuchern Wohlstand vorzugaukeln: Er ließ Dorfsilhouetten aufstellen und seine Gäste in einiger Entfernung daran vorbeifahren. Potemkinsche Dörfer stehen seitdem sprichwörtlich für Trugbilder, Vorspiegelungen.

Der moderne Potemkin bedient sich dabei der Psychostrategie marxistisch-leninistischer Agitatoren. Zur optischen Täuschung mit Pinsel und Farbe, die nach Westen hin leuchtende Giebeldekorationen blenden lassen, tritt die Drohung. Jüngst galt sie dem Bundesgrenzschutz, weil dieser noch immer das unmenschliche System der tiefgestaffelten Sperren und Todesautomaten vorführt.

Die breit angelegte Offensive – mit den Mitteln der Make-ups bis hin zur massiven Einschüchterung – zielt darauf ab, der Ostberliner Führung eine weitere Aufwertung zu verschaffen: Die schweigende Anerkennung der Mauer als „normale" deutsch-deutsche Grenze. Das bankrotte System und das Blut der Opfer kann übertüncht werden; das Unrecht wird damit nicht gelöscht.

Andropows Antwort

Von Fried H. Neumann

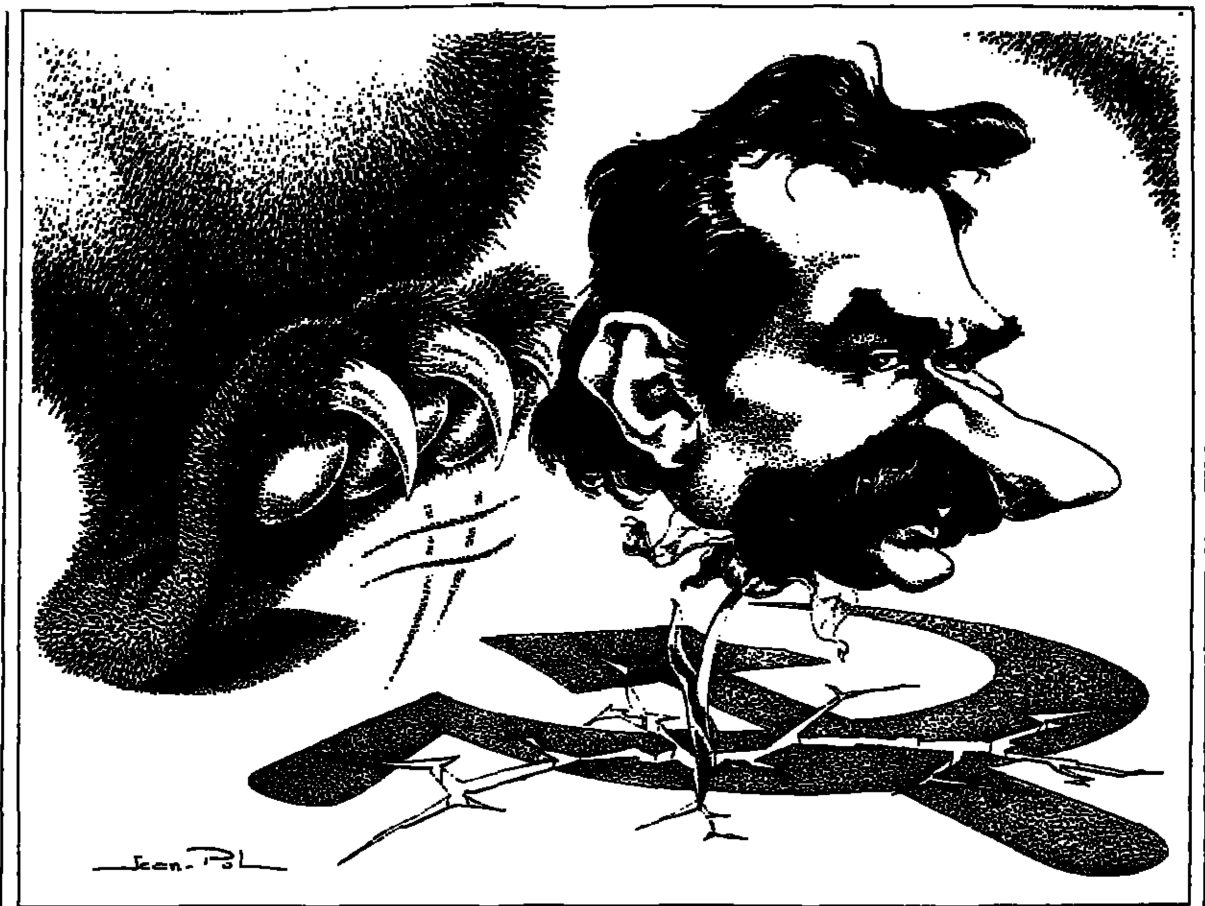
Drei Tage hielt Moskau still, nur flüchtig war Tass auf die Rede Reagans eingegangen. Dann meldete sich Generalsekretär Jurij Andropow selbst zu Wort – in einer Form, die sich bereits zu Breschnews Zeiten eingespielt hat: Alle sowjetischen Zeitungen und das Fernsehen verbreiten die Antworten des Parteichefs auf „Fragen" der Prawda.

Zwar wird vom Generalsekretär eingeräumt, die Sowjetunion habe in den letzten zwei Jahrzehnten tatsächlich ihre Verteidigungsfähigkeit erhöht, aber doch nur, um die strategische Parität mit den USA zu wahren und ihnen die Möglichkeit zu nehmen, „uns mit atomarer Bedrohung zu erpressen". Das sowjetische Drohpotential bleibt kläglich unter dem Tisch.

Andropow hat immerhin bekräftigt, daß Moskau bereit bleibe, mit Washington über die beiderseitige Reduzierung der Atompotentiale zu verhandeln, wenn dadurch das Gleichgewicht nicht beeinträchtigt werde. In Genf, wo man seit langem nicht von der Stelle kommt, wird man es gern hören.

Dem US-Präsidenten unterstellte Andropow, mit seinem Langzeitprogramm die Sowjetunion schlechterdings entwaffnen zu wollen. Denn die Antiraketenwaffen seien dazu bestimmt, der anderen Seite die Möglichkeit eines Gegenschlages zu nehmen.

Natürlich läßt der Kremlchef unerwähnt, daß in der Sowjetunion intensivste Vorbereitungen für die militärische Verwendung von Laserstrahlen und Weltraumsatelliten im Gange sind. Durch diese technischen Entwicklungen, bei denen Moskau einen großen Vorsprung gewonnen hat, ist die vertragliche Regelung von Raketenabwehrsystemen im Zusammenhang mit dem ersten SALT-Vertrag von 1972 unterhöhlt worden. Darüber erfährt man jedoch von Andropow, der fast beschwörend an diesen einzigen noch gültigen zweiseitigen Rüstungsbegrenzungsvertrag erinnert, kein Wort.



ZEICHNUNG: JEAN POL

Wieder klappern die Dominos

Von Heinz Barth

Die Domino-Steine, von denen Dwight Eisenhower vor 25 Jahren zum ersten Mal sprach, klappern jetzt wieder auf den Marmortischen der politischen Literatur. Aber auch nach so langer Zeit können sich Amerikas Star-Kolumnisten nicht einig werden, wie viel oder wie wenig an der heftig bekämpften Domino-Theorie dran ist. Darüber stritten sie schon in den fünfziger Jahren, lange bevor die veröffentlichte Meinung in den USA durch massiven Einsatz die Kapitulation in Vietnam erzwungen hatte. Das hinterließ ein Trauma, unter dem die amerikanische Außenpolitik noch lange leiden wird.

Denn für die Vordenker mit der globalen Friedensvision war es schon damals keine Frage, daß Hanoi sich in seinem nationalen Befreiungskampf gegen die amerikanischen „Unterdrücker" für eine gerechte Sache schlug. Wer an Eisenhowers Domino-Theorie erinnerte, mußte sich darauf gefaßt machen, mit einer Lauge von Herablassung und Besserwissen übergossen zu werden. Außenpolitischer Dilettantismus war das mindeste, was gegen die These des angeblich naiven Militärs Eisenhower ins Feld geführt wurde.

Daß nach Amerikas schmählichem Rückzug aus Saigon nicht nur Südvietnam, sondern auch Laos und Kambodscha von den KP-Strategen einkassiert werden würden, war eine Prophezeiung, die von den analytischen Genies in den Ostküsten-Redaktionen und an den efeuumrankten Hochschulen Neuenglands lächerlich gemacht wurde. Als die Dominos in Südostasien dann tatsächlich fielen, überkam die Gegner Johnsons und Nixons, die von ihnen zur Kapitulation gezwungen worden waren, ein verlegenes Schweigen. Es wurde auf einmal still um Eisenhowers Theorie.

War es ein Schweigen aus Betroffenheit, wie man wohl hoffen durfte? Leider nicht. Denn heute, da Ronald Reagan es zu verhindern sucht, daß an einer anderen Stelle des Globus, in der Karibik, die Domino-Steine einer nach dem anderen fallen, lebt die Polemik gegen Eisenhowers Theorie mit neuer Schärfe wieder auf. Es ist dem Präsidenten nicht vorzuwerfen, daß er sich bei seiner Hilfsaktion für die Regierung El Salvadors, die aus demokratischen Wahlen hervorging, zu weit vorwagt. Amerikanische Truppen sind nicht in Mittelamerika eingesetzt. Niemand im Weißen Haus würde riskieren, sie in den Kampf zu schicken. Außer einer Handvoll Militärberater und einer nicht zu großzügig bemessenen Finanzspritze hat El Salvador nicht viel von Washington zu erwarten. Dafür sorgt schon der Kongreß, der jeden Dollar für die von der kommunistischen Expansion bedrohten Länder mit spitzen Fingern zahlt.

Offensichtlich haben Amerikas liberale Vordenker, die keine Nachdenker sind, wie einst die französischen Reaktionäre, nichts vergessen und nichts dazugelernt. Sie verfahren nach einem einfachen Rezept: Es wird nicht zur Kenntnis genommen, daß die Dominos, die nach 1975 in Asien klapperten, längst auch in der Karibik zu fallen begonnen haben. Nicht El Salvador ist der „erste Domino", wie ein bekannter Kolumnist behauptet. Der erste Stein, der fiel, hieß Kuba. Dann folgte eine lange Pause, zu der Moskau durch Chruschtschows kapitalen Irrtum, das kubanische Raketen-Abenteuer, gezwungen wurde.

Doch seit einigen Jahren purzeln die Dominos wieder. Grenada und Nicaragua sind bereits gefallen. El Salvador ist das nächste, Guatemala wohl das übernächste Ziel. Da wird es für die Gegner der Domino-Theorie immer schwerer, den Nachweis zu führen, daß kein Zusammenhang zwischen den Ländern besteht, die dem Terror des Linksextremismus ausgeliefert sind. „Die Dominos stürzen nicht, weil sie vom langen Arm Moskaus oder Havanas umgestoßen werden", möchte uns Stanley Karnow einreden, „sondern weil sie innerlich schwach sind und auch ohne Zutun von außen stürzen würden."



Der Vater der Domino-Theorie: Dwight D. Eisenhower, 1952 bis 1960 US-Präsident FOTO: UPI

Da fragt sich natürlich jeder, warum das revolutionäre Sandino-Regime Nicaraguas seine Guerrillas aussendet, um den Bürgerkrieg nach El Salvador zu tragen. Es sind ziemlich klägliche Argumente, die Reagan von seinem Eingreifen in Zentralamerika abhalten sollen. „Gesunde Gesellschaften", so werden wir belehrt, „haben keine Terroristen" – als ob es in der Karibik je gesunde Gesellschaften gegeben hätte. Bemüht sich aber einmal ein Land um seine politische Stabilisierung, wie es El Salvador bei den letzten Wahlen tat, dann wird das systematisch heruntergespielt. Die langen Schlangen, die damals in dem kleinen Land vor den Wahllokalen anstanden, während in der Nähe die Maschinen-Pistolen der Guerrilla ratterten, huschten sekundenschnell über westliche Bildschirme – dann wurde schleunigst abgeschaltet.

Merkwürdig, daß Amerikas demokratische Opposition sich so wenig für die Neuwahlen erwärmen kann, die in El Salvador noch dieses Jahr, ungewöhnlich früh nach der letzten Wahl, abgehalten werden sollen – nicht um den Friedenswillen der Mehrheit zu bestätigen, der keiner Bestätigung bedarf, sondern um ein weiteres Mal für die Demokratie, den parlamentarischen Pluralismus und gegen die Linksdiktatur zu demonstrieren. Es ist entlarvend, daß ausgerechnet die demokratischen Tugendwächter des Westens von solchen Wahlen nichts wissen wollen. Sie ziehen schematische Parallelen, als ob es keinen Unterschied der Bedrohung zwischen den Dominos Asiens und der Karibik gebe, die auf der Türschwelle der USA klappern.

IM GESPRÄCH David Steel

Glatte Schale, harter Kern

Von Fritz Wirth

Dieser junge Mann" – so nannte ihn einst Margaret Thatcher. Mehr fiel ihr zu David Steel nicht ein. In dieser fast nichtssagenden Beschreibung machte jedoch der Ton die Musik. Sie sprach diese drei Worte nicht mit großzügiger mütterlicher Fürsorge, sie sprach sie ärgerlich wie eine Frau, der ein Lausbube soeben die Fensterscheiben eingeworfen hat.

Sie lag mit dieser Beurteilung richtig, denn „dieser junge Mann" mag aussehen wie ein netter, wohlerzogener Junge von nebenan und wie der erste Chorknabe der britischen Politik, in Wahrheit verbirgt sich hinter diesem Image einer der härtesten, ausgekochtesten und zielstrebigsten politischen Taktiker in Westminster. „Dieser junge Mann" ist seit Monaten eine der höchstgeachteten Persönlichkeiten der britischen Politik. Wenn die Meinungsforscher die Briten befragen, wen sie denn für den fähigsten Premierminister halten, fällt ihnen seit langer Zeit nach Frau Thatcher zuerst immer David Steel ein.

Sie liegen mit diesem Urteil richtig, denn David Steel macht überhaupt kein Geheimnis daraus, daß der Einzug in Downingstreet 10 für ihn die einzig denkbare Endstation seiner politischen Karriere ist. Er wußte seit dem Jahre 1975, als er – 37jährig – die Führung der britischen liberalen Partei übernahm, daß er und seine Partei aus eigener Kraft niemals den Weg zur Macht schaffen würden. Es ging nur Hukkepack, und dazu war ihm nahezu jeder Partner recht.

Daher ließ er sich bereits kurze Zeit später aufs Lib-Lab-Bündnis mit James Callaghan ein, wobei er, unerfahren und naiv, zunächst von seinen neuen Partnern schnöde überfahren wurde. Steel rächte sich jedoch an der Labour-Party, indem er im Juli 1979 nach Brüssel reiste und dort den damaligen EG-Präsidenten Roy Jenkins, der signalisiert hatte, daß er zu den Liberalen überlaufen wolle, überredete, seiner Partei fernzubleiben und statt dessen eine vierte politische Partei zu gründen, eben die Sozialdemokraten.

Zwei Jahre später überzeugte er dann auf der Königswinter-Konferenz die britischen Sozialdemokraten, daß es für beide Parteien auf dem Wege zur Macht nur eine gemeinsame Zukunft gebe, indem sie sich zu einer Allianz vereinigen.



Bringt er die Liberalen an d[...] Macht zurück? – David Steel FOTO: CAMERA-PRE[...]

Es war kein ungefährlich[...] Spiel. Es gibt in seiner Partei st[...]ke Kräfte, die in dieser zielstre[...]gen Macht-und-Bündnis-Polit[...] Steels einen Verrat an liberal[...] Prinzipien sehen. Steel machte i[...]nen jedoch klar, daß er nicht ber[...] ist, eine Partei zu führen, die [...] tiefer politischer Diaspora die r[...]ne, ungetrübte Lehre des Liberali[...]mus predigt.

Er ist 45, Sohn eines presbyteri[...]nischen Pfarrers aus Schottlan[...] studierte Recht in Edinburgh u[...] zog 1964 als jüngster Abgeordnet[...] ins Unterhaus ein. 18 Monate sp[...]ter war er bereits eine nationa[...] politische Figur. Der Pfarrerssoh[...] war der Vater des „abortion law[...] das die Schwangerschaftsunte[...]brechung legalisierte.

Sein gegenwärtiges „standing[...] als höchstgeachteter Politiker d[...] britischen Opposition ist nicht n[...]peinlich für den „rechtmäßigen[...] Oppositionsführer Michael Foo[...] sondern auch für seinen engen A[...]lianz-Freund Roy Jenkins. Den[...] eigentlich sollte dieser Roy Jen[...]kins schon vor drei Monaten offi[...]ziell als designierter Premiermini[...]ster der sozialliberalen Allianz vo[...] gestellt werden. Da die britische[...] Wähler jedoch öffentlich viel meh[...] von Steel als von Jenkins halte[...] wurde diese sozialliberale „Königs[...]wahl" zunächst verschoben.

Steel selbst ist jedoch nach wi[...] vor bereit, Jenkins den Vortritt z[...] lassen. Denn „dieser junge Mann[...] hat im Gegensatz zu Jenkins eine[...] großen Vorzug: Er kann warten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Das Blatt nennt die Reagan-Äußerung über ein neues auf Zukunftswaffen basierendes Verteidigungskonzept „merkwürdig widersprüchlich":

Reagans Initiative bringt ungewohnte, unvertraute, verlockende, problematische Vorstellungen in die Diskussion, und sie wirft eine Fülle von Fragen auf in einem Augenblick, wo man von Washington Antworten erwartet. Antworten besonders darauf, wie der anscheinend stockende doppelte Verhandlungsprozeß in Genf weiterzuführen sei, der die Reduktion interkontinentaler wie „eurostrategischer" Vernichtungswaffen zum Gegenstand hat. Dieser Prozeß ist bekanntlich nicht bloß eine diplomatische Angelegenheit. Er hat, da es um die nukleare Nachrüstung in Westeuropa geht, unmittelbare und weitreichende politische, öffentliche Wirkung. Wie wird sich Reagans neue Vision auf die Lösung dieser alten Verwicklungen auswirken? Der amerikanische Präsident hat Antworten dazu auf das Monatsende in Aussicht gestellt.

NORDWEST-ZEITUNG

Das in Oldenburg herausgegebene Blatt befaßt sich mit dem SPD-Politiker Ehmke:

Horst Ehmke verläßt mit seiner Kritik an der beabsichtigten Stationierung von Pershing-2-Raketen die gemeinsam erarbeiteten Grundlagen des NATO-Doppelbeschlusses. Er fällt damit auch der von Helmut Schmidt vorgezeichneten Verteidigungspolitik in den Rücken. Seine Kritik an der Haltung der nuklearen Planungsgruppe ist auf breiter Front unberechtigt. Sie läßt sich wahrscheinlic[...] nur durch die auseinanderdrifte[...]den Flügel in der SPD-Fraktio[...] erklären, die Ehmke integriere[...] will, obgleich es in dieser Frag[...] wenig zu integrieren gibt. Darübe[...] hinaus ist Ehmkes Absicht, sozus[...]gen im Vorfeld der Genfer Ve[...]handlungen auf die Stationierun[...] von Pershing-2-Raketen zu ve[...]zichten, für die Sicherheitsintere[...]sen der Bundesrepublik schädlich[...] weil dadurch der Verhandlungs[...]druck auf die Sowjetunion entfal[...]len oder abgeschwächt würde[...] Realistisch betrachtet ist es dahe[...] nur gut, daß dem Einfluß Hor[...] Ehmkes auf die Sicherheitspoliti[...] des Westens Grenzen gesetzt sin[...]

BERLINER MORGENPOST

Die Zeitung merkt zur Verleihung der Be[...]liner Ehrenbürgerschaft an den Ameri[...]ner Shepard Stone an:

In diesen Tagen wurde deutlic[...] wie verwoben die Geschicke d[...] freien Berlin und der Vereinigt[...] Staaten sind. Mit Shepard Sto[...] wurde ein Mann Ehrenbürger Be[...]lins, der die Stadt zu seiner zweit[...] Heimat gemacht hat. Und [...] deutsch-amerikanische Konfere[...] bekräftigte eine geistige, kulture[...] und politische Partnerschaft, [...] für Berlin von existenzieller [...]deutung ist... Häufig genug [...]ben in den vergangenen Jah[...] unbedachte und häßliche antiam[...]rikanische Ausfälle das Bild Be[...]lins in den Vereinigten Staaten v[...]dunkelt. Man denke nur an [...] tobsüchtigen Krawalle anläßl[...] des Berlin-Besuchs von Präsid[...] Reagan. Berlin – das ist im wo[...]verstandenen Sinne des Wo[...] wahrhaftig die Wiege der deuts[...] amerikanischen Freundschaft.

Strahlenkanone – das Mittel gegen die letzte Waffe

Mit einem zerplatzenden Luftballon im Ambassador-Hotel von Los Angeles fing alles an / Von Adalbert Bärwolf

In Hollywood hatte begonnen, was heute nicht mehr Hollywood ist: Reagan und Waffenstrahlen. Die Vereinigung der Elektro-Ingenieure in der Cellophanmetropole hatte 1961 die Presse ins Ambassador-Hotel von Los Angeles geladen, das Hotel, in dem Robert Kennedy sieben Jahre später erschossen wurde. Und in der Presseshow von Hollywood durchlöcherten und vernichteten die jungen Physiker Haynes und Buddenhagen des Hughes-Forschungslaboratoriums zur Eröffnung der Ingenieurstagung mit einer Lichtkanon aus einem Rubinlaser effektvoll und mit lautem Knall einen roten Luftballon. So kamen am selben Abend die Todesstrahlen ins amerikanische TV und in die Zeitung. Spätestens am nächsten Tage ging den Militärs ein Licht auf.

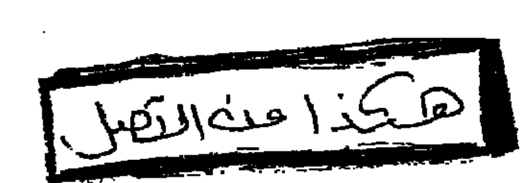
War das das Mittel gegen die „letzte Waffe", die Interkontinentalrakete? Fünf Jahre nach dem vom Kreml angekündigten ersten Flug einer sowjetischen Superlangstreckenrakete interkontinentaler Reichweite zeichnete sich am technologischen Horizont eine lichtgeschwinde Waffe gegen die „letzte Waffe", gegen das ballistische Geschoß ab, das mit seiner atomaren Ladung via Weltraum innerhalb von zwanzig Minuten unabwehrbar jeden Punkt der Erde zu erreichen und zu vernichten vermag. Doch das ballistische Geschoß, das mit achtzehnfacher Geschwindigkeit des Schalls heranrast und lautlos tötet, bleibt bis zur Stunde ohne Abwehr. Denn es gelang weder Ost noch West, eine wirksame Gegenwaffe zu entwickeln. Nike X, Zeus Sparta oder Sprint oder Galosch hießen die erdachten und erprobten Gegenwaffen. Mit neuen Radars, deren Antennen nicht mehr rotierten, sondern deren Mikrowellenstrahl blitzartig schwenkte, versuchten die Forscher, die heranrasenden Nukleargefechtsköpfe zu orten und ihnen eine explodierende Atombombe entgegenzuschleudern. Doch die Offensive behielt mit der Technik der nuklearen Mehrfachsprengköpfe bis heute die Oberhand. Die Amerikaner haben es aufgegeben, ihre Option aus dem Anti-Raketenvertrag von 1972 überhaupt zu nutzen, und die sowjetischen Gegenraketen um Moskau sind kaum mehr als ein symbolischer Schutz.

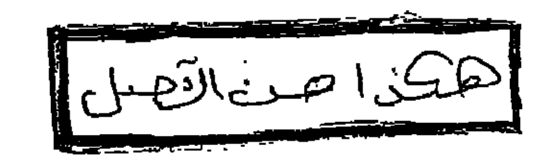
Mit dem Auftrag Reagans an die amerikanischen Wissenschaftler, in umfassenden und intensiven Anstrengungen Waffen zu entwickeln, die das ballistische Atomgeschoß neutralisieren könnten, greift der Präsident in den Raum des Vakuums, den die heranrasenden Geschosse mit ihren Supermegatonnenlasten durcheilen. Reagans Beschluß kommt gleichzeitig einer Militarisierung des Weltraums gleich, einer Entwicklung, die ohnehin seit Sputnik ihren Gang nahm und die auch für viele Erdenbürger deutlich war, seit der sowjetische Fliegermajor Juri Gagarin und der amerikanische Oberst des Marinecorps, John Glenn, die Erde als lebende Nutzlasten in künstlichen Monden umkreisten.

Die Amerikaner klammerten sich jedoch in ihrer Öffentlichkeitsarbeit an die zivilen Aspekte der Raumfahrt mit dem Erfolg, daß der Enthusiasmus der ersten Jahre schnell verblaßte. Mit der Aussicht auf eine neue Beschichtung von Bratpfannen lassen sich auf die Dauer schlecht jährlich fünf Milliarden Dollar auftreiben. Reagans Initiative rückt die militärische Bedeutung der Raumfahrt in das rechte Licht. Denn hätte sie nicht diese Bedeutung, dürfte die Raumfahrt bei dem Milliardenaufwand gar nicht stattfinden. Die Energiezentren, die Herz-Zentren und die Krebszentren auf der Erde hätten die Gelder viel, viel notwendiger.

Präsident Reagans Vision und Auftrag an Amerikas Forschungszentren, die von den ballistischen Atomraketen ausgehende Multimegatonnenbedrohung durch immaterielle Waffenstrahlen zu überwinden und damit schließlich den russischen Schrecken zu brechen, wird sich auf zwei Großkomplexe konzentrieren: einmal Entwicklung der Systeme, die in der Lage sind, die notwendig hohen Energiekonzentrationen für die Waffenstrahlen zu erbringen, und zum anderen Erforschung der Ortungstechnik zum Erfassen der angreifenden Raketen. Am Ende der Vision schweben einige Dutzend Wachtürme im Kosmos, die mit ihren Infrarotsensoren jeden irdischen Raketenstart, vor allem jeden Salvenstart, erkennen können. Diese Sensoren verfolgen die Raketen in der Aufstiegsphase, [...] die Flugbahn bestimmt. Phot[...]sche Rechner, die die elektrisc[...] Computer ablösen werden, ber[...]nen den günstigsten Augenb[...] zum „Kill" des atomaren An[...]fers durch die nichtatom[...] Strahlenwaffen. Kohärentes L[...] im Gleichschritt seiner Wellen, [...] 23 Jahren von Theodore Mai[...] mit dem ersten Laser der Welt [...]monstriert, könnte das.

Die Kriegstechnik ist beweg[...] Mal ist die Offensive vorn, ma[...] Defensive. Heute halten sich [...] ballistischen Fernwaffen der [...]maren Offensive in Ost und [...] gegenseitig in Schach. Die L[...]waffe aus Hollywood, die 1961 [...] roten Luftballon in der Presses[...] von Los Angeles abknallte, [...] das Potential, eines Tages an[...]fende rote Atomraketen im V[...]um abzuknallen. Es besteht [...] kleine Chance, daß die Initi[...] Präsident Reagans, die zun[...] zwangsläufig zu einem Wettr[...] in kosmischen Räumen fü[...] muß, eines Tages erreicht, da[...] Schreckenswaffen von heute [...] dem Schrotthaufen von mo[...]landen werden.





)er Reichtum am Golf droht m Sand zu versickern

on PETER M. RANKE

ie *fast* endlose Flugpiste von Doha führt ins hitzeflimmernde Nichts. In der Ferne nnt man ein neues Hotel, Pal- das Meer. Aber höchstens alle bis drei Stunden landet oder et eine Maschine. Touristen men nicht, nur Geschäftsleute pakistanische Arbeiter. Der platz hat fast eine halbe Mil- Dollar gekostet. Aber im nde könnten die Reisenden die benachbarten Plätze in rain oder Abu Dhabi benutzen, n sie nicht in anderen Staaten n und die Straßen dorthin bes- wären.

eun moderne Großflugplätze es heute auf arabischer Seite Golf, vier von ihnen wären flüssig, wenn die Grenzbehör- Kuwaits, Saudi-Arabiens, Bah- s, Qatars und der Emirate bes- usammenarbeiten würden. Al- eun (in Kuwait, *Dhahran*, Bah- Doha, Abu Dhabi, Dubai, ja, Ras el Khaima und Mascat) ten sich um die internationa- Fluggesellschaften als Kunden. tabel sind die Milliarden-Inve- onen allenfalls in Kuwait, Bah- und Dhahran. Nur die Militärs est und Ost mögen sich über einladenden Landebahnen in Nähe der Ölfelder freuen.

anlich wie den Flugplätzen es den über vierzig Luxus- Fünf-Sterne-Hotels in der region: Sie stehen ziemlich ssen in der Wüste. Die mei- haben nicht einmal eine Aus- ung von fünfzig Prozent, daran en italienische oder französi- Delikatessen oder das Heer nationaler Köche wenig än- Allein das Hotel-Personal aus n, von den Philippinen oder anka verdient und sendet die r-Schecks nach Hause. Ledig- dem Scheich von Sharja ge- es mit Subventionen, seine ls mit Touristen aus Mitteleu- zu füllen. Doch erst einmal stöhnen sie über die gepfef- n Preise.

n Jahre eines ungeheuren Öl- tums gehen für viele Araber zu Ende. Junge, im Westen ausgebildete Studenten am Golf und westliche Diplomaten stellen sich besorgt diese Frage, was davon übrigbleibt, denn die Einkommen schwinden angesichts des sinkenden Ölpreises, Entwicklungspläne werden gestrichen, die Unterhaltung unrentabler Anlagen wird teurer für die Staatskassen und Privatschatullen. Allein Saudi-Arabien kann sich mit seinen Dollarreserven von etwa 150 Milliarden noch hohe Ausgaben leisten, Kuwait machte 1982 schon sechs Milliarden Minus.

Wird es nach dem nationalen Aufruhr in den fünfziger und sechziger Jahren ein neues „arabisches Erwachen" geben, wenn erst einmal in aller Offenheit gefragt werden darf: Was haben die Könige, Präsidenten und Scheichs eigentlich mit dem Ölreichtum angefangen? *Wo sind die Milliarden geblieben?* Freie Krankenhäuser und Schulen, Auslandsstudium, soziale *Leistungen.* Einige Industriewerke. Gut, sie geben Millionen von Fremden Lohn und Brot. Aber wie geht es weiter?

Keine der großen Zukunftsaufgaben in der arabischen Welt ist wirklich in Angriff genommen worden. Durch eine ungeheure Verschwendung wurden Milliarden verbaut oder flossen in den aufgeblähten Konsum. Die Abhängigkeit von der Industrie in Japan und im Westen und von Millionen asiatischer Arbeitskräfte ist ins Groteske gestiegen. Das Denken in Clans und Cliquen verhindert Fortschritt. „Sie denken von zwölf bis Mittag und vor allem an sich", teilt uns in Doha ein indischer Arzt seine Erfahrungen mit.

Ob die Bevölkerung aufbegehrt, wenn die ausgedehnte soziale Fürsorge und der „schnelle Schein" im Basar nicht mehr möglich sind? Wohl kaum. „Wir kommen auch mit weniger aus", hörten wir oft zwischen Mascat und Doha. „Vor allem können wir auch ohne Fremde, ohne Ungläubige leben." Persien und Khomeini sind offenkundig nicht weit: Rückkehr zum einfachen Leben als religiöses Gebot.

Doch zehn Jahre Reichtum werden ja nicht völlig vertan. Neugepflanzte Palmen, die künstliche bewässerte Landwirtschaft, die Entsalzungsanlagen, die neuen petrochemischen Werke, die Häfen und Hochäuser – kündigen sie nicht vom Fortschritt, sind die nicht Guthaben für eine Zukunft ohne Öl? Ja und nein. Kein westlicher Betriebswirtschaftler kann den neuen Industrieanlagen ein rentables Wirtschaften bescheinigen, wenn jede Fachkraft und jedes Ersatzteil weiterhin eingeflogen und daher teuer bezahlt werden müssen. Dazu kostet der schnelle Verschleiß durch Klima und mangelhafte Wartung hohe Summen.

Von der Rüstung gar nicht zu reden. Jedem saudischen Piloten etwa steht ein voll eingerichtetes Haus, dazu Sportplatz und Schwimmbad zur Verfügung, wenn er in die neue Luftbasis Tabuk versetzt wird. Im Haus fehlen weder das Silberbesteck noch der Mixer für die Obstsäfte. Die Messen saudischer Marine-Offiziere sind gesschmückt mit teuerstem Kristall, und ein einfacher Armee-Mechaniker in Abu Dhabi bekommt monatlich umgerechnet zweitausend Mark. Warum? Kaum jemand ginge sonst freiwillig zur Armee.

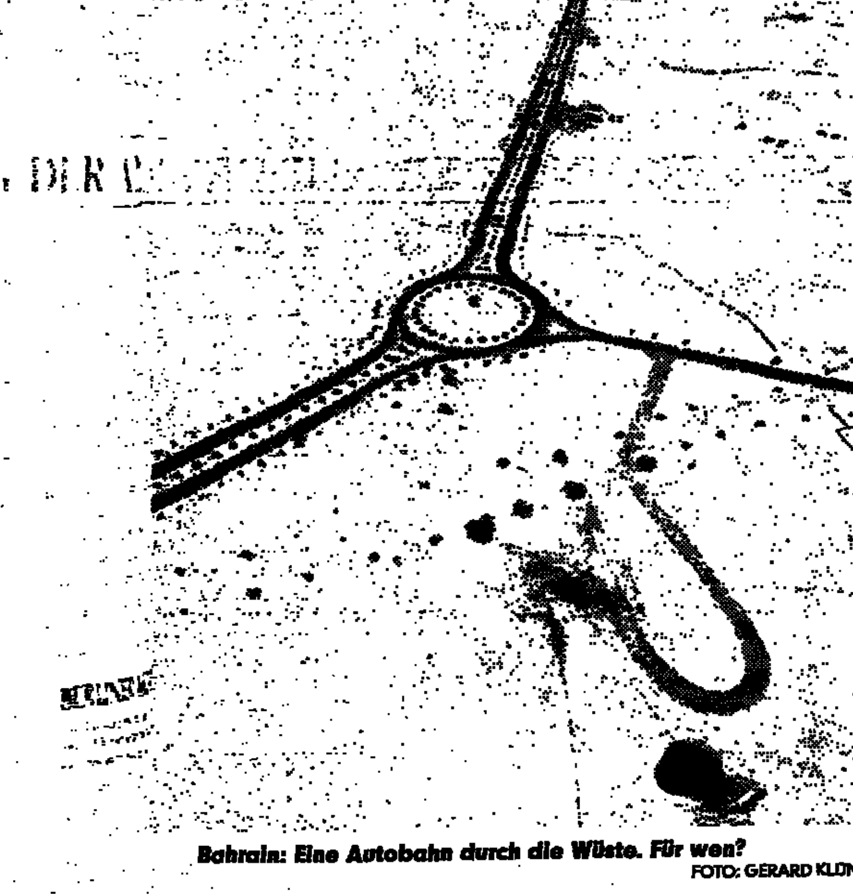
Was nicht nur Diplomaten oder Manager westlicher Firmen, sondern auch dem arabischen Mittelstand auffällt, ist die mangelnde übernationale Planung. Da ist das Nachbarland Sudan mit so viel Land und Wasser, daß es den gesamten Nahen Osten und Afrika mit Korn und Fleisch versorgen könnte, wenn man nur das Geld zur Erschließung bereitstellte. Aber Khartum muß für arabisches Öl jährlich 500 Millionen Dollar kostbare Devisen ausgeben, das Land ist praktisch bankrott und kann seine 20 Millionen Menschen kaum noch ernähren. Sicher, die Saudis und ihre Banken gaben zögernd einige Kredite. Doch der große Wurf, die tatkräftige Erschließung Sudans, blieb aus, während nebenan in Arabien das Geld mit vollen Händen und oft sinnlos ausgegeben wurde. Entwicklungshilfe wird fast ausschließlich dem Westen überantwortet.

Oder zum Beispiel Ägypten. Mit Ölgeld hätte man die notwendige Umsiedlung der Fellachen an den oberen Nil oder selbst an den Tigris in Angriff nehmen können, wie es die Iraker ansatzweise versucht haben. Aber Bagdad hat kein Geld mehr zur Ansiedlung der Fellachen, es hat 30 Milliarden Dollar Schulden wegen des Golfkrieges. Und Ägypten erstickt fast schon unter seinen 45 Millionen Menschen, alle zehn Monate werden es eine Million mehr. Hätte das Nil-Land wie 1950 nur dreißig Millionen, wäre es ein reiches Land.

Doch islamischer Fundamentalismus verhindert Geburtenkontrolle. Daher gibt Kairo heute schon sieben Millionen Dollar täglich für Lebensmittelimporte aus, die Subvention der Grundnahrungsmittel kostet jährlich 316 Millionen Dollar und wächst ständig mit der Bevölkerung.

Der heutigen Generation in der arabischen Welt wird bei knappen Kassen wahrscheinlich bald klarwerden, daß man mehr aus den Öl-Milliarden gewinnen konnte als tatsächlich geschehen ist. Zuviel ist bereits versäumt worden. Und das ist nicht dem Westen oder gar dem Palästina-Problem anzulasten. Dafür tragen Egoismus, nationale Vorurteile und mangelnder Zukunftssinn die Verantwortung – zu Lasten kommender Generationen zwischen Nil und Euphrat, Jordan und Indischem Ozean.

(SAD)





Bahrain: Eine Autobahn durch die Wüste. Für wen?
FOTO: GERARD KLIJN

Eine Front gegen den drohenden Verlust von 3600 Arbeitsplätzen: HDW-Arbeiter beim Protestmarsch auf dem Werftgelände in Hamburg
FOTO: CORNELIA GUS/DPA

Ein Kampf mit dem Tod auf Raten

Von WALTER H. RUEB

Betriebsratsvorsitzender Holger Mahler ballte die Faust und drohte dem Chef der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG: „Sie verstehen Ihr Handwerk, für das Sie bezahlt werden. Bei Ihren Glanztaten, wie man systematisch Deutschlands größte Werft kaputtbekommt, leisten Sie ganze Arbeit. Solche Heldentaten werden sicherlich entsprechend honoriert... Aber Sie, Herr Ahlers, werden uns noch kennenlernen. Wir Arbeitnehmer von der HDW werden nicht zusehen, wie man uns die Arbeitsplätze unter dem Hintern wegzieht..."

Die Drohungen des Betriebsratsvorsitzenden geben die Stimmung auf den Werftanlagen der HDW in Hamburg und Kiel wieder. Keiner der fast 12 000 Mitarbeiter hat für das Sanierungskonzept, das seit Tagen zwischen Waterkant und Alpen Schlagzeilen macht und die Abkürzung des Unternehmensnamens mittlerweile bis in den hintersten Winkel Deutschlands zu trauriger Berühmtheit kommen ließ, ein Wort der Zustimmung.

Der geplante Abbau von 3600 Arbeitsplätzen und von Sozialleistungen, die Verschärfung der Kurzarbeit und vor allem die Einstellung des Schiffsneubaus in Hamburg haben auf den Werften Unruhe und Unsicherheit, heftige und von Sorgen geprägte Diskussionen ausgelöst und mehrere Warnstreiks zur Folge gehabt.

Schon am frühen Morgen schwimmen ganze Schiffsladungen geballter Wut und Empörung, wilder Entschlossenheit und Kampfbereitschaft von den St.-Pauli-Landungsbrücken hinüber zum Werk Ross der HDW. Da greifen Hunderte von Händen bereitwillig, ja gierig nach bunten Extrablättern der KPD; kein Flugblatt von SPD oder Grünen landet zerknüllt in den trüben Fluten der Elbe.

Dicht gedrängt, Schulter an Schulter und mit harten Gesichtern stehen und sitzen die Schiffsbauer während der Überfahrt zu „ihrer" Werft nebeneinander, eine unruhige, solidarische Truppe, die viel Dampf abläßt. Und es dampft im warmen Schiffsinnern, weil die Männer aus dem Schneeregen kommen.

Fäuste knallen auf die Tische, böse Worte fallen. Die deutschen sind zu verstehen, jene aus dem Munde türkischer Gastarbeiter sind zu erraten. „Nach dem Krieg haben wir diese Werft wiederaufgebaut", schimpft ein Arbeiter. „Und wir waren es auch, die dafür gesorgt haben, daß sich einige unserer Bosse Villen im Tessin bauen konnten. Und jetzt schmeißt man uns raus."

Die Überfahrt dauert kaum zehn Minuten – eine lange Zeit, in der sich Empörung, Angst und Sorgen in den Gesprächen ballen. „Weil die nicht weiterwissen, nehmen sie denen alles weg, die sowieso nichts haben." Manchmal dringen Schlagworte durch: „Norddeutschland darf nicht zum Armenhaus der Nation werden", sagt einer und stopft die DKP-Zeitung in die Tasche.

Manche hocken still da, nahezu apathisch, einige lehnen fast unbeteiligt an der Wand, andere klammern sich an metallenen Stangen fest. „Der ganze Vorstand gehört abgelöst", brüllt einer. Sein Blick fällt auf mich. Mißtrauen tritt in seine Augen. Er verstummt. Die Umstehenden werden aufmerksam. Einige drehen sich um, suchen nach dem Grund der Verunsicherung ihres Kollegen. Trotz allen Ungestüms beim Protest, trotz aller Empörung sind Unsicherheit und Furcht vor den Folgen unvorsichtigen Verhaltens spürbar. Keiner will wohl riskieren, seinen Arbeitsplatz wegen unbedachter, überzogener Äußerungen zu verlieren.

Hinter vielen Worten zeigt sich Resignation

Eine bedrückende Schweigsamkeit begleitet uns auf den restlichen Metern. Schließlich ist das Werk Ross, für viele in diesen Tagen eine Art Endstation Sehnsucht, erreicht. Das Anlegemanöver ist kurz. Die Tore öffnen sich. Die Masse wälzt sich an Land, in breiter Front. Auch hier stehen Kameraden mit Flugblättern und Extrablättern. SPD, Grüne, DAG und KPD scheinen allgegenwärtig.

Im Strom der Arbeiter fühlt man sich geborgen, sicher. Aber so leicht kommt in diesen Tagen kein Fremder auf das Werksgelände, schon gar nicht am Tag der Betriebsversammlung. Ordner, Kontrolleure und Männer vom Werkschutz sind auf Posten. Einmal auf dem Werksgelände, bleibt man vom Werkschutz unbehelligt. Der Weg zur Kantine ist markiert von Strömen von Arbeitern in Dunkelblau und von gelben und braunen Schutzhelmen.

In der riesigen Halle sind eine Stunde vor Beginn der Betriebsversammlung schon viele Plätze besetzt. Bei Kaffee und Butterbroten sind die Arbeiter zugänglich. Hier sind sie unter sich, fühlen sich sicher. Mißtrauen verfälscht kein Gespräch. Offenheit ist Trumpf.

Was diese Offenheit offenbart, ist teilweise erschreckend. Von der Aggressivität auf dem Schiff ist einiges gewichen. Hinter vielen Worten manifestiert sich gar abgrundtiefe Resignation. „Wir erleben hier nichts anderes als den Tod auf Raten", klagt ein etwa Fünfzigjähriger. „Von 21 500 Mann ist die Belegschaft in wenigen Jahren auf 12 000 abgebaut worden. Und bald werden es noch 4000 weniger sein."

Ein anderer spricht ruhig und zündet sich eine Zigarette an. Seine Hand zittert nicht. „Ich brauche um meinen Arbeitsplatz keine Angst zu haben", erklärt er. „Ich bin im Maschinenbau beschäftigt. Wir haben genug zu tun, machen sogar Gewinne. Aber die anderen..."

Einige der anderen sitzen am Tisch nebenan. Gibt es hier eine Zwei-Klassen-Belegschaft? Bei einem Rundgang durch die Halle bekommt man Einblicke und überraschende Erkenntnisse. Man stößt auf jene, deren Zukunft gesichert ist, dann auf die, deren Hände vom Schiffsbau schwielig sind, die demnächst überflüssig werden. „Sollen wir ins soziale Elend abgleiten?" fragt einer von ihnen. Oft lassen die Sätze erkennen, daß die Berge bedruckten Papiers auf Tischen und in Taschen nicht ungelesen bleiben: „Ist das Mitbestimmung, was wir hier erleben?" fragt einer. „Wann bekommen die Bosse für ihre Arbeit die Große Verdienstmedaille der Bundesrepublik?" höhnt ein anderer. Einer packt mich am Kragen, schüttelt mich. „Ist das euer Aufschwung?"

Ein Stimmengewirr brodelt um den Tisch. Da wird über die „Schweinerei des Verkündungstermins erst nach den Wahlen in Schleswig-Holstein" geschimpft, die „Einführung der 35-Stunden-Woche trotz allem" gefordert, die „vom Verkauf bedrohten Werkswohnungen und die dann steigenden Mieten" ins Gespräch gebracht. Einer stößt vor Erregung seinen Kaffeebecher um, mehrere bekommen rote Gesichter, drei rufen gleichzeitig: „Ich gehe aus meiner Wohnung nicht raus."

„Wo bleibt da die soziale Verantwortung?"

Schuldzuweisungen fehlen bei den meisten Schimpfkanonaden. „Schuld, was heißt das schon", meint ein grauhaariger Mann. „Schuld sind alle: Hamburg, das Land Schleswig-Holstein, die Bundesrepublik." Ob denn die neue Bundesregierung nach ihrer Meinung tatsächlich die Verantwortung trage? „Nein", winkt der Grauhaarige ab. „Schuld ist die Krise im Schiffsbau. Aber der Staat muß etwas für uns tun. Egal, ob eine SPD- oder CDU-Regierung am Ruder ist."

Alle anderen zollen dem Sprecher Beifall, mehrere klopfen ihm auf die Schultern. Der Alte hebt die Hand: „Entlassungen in einem staatseigenen Betrieb? Das darf es nicht geben. Ist das staatliche Fürsorge? Wo bleibt da die soziale Verantwortung?"

Ein Pfeifkonzert unterbricht ihn. Am Eingang der Kantine entsteht Bewegung. Alles erhebt sich, Stühle fallen um. Viele klettern auf Bänke und Tische. „Der Ahlers", schreit einer. Gellende Pfiffe begleiten den HDW-Vorstandsvorsitzenden beim Spießrutenlaufen zu seinem Platz. Er macht ein ernstes Gesicht. „Am Montag bekommst du im Aufsichtsrat die Antwort", ruft ihm jemand zu. „Das steht jetzt schon fest, daß dein Sanierungskonzept abgelehnt wird."

In der jubelnden Zustimmung geht die Skepsis des Grauhaarigen unter. „Die machen trotzdem, was sie wollen", meint er. „Und wir sind die Dummen. Verdammt, welches Elend..." Inmitten aufgeregt gestikulierender Arbeitskollegen sitzt er auf seinem Stuhl, blickt mich an, zuckt mit den Schultern – ein Bild der Resignation. Schließlich gibt er sich einen Ruck, ruft mir zu: „Aber es bleibt ja noch der Stingl."

Mertes für Gemeinsamkeit mit Opposition

dpa, **Bonn**

Die Wiederherstellung einer breiten Gemeinsamkeit zwischen Regierung und Opposition in Grundfragen von Sicherheit und Abrüstung hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), gefordert. Dadurch könnten die Chancen der Genfer Verhandlungen erhöht werden, erklärte Mertes gestern in Bonn.

Nach dem Inkrafttreten der Ost-Verträge und Helmut Schmidts Londoner Initiative zur Nachrüstung mit Mittelstreckenwaffen habe die CDU/CSU von 1977 an fünf Jahre lang alle Positionen der Regierung Schmidt/Genscher im Bereich der politischen und militärischen Friedenssicherung beschlossen und uneingeschränkt mitgetragen. Die parlamentarische Absicherung der Verhandlungspositionen der Bundesrepublik Deutschland im atlantischen Bündnis und im Ost-West-Verhältnis sei auch heute ein Erfordernis höchster Dringlichkeit, meinte Mertes.

Die staatspolitische Verantwortung aller demokratischen Parteien müsse bei Fragen dieser Tragweite Vorrang haben vor innenpolitischer Taktik. „Hans-Jochen Vogel würde eine nationale Leistung ersten Ranges im deutschen Interesse vollbringen, wenn er die SPD-Bundestagsfraktion zum klaren Bündniskurs Wehner/Schmidt/Leber/Apel zurückführen würde", sagte der CDU-Politiker.

Soerensen ab 19. April vor Gericht

dpa, **Düsseldorf**

Vor dem 4. Strafsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichts beginnt am 19. April der Spionage-Prozeß gegen den dänischen Journalisten Flemming Soerensen (52), der zwischen 1970 und 1979 in Bonn für Ost-Berlin als Agent gearbeitet haben soll. Soerensen, der seit dem 3. September vergangenen Jahres in Untersuchungshaft sitzt, hat bislang jede Agententätigkeit bestritten. Nach Angaben des Oberlandesgerichts sollen in dem Verfahren, das vorerst bis Mitte Mai terminiert ist, 30 Zeugen und drei Sachverständige gehört werden. Nach Auffassung der Karlsruher Bundesanwaltschaft hatte sich Soerensen spätestens im Jahre 1970 vom militärischen Nachrichtendienst der „DDR" als Agent anwerben lassen.

Späth hält an Bau von Wyhl fest

AP, **Freiburg**

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth hält unverändert an der Absicht fest, trotz aller Widerstände und Proteste in der betroffenen Region das seit acht Jahren heftig umstrittene Kraftwerk Wyhl am Kaiserstuhl zu bauen. Späth erklärte in Freiburg, die Landesregierung sehe den 1300-Megawatt-Reaktor angesichts der für die 90er Jahre erwarteten Zuwachsraten beim Stromverbrauch als notwendig an.

Jugendweihen in der „DDR"

AP, **Berlin**

In der „DDR" hat am Wochenende die alljährliche sozialistische Jugendweihe begonnen, an der in den kommenden Wochen etwa 290 000 vierzehnjährige Mädchen und Jungen teilnehmen werden, wie die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN berichtete. Im Mittelpunkt dieser staatlichen Gelöbnisfeiern, steht das Versprechen der Jugendlichen, sich „zu ihrer sozialistischen Heimat" zu bekennen und „sich für den Frieden einzusetzen".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die 12. Deutsch-Amerikanische Konferenz in Berlin

Besorgnis über die Zukunftsangst in Europa

AXEL SCHÜTZSACK, **Berlin**

Die Bundesrepublik und die USA haben ein größeres Interesse an der Aufrechterhaltung der Abschreckung als jede andere Nation. Das erklärte der Amerikaner Robert Ellsworth zum Abschluß der 12. Deutsch-Amerikanischen Konferenz in Berlin. Da die Abschreckung jedoch im wesentlichen ein „psychologisches Phänomen" sei, könne es durch Mißverständnisse und Fehlkalkulationen unterminiert werden, fügte Ellsworth hinzu.

Die Bedeutung der Abschreckung und die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West nahmen in den dreitägigen Beratungen in Berlin einen breiten Raum ein. Welchen Rang die Beziehungen zwischen Bonn und Washington in den Augen der Amerikaner haben, machte Ellsworth deutlich, als er erklärte, daß die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik die „beiden Eckpfeiler eines internationalen Systems" seien, dessen Erhaltung und Weiterentwicklung im gemeinsamen Interesse liege.

In den Beratungen der Deutschen und Amerikaner in Berlin wurde jedoch auch deutlich die Besorgnis zum Ausdruck gebracht, daß in der öffentlichen Meinung Europas das Verständnis für die Zusammenhänge von Sicherheit, militärischer Abschreckung und Aufrechterhaltung eines militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West in einem bedenklichen Maße einer Zukunfts- und Kriegsangst gewichen ist. Die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in die Sicherheitspolitik des Bündnisses wurde deshalb als dringendste, jedoch auch schwierigste Aufgabe der Allianz bezeichnet.

Erleichterung in den USA

Eine wichtige Voraussetzung dafür sei die Aufrechterhaltung beider Teile des Brüsseler Doppelbeschlusses. Die Erleichterung der Amerikaner darüber, daß dies nach dem Ergebnis der Bundestagswahlen am 6. März durch die Regierung in Bonn in vollem Umfang gewährleistet ist, war nicht zu überhören. Dennoch wurde mit Nachdruck von dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Kenneth Dam auf die Notwendigkeit der Entschlossenheit des Bündnisses zur Modernisierung sowohl der strategischen Streitkräfte als auch im Bereiche der Mittelstreckenraketen hingewiesen, da nur auf diese Weise ein Einlenken der Sowjets bei den Genfer INF-Verhandlungen zu erreichen sei. Die Erfahrung lehre, daß die Sowjets „umsonst keine Zugeständnisse machen", erklärte Dam. Er wies in diesem Zusammenhang mit Nachdruck darauf hin, daß die europäischen Bündnispartner auf Grund der Brüsseler Beschlüsse zur Dislozierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen verpflichtet seien, falls in Genf ein Abkommen nicht erreicht werde. Dam versicherte zugleich, daß die Amerikaner jeden vernünftigen Vorschlag der Sowjets prüfen würden, der mit den Prinzipien des Bündnisses in Einklang zu bringen sei.

Osthandel ausbauen

Angesichts der gewaltigen sowjetischen Aufrüstung, der Gefahr eines wachsenden Protektionismus und einer erschreckend hohen Arbeitslosenzahl im Westen sowie erheblicher politischer Meinungsunterschiede innerhalb der Allianz, forderte Dam die Ausarbeitung einer „neuen gemeinsamen Strategie", um die Herausforderungen auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet bewältigen zu können.

In den Beratungen über den Gesamtkomplex der Ost-West-Beziehungen und der bündnisinternen Problematik wurde allerdings deutlich, daß durchaus unterschiedliche Auffassungen über die Substanz einer gemeinsamen neuen Strategie der Allianz bestehen. Zwar wurde sowohl von deutscher als auch von amerikanischer Seite versichert, daß man nicht daran denke, einen Wirtschafts- und Handelskrieg mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten zu führen. Doch gingen die Meinungen darüber auseinander, ob der Ost-West-Handel weiter ausgebaut oder eingeschränkt werden solle. Nicht nur von deutscher Seite wurde die Ausweitung des Handels als ein stabilisierender Faktor der Ost-West-Beziehungen bezeichnet. Auch der amerikanische Senator Charles Mathias plädierte dafür, den Russen neue Möglichkeiten eines erweiterten Handels anzubieten, vor allem auch, um „ein anhaltendes Wachstum" im eigenen Lande zu garantieren.

Dank an Amerika

Von AXEL SPRINGER

In seinem Verlagshaus an der Mauer begrüßte der Berliner Verleger Axel Springer am Samstag die Teilnehmer der 12. Deutsch-Amerikanischen Konferenz der Atlantik-Brücke e. V. und des American Council on Germany mit einer Rede, die wir im Auszug wiedergeben.

Als ich diese Dank- und Grußworte vorbereitete, stieß ich auf eine Äußerung von Präsident Ronald Reagan, die er jüngst gemacht hat. Der Präsident sagte:

„Die Sowjets haben das Tempo ihrer Rüstung nicht verringert, und sie benutzen ihre militärische Macht, um ihren Einfluß auszubauen und ihren Willen in jeder Ecke der Welt durchzusetzen."

Dies erinnert mich an einen Brief, den vor fast 60 Jahren der Schweizer Diplomat Carl Burckhardt an seinen Freund, den österreichischen Dichter Hugo von Hofmannsthal, schrieb. In diesem Brief aus dem Jahr 1925 kritisiert Burckhardt die westlichen Staatsmänner seiner Zeit wegen ihrer Haltung gegenüber Deutschland. Er sagte, es wäre falsch und potentiell gefährlich, den demokratischen Kräften der Weimarer Republik das Leben schwerzumachen. Er sah voraus, daß dies zu einer Diktatur in Deutschland führen würde.

Aber in diesem Brief sagte Burckhardt auch, daß auf lange Sicht die größte Gefahr für den Westen von Entwicklungen östlich der deutschen Grenze kommen würde. Burckhardt warnte davor, daß alle auf Deutschland starrten, aber niemand in die riesigen Regionen zwischen der Ostsee und dem Pazifik blickte, wo die größte Machtzusammenballung in den Händen dogmatischer Revolutionäre entstand.

Wenn man Burckhardts Brief heute liest, ist man von seinem Weitblick betroffen.

Nach dem Scheitern der demokratischen Staatsmänner in Deutschland, Walter Rathenau, Friedrich Ebert, Gustav Stresemann, Otto Braun, Heinrich Brüning – um einige zu nennen – übernahm ein Wahnsinniger die Macht. Binnen weniger Monate erhielt er vom Westen mehr Zugeständnisse, als alle demokratischen Staatsmänner der Weimarer Republik in 14 Jahren erhalten hatten. Aber im Gegensatz zu ihnen war sein Ziel Zerstörung, nicht Zusammenarbeit. Sein Ziel war Krieg, nicht Frieden.

Er begann, wie wir wissen, den größten und grausamsten Krieg der Geschichte. Und er schuf einen noch schrecklicheren zweiten Kriegsschauplatz – die Vernichtung der jüdischen Menschen in Europa, die Ermordung von sechs Millionen Juden.

Dies ist übrigens ein Grund, warum besonders wir Deutschen alles in unserer Macht Stehende tun müssen, um dem Staat Israel beizustehen, dem Staat, den die Überlebenden des Holocaust für sich und ihre Kinder errichtet haben.

Und lassen Sie mich ein Wort des Dankes an Sie Amerikaner sagen, für die Unterstützung, die Sie dem modernen jüdischen Staat gegeben haben, seit er gegründet wurde. Wir wissen und Sie wissen: Ohne Ihre Hilfe hätten sie nicht überlebt.

Ein halbes Jahrhundert ist vorüber seit Hitlers Machtergreifung. Wo stehen wir heute?

Die Welt hat sich sehr verändert. Deutschlands anmaßender Traum, eine Supermacht zu werden, wurde unter den Ruinen von halb Europa begraben. Europa ist geteilt, Deutschland und Berlin sind geteilt, und die Bedrohung der freien Welt, die Burckhardt vor zwei Generationen voraussah, ist realer und gefährlicher geworden.

Zum Glück hat die westliche Welt nach dem Zweiten Weltkrieg anders gehandelt als nach dem Ersten. Statt einer Politik der Bestrafung begann eine Politik der Zusammenarbeit, der Freundschaft. Der freie Teil Deutschlands wurde eingeladen, ein Teil der freien Welt zu werden.

Dank der Anwesenheit der amerikanischen Soldaten ist Westeuropa heute frei, und es gibt keinen Ort auf der Welt, wo die Menschen dafür dankbarer sind als hier in Berlin. Heute wissen wir, daß Zusammenarbeit und Übereinstimmung mit Amerika das Fundament ist und sein muß, auf dem deutsche Außenpolitik beruht.

Wir sind Ihnen, allen Amerikanern, dankbar, daß durch Ihre Hilfe die Menschen von Berlin frei sind. Daß dieses Berlin ein Leuchtturm der Hoffnung für die geknechteten Völker Osteuropas ist. Amerika ist noch immer die beste Hoffnung für die Welt, daß die Freiheit nicht von dieser Erde verschwindet.

Koalition: Krach über Protokolle

ms. **Bonn**

Bei den Koalitionsgesprächen ging es hinter den Kulissen manchmal doch hitziger zu als außenstehende Beobachter registrieren konnten. Vor allem war dies bei der Abfassung der Protokolle der Fall. CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber warf – als es mit der Kodifizierung zum Beispiel der Rentenbeschlüsse hakte – dem Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, „schlampige Protokollführung" vor.

Schreckenberger wies diesen Vorwurf unter Hinweis auf seinen hohen Beamtenstatus als Beleidigung zurück, was wiederum Stoiber zu der Aussage veranlaßte, von einem so hohen Beamten müsse man ein einwandfreies Protokoll erwarten können. Schreckenberger, so hieß es im Kanzleramt, habe noch Tage lang Groll gegen die CSU gezeigt.

Insgesamt hatten die Generalsekretäre Geißler, Stoiber und Frau Adam-Schwaetzer Mühe, die Tagesergebnisse vom Koalitionstisch am Abend in ein Protokoll zu gießen. So kam es, daß sie aufgrund unterschiedlicher Papiere ihre Parteigremien unterrichteten. Das FDP-Papier enthielt zum Beispiel zum Thema Rentensicherung zusätzliche Formulierungen und hat insgesamt nur 19 Passagen. Geißlers Unterlage endet mit Punkt 20.

Fernsehausschuß kritisiert „Report"-Film

dpa, **Baden-Bad[en]**

Der Fernsehausschuß des Sü[d]westfunks (SWF) hat den nach s[ei]ner Sendung im Magazin „Repor[t]" am vergangenen Dienstag heft[ig] kritisierten Beitrag „Widerstand g[e]gen Nachrüstung – kann Gand[hi] Vorbild sein?" als „nicht sendef[ä]hig" bezeichnet. Das Gremium b[e]kräftigte am Wochenende jedoc[h], daß das Magazin „Report" Bade[n]-Baden erhalten bleiben solle. I[m] Mittelpunkt des gerügten Film[s] stand die vom verantwortlichen M[o]derator Franz Alt und dem Redak[]teur Wolfgang Moser gestellte Fr[a]ge, ob die Lehre Gandhis vom g[e]waltfreien Widerstand auch für d[ie] Friedensbewegung in der Bunde[s]republik Deutschland und Gegner des NATO-Nachrüstungsbeschlu[s]ses Bedeutung habe.

Alt hatte im Vor- und Nachspan[n] des Beitrags außer auf diese Fra[ge] auch auf die Problematik eines Ve[r]gleichs der historischen Erfahru[n]gen aus der Kolonialzeit auf d[ie] aktuelle politische Situation ve[r]wiesen.

Der Bericht war vor allem v[on] CDU-nahestehenden Mitgliede[rn] des SWF-Rundfunkrates kritisie[rt] worden. Alt ist CDU-Mitglied. D[ie] Grünen hatten gegen den „poli[ti]schen Druck" auf Alt protestie[rt]. Nach ihrer Auffassung verdient d[er] Report-Moderator anstelle von Kr[i]tik Anerkennung für seine Zivilco[u]rage.

Luther-Tag findet ohne Honecker statt

Schützenhilfe der EKD für Carstens' Besuch?

HANS-R. KARUTZ, **Berlin/Bonn**

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker, zugleich Vorsitzender des Staatlichen Luther-Komitees, wird nicht – wie vielfach angenommen – am 4. Mai, am sogenannten „Luther-Tag", auf der Wartburg teilnehmen. Bei diesem kirchlichen Festakt, der zugleich den Beginn der kirchlichen Feiern in der „DDR" zum 500. Geburtstag des Reformators markiert, werden Volkskammer-Präsident Horst Sindermann (SED), Staatssekretär Kurt Löffler (SED) aus dem Kulturministerium und der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi (SED), anwesend sein.

Das erfuhr die WELT zuverlässig aus Kreisen der Evangelischen Kirche in Deutschland. Ihr ist zugleich von den Mitbrüdern im kirchlichen „DDR"-Luther-Komitee signalisiert worden, daß sich der Kirchenbund in der delikaten Frage der Einladung von Bundespräsident Karl Carstens auf die Wartburg auf eine Empfehlung der EKD einstellt und sich nach ihr richtet. An der kirchlichen Feier im Hof der Wartburg – sie erinnert an die Ankunft Luthers als „Junker Jörg" auf der Festung – nehmen, wie berichtet, die Ratsmitglieder der EKD teil. Unter ihnen befindet sich als ordentliches Mitglied auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker.

Dem Vernehmen nach ist der „DDR"-Führung nach wie vor außerordentlich an einer Teilnahme von Carstens an den Feierlichkeiten auf der Wartburg gelegen. Um den schlechten Ruf der „DDR" in Sachen Informationspolitik und Berichterstattung aufzupolieren, sollen sämtliche westliche Medien die Einreise zur Wartburg-Feier erhalten.

Von einer etwaigen Teilnahme Carstens' innerhalb der EKD-Delegation erhofft sich Ost-Berlin – wie mehrfach berichtet – ein günstiges Stimulans für die alsbald fällige Entscheidung der Bundesregierung, ob der Bundespräsident am 9. November in Ost-Berlin am zentralen staatlichen Festakt der „DDR" in der Ostberliner Staatsoper teilnimmt. Als gemeinsame Veranstalter treten bei dieser Feier allerdings nicht nur der Staatsra[t], sondern laut offiziellen Angabe[n] aus Ost-Berlin auch das SED-Zen[]tralkomitee, der Ministerrat sow[ie] der Nationalrat der „Nationale[n] Front" auf.

Mit dem Thema „Carstens-Be[]such" beschäftigte sich am verga[n]genen Donnerstag (17. März) auc[h] das kirchliche Luther-Komitee b[ei] seiner turnusmäßigen Sitzung i[n] Ost-Berlin. Bei dieser Gelegenhe[it] sollte noch einmal der Ablauf d[er] Veranstaltungen auf der Wartbur[g] am 4. Mai durchgespielt werden.

Wie aus der offiziellen neue[n] Broschüre über die Arbeitstagun[g] des staatlichen Luther-Komitee[s] der „DDR" unter Honeckers Vo[r]sitz im Oktober 1982 hervorgeh[t], sind – weitgehend unbemerkt vo[n] der Öffentlichkeit – weitere promi[]nente Mitglieder in dieses Gr[e]mium berufen worden. Darunte[r] befindet sich mit Paul Verner auc[h] der im SED-Zentralkomitee für Si[]cherheitsfragen zuständige Sekre[]tär. Er hatte in der Vergangenhe[it] mehrfach Zusammenstöße m[it] führenden Kirchenvertretern de[r] „DDR"; darunter beispielsweis[e] mit dem früheren Kirchenbund[s]-Vorsitzenden und Bischof der Ki[r]chenprovinz Sachsen, Werner Kru[]sche (Magdeburg). Er gibt sein Am[t] im Spätsommer 1983 aus Alter[s]gründen auf.

Unterdessen sind aus westliche[n] Quellen zum erstenmal Querele[n] zwischen den staatlichen Stellen i[n] der „DDR" und dem kirchliche[n] Luther-Komitee bekanntgewo[r]den. Demzufolge soll die feierlic[he] Eröffnung der rekonstruiert[en] Sammlungen im Sterbehaus d[es] Kirchenerneuerers am 18. Febru[ar] in Eisleben erst wenige Stund[en] vor dem geplanten Einweihung[s]akt gesichert gewesen sein.

Die „DDR"-Offiziellen weigert[en] sich, den Schlüssel zur elektro[ni]schen Sicherungsanlage der Exp[o]nate der kirchlichen Seite zu üb[er]geben. Daraufhin stellte die Kirc[he] ein Ultimatum und kündigte an, notfalls durch einen Teilnahm[e]-Boykott an der Eröffnung zu[m] Eklat kommen zu lassen. Erst a[uf]grund dieses Drucks gab die and[e]re Seite nach und händigte d[en] Schlüssel aus.

Die Jusos rechnen mit der Politik Schmidts ab

RÜDIGER MONIAC, **Oberhausen**

Die Jungsozialisten haben auf ihrem Bundeskongreß in Oberhausen nach der Wahlniederlage der SPD am 6. März ihr Verhältnis zur „Mutterpartei" diskutiert und sich in diesem Zusammenhang mit großer Schärfe dafür ausgesprochen, die Sozialdemokratie solle sich zum Vorreiter des Widerstandes gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden machen.

Diese Aufforderung formulierte am deutlichsten und zugleich in einer Sprache, wie sie unter demokratischen Politikern bislang unüblich war, das Mitglied des SPD-Bundesvorstandes Oskar Lafontaine. Der Vorsitzende der saarländischen SPD äußerte entschieden Zweifel, ob die im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses zur Stationierung in Europa vorgesehenen US-Waffen überhaupt den Bedingungen entsprächen, unter denen das Verteidigungsbündnis Sicherheit für die Bundesrepublik garantiere. Er sagte, diese Waffen setzten „uns auf ein Pulverfaß mit bereits gezündeter Lunte". Mit ihnen sei die NATO nicht mehr befähigt, für die Sicherheit unseres Landes einen Beitrag zu leisten. Lafontaine nannte die Politiker in Amerika, die einen „Atomkrieg für führbar und gewinnbar halten", nicht geeignet, „unsere Bündnispartner zu sein". Das SPD-Vorstandsmitglied fuhr fort: „Das sind Verrückte", und „Wahnsinnige" gebe es auch in der Bundesrepublik, weil sie sich zu Komplizen der amerikanischen Politik machen ließen. „Sobald die ersten Pershing-2-Raketen hierzulande installiert sind, haften wir Deutsche mit für jedes amerikanische Abenteuer in der Welt", sagte Lafontaine unter großem Beifall der 300 Juso-Delegierten.

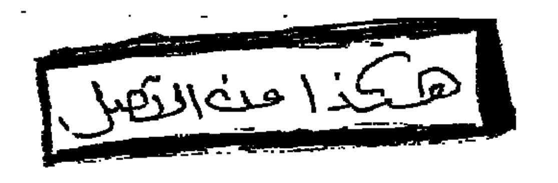
Auch der Juso-Vorsitzende Rudolf Hartung bekräftigte das eindeutige „Nein" der SPD-Jugendorganisation in der Frage der Raketenstationierung. Er forderte die SPD auf, auf diese Linie einzuschwenken und von der gültigen NATO-Strategie der abgestuften militärischen Erwiderung Abschied zu nehmen. Die SPD muß nach seinen Worten aktiv an der „Friedensbewegung" teilhaben, wenn sie die kritischen Wähler, die am 6. März die „Grünen" gewählt hätten, zurückgewinnen wolle. Sein Plädoyer richtete sich auch auf eine „Umgestaltung der Bundeswehr", weil „wir uns nicht in Weißrußland verteidigen wollen". Neben Lafontaine war lediglich noch der Kieler Björn Engholm vom SPD-Bundesvorstand in Oberhausen erschienen. Auch er sprach sich gegen die Raketenstationierung aus.

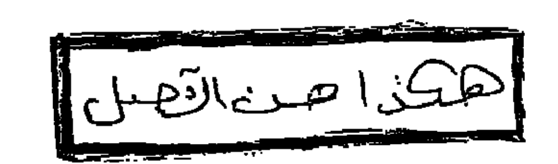
Die Jungsozialisten sehen sich für die Wahlniederlage ihrer Partei nicht verantwortlich. In einer mit großer Mehrheit der Delegierten verabschiedeten Resolution warfen sie der „Mutterpartei" vor, deren „rechtssozialdemokratische Politik" der letzten Jahre habe die „rechte Demagogie" der Unionsparteien erleichtert. Die Regierung Schmidt habe mit ihrer „angebotsorientierten Politik" und dem mit den „Haushaltsoperationen 82 und 83 verbundenen Sozialabbau" dazu beigetragen, die politischen Unterschiede zum Konzept von CDU/CSU zu verwischen. Mit dieser Resolution setzten die Jusos auf den „Druck" der „Grünen" zu einer „tatsächlichen Veränderung der SPD", denn Leihstimmen aus dem Wählerpotential der Sozialdemokraten hätten den „Grünen" geholfen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Der Juso-Vorsitzende Hartung forderte die SPD auf, dem Beispiel der Gewerkschaften zu folgen und mit einem „geschlossenen Konzept" unter Inanspruchnahme öffentlicher Gelder zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen.

Erstmals auf einem Kongreß einer Jugendorganisation einer der seit Gründung der Bundesrepublik im Parlament vertretenen Parteien wurde über die Frage diskutiert, wie mit ungesetzlichen Mitteln „gewaltfreien Widerstandes" die Politik der Bundesregierung verhindert werden könne. Zielscheibe dieser Diskussion in einem Arbeitskreis der Jungsozialisten war der NATO-Doppelbeschluß, der wesentlich vom früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt mitgestaltet worden war. Mehr als hundert Delegierte des Kongresses ließen sich von zwei Aktivisten der „Friedensbewegung" von ihren bislang mit „gewaltfreien Aktionen" gemachten Erfahrungen berichten.

Wolfgang Sternstein ist Vorstandsmitglied beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Andreas Zumach Berliner Mitarbeiter der „Aktion Sühnezeichen".

Sternstein berichtet, er habe beim Versperren des Eingangs des US-Hauptquartiers in Stuttgart „Bucom" einen Strafbefehl über „25 Tagessätze je 60 Mark" bekommen, dessen Vollzug jedoch auf zwei Jahre ausgesetzt sei. Sitzen auf der Straße zur Verhinderung der US-Militärpräsenz sei für ihn aber keine „verwerfliche Zielsetzung"; deshalb wisse er nicht, wie er sich in den zwei Jahren „bewähren" solle. Zumach kündigte auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover im Juni eine „permanente Demonstration" an.





Mit Wohlwollen verfolgt Kohl die ehrgeizigen Pläne Bernhard Worms

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Vorstände der beiden großen CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe werden im April diskutieren und damit eine Art Vorentscheidung darüber treffen, ob Bernhard Worms oder Kurt Biedenkopf ihr Spitzenkandidat bei der Landtagswahl im Frühjahr 1985 an Rhein und Ruhr sein wird. Worms, Vorsitzender der rheinischen CDU, strebt diese Spitzenkandidatur an. Das steht inzwischen fest. Aus diesem Grunde hat er auch auf die Übernahme von Ämtern in Bonn verzichtet. Er hätte CDU-Generalsekretär oder Bundespostminister werden können.

Bundeskanzler Helmut Kohl, dem verständlicherweise an einem „politischen Gleichklang" der Regierungen in Düsseldorf und Bonn gelegen ist, verfolgt die Vorgänge in der CDU sehr genau. Er kennt die Absichten von Worms und begleitet sie mit Wohlwollen, auch wenn er sich aus verständlichen Gründen mit Präferenzen in der Öffentlichkeit zurückhält. Kohl will Kurt Biedenkopf, der ebenfalls seinen Anspruch geltend gemacht und der die nicht einfache Aufgabe eines Oppositionsführers im Düsseldorfer Landtag übernommen hat, auch nicht schaden. Immerhin haben beide über Jahre hinweg nicht schlecht zusammengearbeitet, bis sie im Streit auseinandergegangen sind.

Es ist deshalb nicht abwegig, wenn es im Kanzleramt heißt, Kohl möchte, wenn die Entscheidung auf Worms fallen sollte, Biedenkopf eine Aufgabe im Bereich der Bundesregierung, vielleicht als EG-Kommissar in Brüssel, anbieten. Aber dies ist noch weit weg. Worms selbst hat gegenüber Parteifreunden gesagt, ihm liege sehr daran, daß die Entscheidung zwischen ihm und Biedenkopf auf eine „menschlich saubere Art und Weise" getroffen wird. Dazu gehört aus seinem Verständnis heraus aber auch, daß derjenige, der in einer demokratischen Entscheidung „nur zweiter Sieger" geblieben ist, ins „zweite Glied zurücktritt".

Zwischen ihm und Biedenkopf, so hat Worms kürzlich gesagt, gebe es kein „gebrochenes Verhältnis", denn er, Worms, habe Biedenkopf nie im unklaren gelassen. Worms liegt natürlich an einem baldigen Entscheidungsprozeß, denn als Spitzenkandidat muß ihm daran gelegen sein, daß die Parteibasis schon im Vorfeld der Landtagswahl wieder geordnet, vor allem aber uneingeschränkt motiviert ist. Worms, und darin liegen seine Stärken, hat viel Gemeinsamkeiten mit Helmut Kohl: Er verkörpert politische Wahrhaftigkeit, Geradlinigkeit, er hat Ideen und – was wohl das wichtigste ist – er kann sie dem einfachen Bürger auch plausibel machen. Seine „Knochenarbeit" an der Basis – gemeint ist damit seine erste Ruhrgebietskonferenz – hat ihm Erfolg gebracht.

Worms ist vielleicht deshalb so lange unterschätzt worden, weil er sich nicht „nach vorne" gedrängt oder als „purer Machtmensch" erwiesen hat.



Die Kontrahenten: Kurt Biedenkopf (links), Bernhard Worms

Der Freiheitsbegriff spielt bei ihm eine große Rolle. Der Vater war Postschaffner, nicht Mitglied der NSDAP, und großem Druck ausgesetzt. Dies hat sich im Kopf des Sohnes festgesetzt und einen großen Freiheitsdrang ausgelöst. 1948 wäre Bernhard Worms deshalb fast zur FDP gegangen, weil sie sich „Freie" Demokratische Partei genannt hat.

Im Mai 1980, auf dem Berliner Parteitag der CDU, hat Bernhard Worms erstmals den Kontakt zu Helmut Kohl gesucht. Nicht um den Parteivorsitzenden für seine Pläne um Hilfe zu bitten, sondern um ihm zu sagen, daß er als rheinischer Landesvorsitzender „antreten" will. Seitdem hat es viele Begegnungen zwischen beiden gegeben. Inzwischen sagen Worms und Kohl du zueinander. Worms steht an der Spitze eines aufmüpfigen CDU-Landesverbandes, in dem die Sozialausschüsse besonderes Gewicht haben. Ein- oder Unterordnung, wie sie Worms bei der CSU unter Franz Josef Strauß sieht, gibt es hier nicht so ohne weiteres. Aber er traut sich schon zu, aus dem Stand heraus für die rheinische CDU Position zu beziehen.

Erst vor wenigen Tagen, nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen, hatte sich eine solche Situation ergeben. Dem CDU-Generalsekretär Heiner Geißler beschied Worms am Telefon, den Kompromiß in der Frage der Investitionsanleihe trage er mit, eine Verschiebung der Rentenerhöhung aber könne er nicht akzeptieren. Auch ansonsten, wenn es um die Zukunft von Rhein und Ruhr geht, hat Worms konkrete Vorstellungen. Die Leute, so bricht es aus ihm heraus, wollen nicht (mehr) wissen, daß die Sozialdemokraten in Bonn und anderswo „Scheiße gebaut" haben. Das brauche man ihnen nicht zu sagen. Sie forderten zu Recht Perspektiven für Rhein und Ruhr.

Das Schlagwort, wonach sich das „Revier selbst helfen" müsse, nennt er „idiotisch". Es könne sich nicht helfen, wenn die Politiker nicht bereit seien, die „Rahmenbedingungen zu verändern". Die Kohle, so fordert er, sei zu kostbar, um verfeuert zu werden. Sie soll verflüssigt, vergast, zur Chemie herangezogen werden. Parallel dazu sei die zügige Herstellung von Kernkraftwerken erforderlich, selbstverständlich unter Berücksichtigung strenger Auflagen. Die Infrastruktur, so fordert Worms, müsse auf die „Verknüpfung mit den Welthäfen" hinwirken.

Große Zukunftschancen für Rhein und Ruhr sieht Worms in „neuen Produkten". Zum Beispiel in der Umweltschutz-Technologie, bei Halbleitern und Mikroprozessoren, wo ein großes Engagement erforderlich sei, wenn man die Herausforderung der Japaner in den nächsten zwanzig Jahren bestehen wolle. Und Worms sieht auch eine Zukunft für Rhein und Ruhr in der Kommunikationstechnologie. Die Wissenschaft, durch eine hohe Dichte von Hochschulen in dieser Region verkörpert, müsse sich in den Dienst stellen, „sich den Problemen des Reviers anzunehmen". Mit diesem Konzept will Worms eine zweite Ruhrgebietskonferenz gestalten, die freilich in ihren Auswirkungen auch auf die Entscheidung 1985 zielt.

Terrorwelle der ETA in Spanien

AP/AFP/DW. Madrid

Spaniens sozialistische Regierung sieht sich der seit ihrem Amtsantritt größten Offensive der baskischen Terroristenbewegung ETA-militar gegenüber. Nach der Entführung eines baskischen Industriellen am vergangenen Montag tötete die ETA-militar am Wochenende bei einem Anschlag einen Polizisten im Baskenland und entführte in Madrid einen Geschäftsmann, dessen Familie der spanischen Königsfamilie nahesteht. In San Sebastian schließlich wurde in der Nacht zum Sonntag ein Feuerwerker der Polizei bei dem Versuch, eine Bombe zu entschärfen, getötet.

Ebenfalls am Wochenende hat das spanische Innenministerium die Festnahme von sieben Mitgliedern der ETA-militar bekanntgegeben. Unter ihnen befänden sich Jose Augustin Echega und Juan Maria Aguirre, die zu den meistgesuchten Köpfen des politisch-militärischen Flügels der ETA gerechnet werden. Die spanische Justiz wirft Echega die Beteiligung an der Ermordung eines *Guardia-Civil*-Angehörigen und mindestens sechs Entführungen vor, von denen eine für das Opfer tödlich endete. Bei der Festnahme der sieben ETA-Mitglieder sind nach Angaben des Ministeriums Waffen und Pläne für neue Terrorakte sichergestellt worden.

Finnische KP vor dem Bruch

R. GATERMANN, Helsinki

In der Finnischen Kommunistischen Partei (FKP) soll bis zum 22. April wieder „Ordnung" einkehren oder ein endgültiger Bruch wird nicht zu verhindern sein. Nachdem die Kommunisten bei der Parlamentswahl vor einer Woche mit 14 Prozent der Stimmen, ein Rückgang um vier Prozent zur letzten Wahl, ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegszeit vorlegten, beauftragte am Samstag das Zentralkomitee das Politbüro, innerhalb von vier Wochen einen Plan auszuarbeiten, wie die „separatistischen Bestrebungen" in der Partei beigelegt werden können. Obgleich dem Minoritäten-Flügel kein direktes Ultimatum gestellt wurde, deutet der Auftrag an das Politbüro doch auf eine „entscheidende Runde" hin.

Das Zentralkomitee fordert von der orthodoxen Gruppe vor allem, ihre eigene Organisation innerhalb der Partei und der Parlamentsfraktion aufzugeben und das Erscheinen ihrer Zeitung „Tiedonantaja" einzustellen.

Die Lady streitet für den Panzer

US-Botschafterin will der Schweiz M1 Abrams verkaufen / Leopard 2 hat bessere Chancen

WALTER H. RUEB, Bern

Die deutsch-amerikanische Panzerschlacht auf neutralem Schweizer Boden geht der Entscheidung entgegen: Bis zum 30. April 1983 müssen die Herstellerfirmen Krauss-Maffei in München und General Dynamics in Detroit Bern detaillierte Preisangebote für Leopard 2 und M 1 Abrams vorlegen, im Laufe des Sommers wird das Eidgenössische Militärdepartement seine Wahl treffen und im Parlament einen Antrag auf Beschaffung und Mittelbewilligung für 450 Exemplare des ausgewählten Panzers stellen. Die endgültige Entscheidung wird voraussichtlich in einem Jahr fallen.

Für Schweizer, Amerikaner und Deutsche geht es um viel. Die Eidgenossen benötigen dringend Ersatz für ihre veralteten und wegen mancher Pannen skandalumwitterten Panzer; Amerikaner und Deutsche aber brauchen angesichts der wirtschaftlichen Lage in ihren Ländern Industrieaufträge.

Der Einsatz auf allen Seiten ist entsprechend. Die „Billion-Dollar-Panzer-Schlacht" – so die amerikanische Zeitung „Herald Tribune" in einem Bericht – ist seit zwei Jahren im Gange. Tests der beiden Tanks in der Schweiz sollten Aufschluß geben über die sogenannte Truppentauglichkeit der stählernen Kolosse in der Schweiz. Vor allem Feuerkraft, Beweglichkeit und Panzerung wurden genauestens unter die Lupe genommen.

Nach monatelangen und annähernd 50 Millionen Mark teuren Erprobungen wurden die von den sparsamen Schweizern lediglich gemieteten Panzer an die Eigentümer zurückgegeben und mit der Computer-Auswertung der Testergebnisse begonnen. Im zuständigen Ministerium in Bern und bei der mit den Tests befaßten „Gruppe für Rüstungsdienste" in Thun schweigt man bisher.

Manipulierte Ergebnisse?

Um so mehr brodelte es in der Gerüchte-Küche. Es hieß, der zwei Millionen Dollar teure Leopard 2 habe besser abgeschnitten und werde von den Schweizern bevorzugt, insbesondere von den Militärs. Er sei ausgereift, könne sofort beschafft werden und entspreche in jeder Hinsicht den gestellten Anforderungen. Demgegenüber habe der 700 000 Dollar teurere US-Panzer einen viel zu hohen Treibstoffverbrauch, vor allem aber sei er statt mit der verlangten 120- lediglich mit einer 105-Millimeter-Kanone ausgerüstet.

In München hält man sich bei Krauss-Maffei bedeckt, verfolgt aber mit um so größerer Aufmerksamkeit die Demontage des Konkurrenten durch Senat, Army und Presse in Amerika. Vor einem Senatsausschuß ließ ein Kritiker am M 1 Abrams tatsächlich kein gutes Haar, im „Wall Street Journal" wurden die Anmerkungen unterstützt und noch verschärft, in der „New York Times" wurde gar empfohlen, den M 1 Abrams so rasch wie möglich durch ein neues Modell zu ersetzen, eine Gruppe von Verteidigungsberatern beschuldigte schließlich die US-Army, Testergebnisse manipuliert zu haben, um Beschaffungskredite im Kongreß nicht zu gefährden.

Noch keine Entscheidung

Vor soviel nationalem Defaitismus aber wollte Amerikas Botschafterin in Bern *nicht* kapitulieren. Faith Ryan Whittleseys Traum war es, an der Stätte ihres Wirkens einen amerikanischen und keinen deutschen Panzer zu sehen.

Die amerikanische Diplomatin wurde in der Schweiz zur eifrigsten und streitbarsten Propagandistin für den M 1. Sie hielt Dutzende von Vorträgen, erwähnte bei jeder Gelegenheit die Vorzüge des Tanks aus der Heimat, steuerte wiederholt eines der 70 Stundenkilometer schnellen 55-Tonnen-Ungetüme durch das Gastland und vergaß selbst in der Abschiedsrede vor mehreren Schweizer Ministern nicht, „ihren" Panzer zu erwähnen. Faiths Kampf für Amerikas Panzer-Stolz hat nämlich bis ins Weiße Haus Wellen geschlagen. Dort macht sie jetzt als „assistant for public liaison" für keinen Geringeren als den Präsidenten Werbung.

Die Schweizer Aktivitäten von Faith Ryan Whittlesey haben jedoch nicht allein im Weißen Haus, sondern auch im Parlament in Bern Widerhall gefunden. Da wurden der Diplomatin indessen keine Kränze gewunden, sondern „massive Pressionsversuche zur Verzögerung des Panzergeschäfts" vorgeworfen. Ein Abgeordneter verlangte darüber Auskunft, ob die Regierung die Beschaffung eines neuen Panzers nach wie vor als dringend erachte und ob eine positive Entscheidung früh genug falle, damit die Panzeranschaffung bereits im Rüstungsprogramm für 1984 berücksichtigt werden könne.

Eine Verzögerung der Panzer-Beschaffung käme nach allgemeiner Ansicht nämlich nur dem M 1 Abrams zugute. Aus mehreren Gründen: Gegenwärtig könnte der US-Panzer wegen seiner Kanone keine Berücksichtigung finden, der Einbau der von den Schweizern verlangten stärkeren Kanone aber ist von den Amerikanern vor 1985 nicht zu bewerkstelligen. Ein Aufschub des Panzerkaufs hätte auch auf der Kostenseite negative Folgen für den deutschen Panzer. Bei Krauss-Maffei könnte ein Anschluß an die gegenwärtig laufende Leopard-Produktion von 1800 Exemplaren für die Bundeswehr nicht geschafft werden. Die spätere Wiederaufnahme der Produktion aber würde die Kosten um mehrere hunderttausend Dollar erhöhen.

Im Bundeshaus zu Bern aber wiegelt man ab und macht auf die Tatsache aufmerksam, daß zwischen vier möglichen Alternativen bei der Panzerbeschaffung längst nicht entschieden sei. Im Gespräch sind in der Tat noch immer der Kauf des amerikanischen beziehungsweise deutschen Panzers „von der Stange" sowie ein Lizenzbau des M 1 Abrams beziehungsweise des Leopard 2. Der Entscheidungs-Zeitpunkt spiele bei einem Lizenzbau nicht die geringste Rolle, betont man in Bern. Schließlich sei es ein Leichtes, in den M 1 Abrams die Kanone des Leopard 2 einzubauen ...

Viel Zeit und Energie

Die Weichen für eine derartige Entscheidung hat niemand anders als Faith Ryan Whittlesey zu stellen versucht. Im Wissen um den Einfluß der um Aufträge ringenden eidgenössischen Rüstungsindustrie verwandte sie viel Zeit und Energie darauf, die Mitglieder des „Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller" davon zu überzeugen, daß es ausschließlich in ihrem Interesse liege, den M 1 Abrams in Lizenz zu bauen. Wie eine gewiefte Taktikerin machte sie den „Big Seven" im Schweizer Maschinenbau die Idee schmackhaft. Die hörten dies nur zu gerne. Nach Ansicht der Verantwortlichen in der Schweizer Rüstungsindustrie wären durch eine proamerikanische Entscheidung über 300 000 Arbeitsplätze auf Jahre hinaus gesichert. Aus ihrer Sicht hätte ein Lizenzbau des M 1 Abrams gegenüber dem deutschen Panzer noch einen anderen wichtigen Vorteil: Hier wären die Möglichkeiten für sogenannte Kompensationsgeschäfte ungleich besser als bei einer „Fehlentscheidung zugunsten des Leopard 2".

„USA planen gegen Nicaragua keinen Angriff"

dpa, New York

In der von Nicaragua veranlaßten Debatte des Weltsicherheitsrates über die Spannungen in Mittelamerika haben sich die USA und die Sowjetunion am Wochenende gegenseitig der bewaffneten Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker und Staaten beschuldigt. Der UdSSR-Delegierte Owinnikow sagte, die USA hätten bisher in 81 Fällen Gewalt gegen zehn lateinamerikanische Staaten angewendet. Die US-Botschafterin Kirkpatrick erwiderte, es bedürfe eines Computers, um alle Fälle sowjetischer Aggression gegen die eigenen Völker und andere Staaten zu registrieren. Sie nannte die Ukraine, die baltischen Länder und Afghanistan.

In der Debatte, die heute fortgesetzt wird, beschuldigte der Vertreter Nicaraguas die USA, die antisandinistischen Rebellen, die von Honduras aus in Nicaragua eingedrungen seien, ausgebildet und unterstützt zu haben. Die US-Delegierte erklärte, die USA hätten keinerlei aggressive Absichten gegen Nicaragua und sein Volk. Sie wollten in kein Land eindringen und es besetzen und hätten nicht die Absicht, ihr Staatsgebiet abzurunden. Es sei aber erwiesen, daß Nicaraguas Revolutionsregime systematischer und fortlaufender Aggressionen schuldig sei und daß es sein eigenes Volk unterdrücke.

Sozialisten-Treffen bei Mitterrand

dpa, Paris

Die sozialistischen Staats- und Regierungschefs Westeuropas werden am 18. Mai in Paris mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand über Themen des kommenden Weltwirtschaftsgipfels der Industrieländer in Williamsburg (USA) beraten. Es handelt sich dabei um die Ministerpräsidenten von Schweden, Spanien und Griechenland, Olof Palme, Felipe Gonzalez und Andreas Papandreou. Nach seiner Rückkehr aus Schweden nannte Louis Mermaz, der Präsident der französischen Nationalversammlung, diesen Termin.

Sanjay-Partei von Maneka gegründet

rtr, Neu-Delhi

Die Schwiegertochter der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi, Maneka Gandhi (27), hat eine neue Partei gegründet, die sich für bessere Berufsausbildung der Jugend einsetzen und eine „Land-Armee" zur Förderung der Bauern organisieren soll. Die ehemalige Journalistin benannte die Partei nach ihrem verstorbenen Ehemann „Nationale Sanjay-Partei". Bei den nächsten Parlamentswahlen will sie gegen Rajiv Gandhi kandidieren, den seine Mutter seit Sanjays Tod zum neuen „Kronprinzen" aufbaut.

Das Establishment ließ Blunt nicht verkommen

Der Spion, der straffrei blieb / In London gestorben

FRITZ WIRTH, London

Er beriet die Königin, und er verriet sein Land. Er wurde verehrt als ein hochrespektierter Kunsthistoriker, und er wurde verachtet als ein skrupelloser Spion. Er verkehrte in höchsten britischen Kreisen und im tiefsten politischen Untergrund. Er arbeitete für den Bukkinghampalast und für den Kreml. Am Samstag morgen starb er, 75jährig, in seiner Londoner Wohnung an einem Herzschlag: Anthony Blunt, der Verräter und Sowjetagent, der seinem Land mehr Schaden zufügte als der legendäre Kim Philby und dennoch niemals einen Preis dafür zahlte.

Er war, als er starb, entlarvt und wohnte dennoch unbehelligt im Londoner Stadtzentrum. Das britische Establishment läßt niemand verkommen. Seit sein Verrat 1979 öffentlich wurde, hat er gelitten, aber niemals hat er eine Spur von Reue gezeigt.

Er war der „vierte" Mann. 16 Jahre lang suchte die britische Presse diesen Mann, der Kim Philby im Jahre 1963 warnte, sich nach Moskau abzusetzen, wo sich bereits seit 1951 zwei enge Freunde Blunts aufhielten, Guy Burgess und Donald MacLean, der vor 14 Tagen in Moskau starb.

Blunt, Philby, Burgess und MacLean waren Produkte der nervösen, dekadenten und konspirativen Cambridge-Society der Vorkriegszeit. Sie gehörten zum Kreis der „Apostel", einer Geheimsekte am Trinity College, deren Ursprünge auf das 19. Jahrhundert zurückgehen, mit starken homosexuellen Neigungen. Zu den „Aposteln" gehörten so respektable Männer wie der Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Kaynes und der Historiker G. M. Trevelyan, der Schriftsteller E. M. Forster und der Bankersohn Victor Rothschild.

Blunt, Burgess und vor allem James Klugman gaben sich nach außen hin als Idealisten, waren in Wahrheit jedoch Moskauer Agenten. Ihre Botschaft: Es gibt nur noch eine Macht in der Welt, die willens und in der Lage ist, den Vormarsch Hitlers und des Faschismus zu stoppen, es ist die Sowjetunion. Sie pflegten das Image rebellischer Ästheten, waren in Wahrheit jedoch überaus wirksame und robuste Rekrutierungshelfer für den sowjetischen Geheimdienst. Die „Apostel" hatten Kontakte zu höchsten britischen Kreisen. Das gab Burgess und Blunt die Möglichkeit, die von ihnen gewonnenen Leute in Schlüsselpositionen anzusiedeln, von denen aus sie jahrzehntelang für die Sowjets arbeiten konnten.

Der Aufstieg des Anthony Blunt zu einem der wirksamsten Agenten der Sowjets in den letzten 50 Jahren ist zugleich die Geschichte der Misere, Inkompetenz und Fahrlässigkeit des britischen Geheimdienstes in diesem gleichen Zeitraum. Bei Kriegsausbruch deckte der britische Geheimdienst seinen wachsenden Bedarf an Agenten ausgerechnet unter den jungen kommunistenfreundlichen Rebellen in Cambridge. Blunt wurde ihr Vertrauensmann. Man holte ihn, ohne ihn jemals zu überpüfen, als Agent zu MI 5. Er war zeitweise Mitglied der „Joint Intellegence Group", in der das gesamte britische Geheimdienstmaterial im Kriege zusammenlief und aufgearbeitet wurde, bevor es an Winston Churchill weitergeleitet wurde. Blunt hatte Kontakt zum Atomspion Klaus Fuchs; er arbeitete monatelang im Hauptquartier Eisenhowers während der Vorbereitung der Invasion. Blunt wußte alles und hielt nichts vor den Sowjets zurück.

Nach dem Kriege gelang ihm sein größter Coup und die geradezu perfekte Tarnung. Sein Kontakt zum thailändischen Prinzen Chula, einem alten Freund aus Cambridge-Tagen, öffnete ihm den Weg zur britischen Königsfamilie. Im Jahre 1945 wurde er als Nachfolger von Kenneth Clark Verwalter der königlichen Gemäldegalerie in Windsor Castle.

Es war der Beginn eines brillanten Doppellebens. Er wurde zum Chefästheten des britischen Establishments, eine unbestreitbare Autorität der italienischen Malerei zwischen 1400 und 1700 und der deutschen Barockmalerei. Zugleich blieb er der Verwalter des Geheimdienst-Evangeliums seiner „Apostel" Philby, Burgess und MacLean, die allesamt in Schlüsselpositionen des britischen Außenministeriums postiert waren.

Entlarvt wurde er schließlich durch den Amerikaner Michael Straight, wie Blunt ein „Cambridge-Apostel", der sich 1963 dem FBI anvertraute. Nun geschah der erstaunlichste Coup im Leben Blunts. Der britische Geheimdienst hatte ihn nach der Flucht Philbys elf Mal verhört. Beim zwölften Verhör am 23. April 1964 konfrontierte MI 5 ihn mit dem Geständnis von Straight. Das Bemerkenswerte: MI-5-Chef Sir Roger Hollis, der nach seinem Tode unter den Verdacht geriet, Sowjetagent gewesen zu sein, bot ihm absolute Immunität an, wenn er gestand. Blunt packte aus. Was er sagte, ist bis heute ein Geheimnis. Einige Sowjetagenten wurden später verhaftet. Kenner jedoch sind überzeugt: Eine Reihe von ihnen leben weiterhin unbehelligt als respektable Establishment-Figuren.

Der Skandal an diesem Immunitäts-Pakt: Der damalige amtierende Premierminister Sir Alec Douglas Home wurde nicht darüber informiert, wohl aber der Hof, der peinlicherweise Blunt ein Jahr zuvor in den Adelsstand erhoben hatte. Die Königin wurde sogar gebeten, den Kreml-Agenten weiterhin als Gemälde-Verwalter zu beschäftigen.

Das Doppelspiel dauerte bis zum Jahre 1979, als der Autor Andrew Boyls in seinem Buch „Das Klima des Verrats" Blunt entlarvte. Für ein paar Wochen machte er Schlagzeilen und wurde zur öffentlichen Figur: ein zerbrechlicher, kalter aber ungebeugter Mann.

Asean schätzt Bonn als Partner

Südostasien und EG über Zusammenarbeit zufrieden / In Kambodscha-Frage einig

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Die Außenministerkonferenz der EG und der Asean-Staatengemeinschaft in Bangkok endete in seltener Einmütigkeit. Die Delegationen lobten einander als Partner in den Bemühungen um eine globale Friedens- und Entspannungspolitik, im Kampf gegen die Tendenzen des Protektionismus und um die Reformierung der Weltwirtschaftsordnung.

Damit hat sich die 1978 von Hans-Dietrich Genscher begonnene Kooperation der Asean (Thailand, Indonesien, Malaysia, Singapur, Philippinen) und der EG als effektive Kraft auf der Bühne der Weltpolitik etabliert. Mitglieder der Asean-Delegationen haben immer wieder betont, wie sehr sie Genschers Weitsicht schätzten. Zweifelsohne ist die Bundesrepublik Deutschland in ihren Augen der Stützpfeiler im Gefüge dieser neuen Ost-West-Kooperation.

Ungewohnt deutliche Sprache gegenüber Hanoi

Jetzt nutzte Genscher seine Eigenschaft als derzeitiger EG-Ratspräsident und damit Sprecher der EG-Delegationen mit ehrenden Worten der Asiaten gerecht zu werden. Er brachte den französischen Außenminister Claude Cheysson auf die Linie der Asean-Länder, die kambodschanischen Widerstandskoalition als „bedeutenden Schritt in der Suche nach einer umfassenden politischen Lösung anzuerkennen" und französische Hilfspläne an Vietnam, wenn überhaupt, so auszuführen, daß die Hilfe nicht „zur Erhaltung und Stärkung der vietnamesischen Besatzung von Kambodscha" diene.

Die Anerkennung der kambodschanischen Widerstandskoalition, die die Roten Khmer einschließt sowie die Ablehnung von Wirtschaftshilfe an Vietnam, sind zwei zentrale Aussagen in der 33 Punkte umfassenden gemeinsamen Erklärung der Bangkoker Konferenz. Beobachtern fiel auf, daß dieses Dokument in einer in Asean-Kreisen bislang ungewohnten klaren und entschlossenen Sprache abgefaßt war. So bedauern die Minister die „illegale militärische Besetzung von Kambodscha durch vietnamesische Streitkräfte" sowie die „konstante Weigerung Vietnams und der Sowjetunion", den Aufrufen der internationalen Gemeinschaft zum vollständigen Abzug ihrer Truppen aus Kambodscha und Afghanistan zu folgen.

Auch nutzten die Delegationschefs die Gelegenheit, Hanoi an seiner empfindsamsten Stelle zu treffen, nämlich in seiner Selbstdarstellung als Wahrer der Menschlichkeit. Ausdrücklich bedauern sie die „jüngste militärische Attakke vietnamesischer Artillerie- und Panzereinheiten auf das Grenzlager Nong Chang", das von Hilfsorganisationen gebaut und bei dem Angriff vollständig zerstört worden war. Diese Attacke, so heißt es in der Erklärung, sei eine Verletzung der Prinzipien der Menschlichkeit.

Sowohl den Vietnamesen wie den Sowjets dürfte jetzt klar geworden sein, daß die EG und die Asean an ihren jeweiligen Resolutionen zur Lösung des Konflikts in Kambodscha wie in Afghanistan festhalten. Die Versuche der Vietnamesen, einen Keil in die Solidarität der Asean-Länder zu treiben, sind gescheitert. Alle weiteren Bemühungen der Asean, so der malaysische Außenminister Ghazali Shaffie, seien einzig darauf gerichtet, Vietnam in den Kreis der „Internationalen Kambodscha-Konferenz" (ICK) hineinzubringen.

Die ICK wurde im Einklang mit den UNO-Resolutionen der Asean, die auf dem vollständigen Abzug aller vietnamesischen Truppen bestehen, vor zwei Jahren gegründet. Für die Asean und Ghazali gebe es keinen anderen Weg. Ausdrücklich warnte er die europäischen Konferenzteilnehmer, sich von Hanois Propaganda und Tricks täuschen zu lassen.

Bekenntnis zu Prinzipien der Marktwirtschaft

Weitere Themen der Bangkoker Konferenz waren die Bemühungen der Europäer um eine Lösung des Nahost-Konflikts, wozu die Asean-Länder ihr generelles Verständnis bekundeten; die sowjetischen Annäherungsversuche, die aufmerksam verfolgt werden müßten; die mögliche Verlagerung der sowjetischen SS-20-Raketen nach Sibirien.

Auch wichtige Wirtschaftsfragen wurden diskutiert, wie zum Beispiel die Sorge um die Erhaltung eines liberalen und offenen Welthandelssystems oder Maßnahmen zur Förderung der Wirksamkeit von Rohstoffabkommen. Sie versicherten, in internationalen Organisationen die Prinzipien der Marktwirtschaft hochzuhalten und auf eine Stärkung der interregionalen Wirtschaftsbeziehungen Asean und EG hinwirken zu wollen. Außenminister Genscher gab sein persönliches Versprechen, solchen Worten in Bälde Taten folgen zu lassen.

Wie Moskau seine Einflußnahme tarnt

DIETRICH SCHULZ, Washington

„In den vergangenen zwei Jahren hat die Sowjetunion ihre Bemühungen verstärkt, populäre Anliegen wie Frieden oder Abrüstung in den Vereinigten Staaten für sich auszunutzen." Zu diesem Schluß kam ein soeben veröffentlichter Bericht des amerikanischen Bundeskriminalamtes (FBI). Tarnorganisationen wie der Weltfriedensrat hätten versucht, die inneramerikanische Diskussion über das nukleare Wettrüsten zu beeinflussen oder Demonstrationen gegen die Rüstungspolitik Präsident Reagans mitzuorganisieren.

Der FBI-Bericht, der zunächst vertraulich für den amerikanischen Kongreß angefertigt wurde, ist jetzt von dem republikanischen Kongreßabgeordneten C. W. Young an die Öffentlichkeit gegeben worden. Der Abgeordnete meint, die in dem Bericht enthaltenen Einzelheiten seien geeignet, dem amerikanischen Volk vor Augen zu führen, „zu welchen Taktiken die Sowjets greifen, um ihr Ziel der Weltherrschaft zu erreichen". Der Bericht ist die bisher umfangreichste Untersuchung über die sowjetischen Versuche zur Einflußnahme in den Vereinigten Staaten.

Im einzelnen wird in dem Bericht festgestellt:

- Die Sowjetunion habe den Weltfriedensrat (der praktisch von Moskau gesteuert wird) angewiesen, eine Kampagne gegen die geplante Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa in Gang zu setzen.
- Sowjetische Delegationen bereisten auf Einladung der „Gesellschaft für amerikanisch-sowjetische Freundschaft" die Vereinigten Staaten, um die Abrüstungspolitik der US-Regierung in Mißkredit zu bringen.
- Der prosowjetische amerikanische Friedensrat habe eine wichtige Rolle bei der Planung und Organisation der großen, von 750 000 Menschen besuchten Friedensdemonstration am 12. Juni 1982 in New York gespielt.
- Vertreter des amerikanischen Friedensrates und der amerikanischen kommunistischen Partei hätten zum Teil mit Erfolg versucht, den auf der New Yorker Demonstration lautgewordenen Protest gegen die Atombewaffnung ausschließlich auf die amerikanischen Waffensysteme auszurichten.
- Der sowjetische Geheimdienst KGB versuche, Kontakte zu Geistlichen in den Vereinigten Staaten aufzunehmen. Er habe auch biographische Daten über solche Persönlichkeiten gesammelt, um zu ermitteln, ob sie möglicherweise für eine KGB-Rekrutierung anfällig seien.

Ursprünglich hatte Präsident Reagan den Anstoß zu dem FBI-Bericht gegeben, als er in Reden im Oktober und November erklärte, daß viele „ehrliche Leute" in Amerika von anderen „manipuliert" worden seien. Es sei keine Frage, hatte Reagan damals erklärt, daß ausländische Agenten ausgesandt worden seien, die Bewegung zum Einfrieren der Atomwaffenarsenale in Gang zu setzen und am Leben zu erhalten. (SAD)

Gefahren durch Wachstum der Bevölkerung

AP, Washington

In den siebziger Jahren sind in 18 Ländern mit insgesamt 121 Millionen Einwohnern die Einkommen zurückgegangen, da der Bevölkerungszuwachs das Wirtschaftswachstum überflügelte. Dies ergibt sich aus einer von den Vereinten Nationen in Auftrag gegebenen Studie des Worldwatch-Instituts, einer unabhängigen Forschungsgruppe, die von privaten Stiftungen und von UNO-Organisationen finanziert wird.

Für einen wachsenden Teil der Weltbevölkerung könnten die achtziger Jahre mit einem Abbau des Lebensstandards verbunden sein, wenn es den Ländern mit einem hohen Bevölkerungszuwachs nicht schnell gelingt, ihre Geburtenraten zu senken. Die Wahrscheinlichkeit sinkenden, langfristigen Wirtschaftswachstums werde zahlreiche Regierungen zwingen, ihre Bemühungen um Geburtenkontrolle zu intensivieren, heißt es in der Studie mit dem Titel „Bevölkerungspolitik für ein neues wirtschaftliches Zeitalter".

„Hungerhilfe gegen Waffen getauscht"

AP, London

Getreidelieferungen für die mehr als zwei Millionen hungernden Dürre-Opfer Äthiopiens werden zum großen Teil für die Armee abgezweigt, die mit dem Erlös ihre Waffenkäufe in der Sowjetunion bezahle, schreibt die britische „Sunday Times". Nur der geringste Teil dieser westlichen Hilfe erreiche die eigentliche Zielgruppe, berichtet das Blatt unter Berufung auf einen Regierungsbeamten, der sich nach dem Westen absetzte und sich in London um Asyl bemüht. Er habe angegeben, daß Getreidelieferungen aus den EG-Ländern im Hafen von Assab am Roten Meer in der Regel auf sowjetische Schiffe mit sowjetischen Bestimmungshäfen umgeladen würden.

Mugabe: Militär gegen Nkomos Leute

AP, Harare

Das Militär in Zimbabwe wird weiterhin scharf gegen bewaffnete Anhänger des ins Exil gegangenen Oppositionsführers Joshua Nkomo vorgehen, sagte Ministerpräsident Robert Mugabe auf einer Versammlung der regierenden Afrikanischen Nationalunion Zimbabwes (ZANU) am Wochenende in Harare. Mitglieder von Nkomos Afrikanischer Volksunion Zimbabwes (ZAPU) finanzierten und versteckten „Dissidenten", die ihn an die Macht bringen sollten, behauptete Mugabe. Die Regierung müsse Militär entsenden, wenn „Dissidenten" aufträten. Es werde die Zeit kommen, auch gegen die ZAPU vorzugehen. Doch treffe es nicht zu, daß Nkomos Anhänger und sein Stamm, die Ndebele, ausgerottet werden sollen.

Am 23. März 1983 ist unser über alles geliebter Mann, Vater und Bruder gestorben.

Wolfgang Hicks

Irina, Ronald, Traudel

Bonn, den 23. März 1983

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Wir betrauern den Tod des Ehrenvorsitzenden unseres Aufsichtsrates Herrn

Dr. jur. Felix Büchner

* 11. 6. 1895 † 24. 3. 1983

Der Verstorbene gehörte über drei Jahrzehnte dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft an, davon viele Jahre als Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender. Er hat den Wiederaufbau unseres Unternehmens nach dem 2. Weltkrieg mit seinem umfassenden Fachwissen und unermüdlicher Schaffenskraft entscheidend geprägt.

Mit ihm verlieren wir eine Persönlichkeit, deren sachkundiger Rat und unternehmerischer Weitblick uns fehlen werden.

Wir werden Herrn Dr. Büchner ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Schimmelpfeng GmbH

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, 30. März 1983, um 11 Uhr auf dem Friedhof Nienstedten, Hamburg 52, Rupertistraße 37, statt.

Wolfgang Hicks †

Er war ein geistreicher Mann, ein Mann der sicheren Charakterisierung. Der große Karikaturist Wolfgang Hicks gewann der ernsten Zeit eine heitere, eine treffende Seite ab.

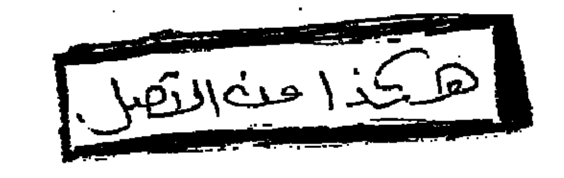
Mit seinen Zeichnungen trug er dazu bei, das Gesicht der WELT zu prägen.

Uns allen war er ein gewinnender Kollege, vielen ein guter Freund.

Wir sagen ihm Dank.

Redaktion und Verlag
DIE WELT

Bonn, den 23. März 1983



Englands Channel 4 erstickt im Korsett redaktioneller Leitlinien

Liebster Medien-Prügelknabe der Nation

m ITN-Nachrichtenstudio, das Englands kommerziellem Fernsehen ITV und dem neuen, vierten Kanal Channel 4 (C4) die Nachrichten zuliefert, macht dieser böse Witz die Runde: Wie wär's, wenn wir den Zuschauern von C4 die Nachrichten einfach durchtelefonieren und die TV-Ausstrahlung einstellen würden? Das Publikum wäre genausogut bedient und man könnte viel Geld sparen.

Dieses vernichtende Insider-Urteil über eines der interessantesten Projekte von C4, die erste einstündige Nachrichtensendung des britischen Fernsehens, kann als Indiz für die Malaise des ganzen Unternehmens gelten, das am 2. November vorigen Jahres den Sendebetrieb mit dem Ziel einer zehnprozentigen Sehbeteiligung startete und sich inzwischen die nicht minder maliziöse Witz-Umdeutung seines Namens in „Kanal vier Prozent" gefallen lassen muß. Denn vier Monate nach dem Start konnte die Alternative zu BBC und ITV erst vier Prozent der Zuschauer anziehen, oft sind es nur 3,5 Prozent, wobei „Channel four news" nicht selten das Schlußlicht bildet. Allerdings hat man mittlerweile Konsequenzen gezogen: die einstündige Nachrichtensendung wurde auf 50 Minuten gestutzt, und statt des als langweilig empfundenen Kommentars kommen nun in einer Art von „Wo uns der Schuh drückt"-Sendung Leute des öffentlichen Lebens zu Wort.

Angesichts der großen Schwierigkeiten, sich freizuschwimmen, nimmt C4 jetzt der große Bruder zu Hilfe: die kommerziellen Anstalten, die bis auf weiteres aus ihren Profiten C4 finanzieren müssen, beschlossen eine außerordentliche Rettungsaktion: Am 7. April übernimmt der Massenkanal ITV von 20 Uhr bis Mitternacht Sendungen von C4. Derart massive TV-Werbung in eigener Sache hat es noch nicht gegeben.

Dem 200-Mann-Unternehmen Channel 4, das nicht selbst produziert, sondern in aller Welt einkauft und Produktionsaufträge vergibt, wurde keine Schonzeit zugestanden. Die Neuen wurden zum beliebtesten Medien-Prügelknaben der Nation. Langweilig, linkslastig, pornographisch gar schimpfte man sie, warf ihnen obszöne Sprache vor, kreidete ihnen allzu bereitwilliges Eingehen auf Minderheiten wie Homosexuelle und Farbige an. Kein Geringerer als BBC-Fernsehdirektor Aubrey Singer sprach von einer „Fülle billiger, politisch vorbelasteter" Dokumentarfilme aus der Küche unabhängiger kleiner Produzenten, die die Ausgewogenheit der etablierten Fernsehanstalten vermissen lasse. Abgeordnete prangerten im Parlament angebliche Fehlentscheidungen der Programmverantwortlichen von C4 an und forderten, daß entweder Köpfe rollen oder der Kanal wieder dichtgemacht wird.

Jeremy Isaacs, Steuermann von C4 in all den Stürmen, versucht, Gleichmut zu bewahren: „Ich bin nun mal in sehr exponierter Stellung und muß viel einstecken. Ich habe das allergrößte Verständnis für Fußballmanager, die heute zu Wunderwirkern hochstilisiert und morgen zum alten Eisen geworfen werden." Isaacs ist dennoch zuversichtlich, daß er sein Ziel erreichen wird, in drei Jahren zehn Prozent Sehbeteiligung zu haben. Er gab aber auch Fehler zu und kündigte einschneidende Änderungen an. Man wolle im kommenden Jahr stärker auf die Linie leichte Unterhaltung einschwenken, mehr Lustspiele, Unterhaltungsshows und Serien bieten.

Damit ist ein wunder Punkt dieses kommerziellen TV-Kanals angesprochen: das ihm vom Parlament verpaßte Korsett redaktioneller Leitlinien, wonach es das (ungemein erfolgreiche) ITV-Konzept nicht duplizieren, sondern Alternativen für Minderheiten und solche Gruppen entwickeln soll, die TV-desinteressiert sind. Dieser Auftrag hat im Blick auf die nur an Einschaltquoten interessierte Werbewirtschaft eine gewaltige Bremswirkung.

Weiter zeigt sich, daß die etablierten Sender, also die öffentlich-rechtliche BBC mit ihren beiden Kanälen BBC-1 und BBC-2 und das kommerzielle ITV einen Zuschauerstamm haben und darauf abzielen, jeden Abend zur Haupteinschaltzeit der Briten gegen 19 Uhr Leckerbissen wie eine beliebte Serie, eine Komikershow oder einen Spielfilm zu servieren, in der Hoffnung, die Leute damit für den Rest des Abends bei der Stange zu halten. C4 hingegen sendet ab 19 Uhr seine 50-minütige Nachrichtensendung.

Isaacs zielte darauf ab, das Publikum für „Stippvisiten" auf seinem Kanal zu gewinnen, mußte aber die bittere Erfahrung machen, daß nur eine kleine Minderheit den Fernsehabend durch sorgfältiges Studium des gesamten Programmangebots plant. Jetzt ist die Zeit der Kurskorrekturen gekommen.

SIEGFRIED HELM

KRITIK

Welt mit klaren Konturen

Wieso ist „Derrick" (ZDF) neben dem „Alten" die beliebteste deutsche Krimiserie? Vielleicht bringt uns gerade der Vergleich mit dem „Alten" darauf. Dieser ist ein wahres Wunder, denn in ihm leben ja lauter Menschen wie du und ich auf, von Köster angefangen, und es ist trotzdem spannend.

Bei Derrick ist es gerade umgekehrt. Hier gibt es lauter Hundertprozentige, nämlich intensiv gute Menschen und ekelerregend böse. „Derrick"-Tappert, der irgendwie von Willy Birgel abstammen muß, läuft stolz wie ein Jäger herum, während man bei Köster-Lowitz ebenfalls noch in einem Augenwinkel etwas wie Jagdinstinkt entdecken kann.

Der neue „Derrick" hieß „Geheimnisse einer Nacht" und war eine Mordgeschichte um einen manchen Frauenvernascher (natürlich ein Unternehmer und Schloßbesitzer – im Volk gibt es so etwas ja nicht). Und man hatte sich dazu eine wahre Starbesetzung geholt. Heinz Bennent genügte nicht, es mußte auch Anne Bennent her, die noch verstörter ins Nichts starren kann als ihr Papa. Den weiblichen Sex vertrat Thekla Carola Wied, weil sie so eine sinnlich gekerbte Lippe hat. Dafür war Gila von Weitershausen diesmal ganz seelisch. Siegfried Wischnewski mimte die ehrlichste Haut von einem Hausmeister und Großvater, damit sich der von Geilheit triefende Männersex von Jürgen Goslar davon abheben konnte.

O Gott, wie war das schön! Endlich eine Welt mit klaren Konturen, das Gute und das Böse durch Welten voneinander getrennt, darüber Derrick als Erzengel und Fritz Wepper als Putte.

ANTON MADLER

STUDIO

In enger Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern plant der Westdeutsche Rundfunk (WDR) gegenwärtig eine großangelegte Sendereihe „Tiefseeforschung", in der erstmals „Fernsehbilder in Studioqualität" aus bis zu 6000 Meter Tiefe gezeigt werden sollen. Von Mitte der 80er Jahre an – so glaubt man – könnten erste Sendungen über das „faszinierende und bislang kaum erforschte" Leben in den Meerestiefen ausgestrahlt werden. Eigens für dieses Großprojekt sei bereits ein „Unterwasser-Mini-Studio" im Modell entworfen worden, das von einem Forschungsschiff ferngelenkt werden könne. Das mit Farbkameras und speziellen Scheinwerfern ausgestattete Unterwasser-Studio „Noctiluca IV" solle neben Film-Aufnahmen auch wissenschaftliche Messungen vornehmen. (dpa)

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

5 Sesamstraße
5 heute
5 Geschichte einer Nonne
US-Spielfilm, 1959

12.30 Umschau
12.40 Tagebuch
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

0 Tagesschau
5 Spaß am Montag
Mit Thomas und Zini
Die Filmbeiträge: Kanaligator/Pfadfinder auf Abwegen/Hobby/„The three stooges" als Tierärzte/Mäxchen pfiffig, Tüte und Roboter/Kidy – das Känguruh.
0 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
0 Tagesschau
5 J. Robert Oppenheimer, Atomphysiker (6)
McCarthys Kommunistenjagd beginnt
Anschl. Ein Platz an der Sonne
5 Kontraste
Das Ost-West-Magazin
Themen: Auch im Sozialismus sterben Wälder – Die kritische Lage im Erzgebirge und in Nordböhmen / Pankow schweigt, doch der „Sonderzug" rollt – Udo Lindenbergs Appell an Erich Honecker / Polens No-future-Generation – Porträt einer Warschauer Rockgruppe
Moderator: Peter Schütte
5 Bitte umblättern
Das SWF-Unterhaltungsmagazin
Mit Beiträgen über: Die populäre Fernsehjournalistin Dickmann; den italienischen Komponisten Dario Farina, der u. a. den Hit „Felicitas" kreiert hat; die Modemacher Nicola und Maria Luisa Trussardi aus Italien; den Musiker Udo Lindenberg und den neuen Kinofilm „Der dunkle Kristall".
0 Tagesthemen
0 Das Nacht-Studio
Auf Bewährung
Amerik. Spielfilm, 1980
Regie: Randall Conrad
5 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Lehrerprobleme – Schülerprobleme
Schwierige Lernsteuerung
2. Formen offenen Unterrichts
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassie
Bären lieben Honig
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Vanessa, Ludwig Hirsch
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Räuberpistolen (Teil 1)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein Colt für alle Fälle
Räuberpistolen (Teil 2)
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Präsentiert von Dieter Thomas Heck
20.15 Kinder Kinder
Was du ererbt von deinen Vätern
„Das kann mein Opa nicht verstehen, daß mein Vater nicht so 'ne richtige Erziehungsgewalt ausübt. Opa denkt, er müßte bei mir noch die Erziehung nachholen, die mein Vater oder meine Mutter versäumt haben!" Die 15jährige Romana hat Schwierigkeiten mit ihren Großeltern, von der Kleidung angefangen bis zu ihren politischen Einstellungen.
21.00 heute-journal
21.20 Nosferatu – Phantom der Nacht
Film von Werner Herzog
Mit Klaus Kinski, Isabelle Adjani u. a.
23.00 Der jiddische Film
Freie Arbeiter Stimme
Dokumentarfilm von Joel Sucher und Steven Fischler.
1890 gründeten jüdische Anarchisten in den USA die Zeitung „Freie Arbeiter Stimme".
23.55 DAG-Fernsehpreis '83
Bericht von der Verleihung
00.05 heute

…ene aus einer neuen Folge der Spielserie „Tom will nicht erwachsen …n" – „Spaß am Montag", ARD, 16.15 Uhr FOTO: WDR

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Deutsch (26)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich
Hans Jaecker, Präsident des Fußball-Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig
21.45 Landesspiegel
Lokaltermin: Der Fall Brahms
Ein Staatsdiener verzweifelt an der Gerechtigkeit
Film von Günther Faure
22.15 Das Leben ist wunderbar
Ital.-sowj. Fernsehfilm
23.50 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Ich war Schülerin in Summerhill
19.15 Die Sprechstunde
Legasthenie – wenn das Kind nicht schreiben lernt
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
Heute: Wolf Hanke mit Gästen aus Spanien
21.30 Parkett Mitte
21.45 Mercier und Camier
Von Samuel Beckett
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß (13)
19.00 Schätze unter Wasser (2)
Vom Wikingerschiff zum Kanonenboot
19.30 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Standpunkte
21.00 Drei aktuell
21.15 Captain Paris
Der Preis einer Karriere
22.00 Kultur-aktuell in Hessen
22.50 Thema offen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (26)
19.00 Unternehmen Haushalt
Es muß nicht immer Lende sein – rund ums Fleisch
19.35 Bonanza
Adam baut ein Haus
20.20 Menschen unter uns:
Beobachtungen unter Pressefotografen
21.05 Soap – oder: Trautes Heim (25)
21.30 Reden muß man miteinander
4. Der Fall Lilli
22.00 Sonderangebot:
Nachtbilder (7)
Drei Kurzfilme des Verbandes Deutscher Nachwuchsfilm e. V.

BAYERN
18.15 Zirkusgeschichten
18.40 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Götter ohne Maske
Amerik. Spielfilm, 1953
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 … daß Jahrtausende nicht spurlos vergehen
Neue Ausgrabungen, Methoden, Ergebnisse der Landesarchäologie in Bayern (1)
22.50 Rundschau

Kohl-Strauß-Genscher bilden Triumvirat

● Fortsetzung von Seite 1

1969 war zum Scheitern verurteilt, weil sie nicht zur Kenntnis nehmen wollte, daß die Politik der Koexistenz und der Entspannung für die Sowjetunion die Fortführung des Klassenkampfes mit anderen Mitteln ist."

Realistische Entspannungspolitik dürfe nicht auf dem Prinzip Hoffnung, sie müsse auf der Grundlage der Wachsamkeit aufgebaut sein. Entspannung müsse auch unterbrechbar sein, da sie sonst zum psychologischen Zwang werde. Außerdem müsse wirkliche Entspannung geographisch unteilbar sein.

Auf dem Feld der Entwicklungspolitik setzte die CSU gegenüber der CDU einen Passus durch, über den es beim gemeinsamen Wahlprogramm der Unionsparteien noch keine Einigung gegeben hatte. Punkt 36 lautet: „In allen geeigneten Fällen ist auf Maßnahmen hinzuwirken, die beschäftigungswirksam auf die deutsche Volkswirtschaft sind." Entwicklungshilfe dürfe weder in Widerspruch zu eigenen lebenswichtigen Interessen stehen noch der Bundesrepublik feindlich gesonnene Kräfte fördern.

Zum Rüstungsexport wird „in nächster Zukunft" ein neues Konzept erwartet, das die sicherheits- und die finanzpolitischen Belange der Bundesrepublik berücksichtigen soll.

Unter dem Titel „Besondere Problembereiche der deutschen Außenpolitik" folgen einige Abschnitte, die deutlich die Handschrift des CSU-Vorsitzenden Strauß tragen. Die Volksrepublik China wird unter den gegenwärtigen weltpolitischen Gegebenheiten als ein natürlicher Partner der Bundesrepublik bezeichnet. In der Nahost-Politik müsse der Reagan-Plan auf allen politischen Ebenen unterstützt werden. „Inhaltloser Aktionismus, der nur zu neuen Verhärtungen der Lage führt, darf sich nicht wiederholen", heißt es in Punkt 43.

Vier Seiten sind der Afrika-Politik gewidmet, in der die CSU kaum Einigungsmöglichkeiten mit der FDP und ihrem Vorsitzenden, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, sieht. So wird für Namibia gefordert, das Turnhallen-Modell zu fördern und die Unterstützung der prokommunistischen und terroristischen Swapo aufzugeben. Das unter der SPD/FDP-Koalition geschlossene deutsche Konsulat in Windhuk soll wiedereröffnet werden.

In der Südafrika-Politik, der neun Punkte vorbehalten sind, wird als langfristiges Ziel verlangt, auf die dortigen Regierungsverantwortlichen einzuwirken, „die Verfassungsreform ihres Landes nach den gegebenen Bedingungen geschichtlicher und ethnischer Art so voranzutreiben, daß die weiße Kultur erhalten bleibt, der Aufstieg der Farbigen, besonders der schwarzen Bevölkerung, sich evolutionär und organisch vollzieht, eine Unterdrückung oder Ausrottung von Minderheiten unmöglich gemacht wird und ein Kondominium der beteiligten Rassen zustande kommt".

Militärischer Druck oder Wirtschaftsboykott werden abgelehnt. Die Weltmeinung dürfe nicht länger dahingehend manipuliert werden, „Revolutionären eine sentimental-moralische Überbewertung und einen revolutions-charismatischen Heiligenschein zu geben". In Punkt 59 heißt es: „Die freie Welt muß langfristige evolutionäre Vorhaben unterstützen, statt revolutionäre Umtriebe zu begünstigen."

Klage gegen die Grünen?

Waigel fragt nach Verfassungsmäßigkeit

rtr, **Tutzing**

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, hat sich für eine Verfassungsklage gegen die Grünen ausgesprochen, falls die in Teilen der Partei vertretene Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols und des Rechtsstaatsprinzips offizielle Politik der Grünen werden sollte.

„Sollten sich diese Auffassungen in der offiziellen Programmatik der Grünen niederschlagen, wäre meines Erachtens eine grundsätzliche Klärung der Zuverlässigkeit der Grünen als Partei vor dem Bundesverfassungsgericht erforderlich", sagte Waigel am Wochenende der Frühjahrstagung der Evangelischen Akademie Tutzing.

Der Bundestagsabgeordnete Dieter Burgmann von den Grünen bezeichnete es als „infame Unterstellung", die Grünen als verfassungswidrig zu bezeichnen. Die Gewaltfreiheit sei „eine der Grundsäulen" der Grünen. Er könne aber das Gewaltmonopol des Staates nicht akzeptieren, wenn es dazu benutzt werde, um Leben und Gesundheit von Menschen zu gefährden.

Dritter Entwurf: US-Hirtenbrief abgemildert

dpa, **Washington**

Der dritte Entwurf des Hirtenbriefes der katholischen Bischöfe der USA zur Atomrüstung hält an der scharfen Verurteilung der Atomrüstung und eines atomaren Krieges fest, enthält aber auch Abmilderungen im Vergleich zu den früheren Entwürfen.

Dies läßt sich einem Bericht der „New York Times" vom Wochenende über den neuen Entwurf, der den 285 katholischen Bischöfen zur Schlußabstimmung auf der Nationalen Bischofs-Konferenz am 2. Mai in Chikago vorgelegt werden soll, entnehmen.

Unverändert, so heißt es in dem Bericht, werden ein Atomkrieg und der Einsatz von Atomwaffen gegen die Zivilbevölkerung als unmoralisch verurteilt. Im Unterschied zur bisherigen Fassung werden die USA und die Sowjetunion aufgefordert, die atomare Aufrüstung zu „begrenzen". Bisher war ein Stopp verlangt worden.

Der Abschnitt über den Ersteinsatz von Atomwaffen falle ausführlicher aus, schreibt das Blatt. Die Rechtfertigung der nuklearen Abschreckung als das kleinere von zwei Übeln sei gestrichen worden.

Die Verantwortung der Sowjetunion für den Rüstungswettlauf wird dem Bericht zufolge deutlicher herausgestellt, und die Folgen eines Atomkrieges werden ausführlicher beschrieben.

Den Informationen zufolge wird die neue amerikanische Interkontinentalrakete MX nicht mehr besonders als eine fragwürdige Waffe hervorgehoben, sondern es werden alle Waffensysteme kritisch beurteilt, die eine Ausweitung des Rüstungswettlaufes oder eine Einladung der Sowjetunion zum Angriff provozieren könnten. Von der Regierung Ronald Reagans heißt es, daß sie echte Abrüstung anstrebe.

Die bisherige Fassung des Hirtenbriefes war von der amerikanischen Regierung scharf kritisiert worden. Nach Ansicht des Weißen Hauses wurden die Abrüstungsanstrengungen der USA nicht ausreichend gewürdigt.

In der Bundesrepublik Deutschland waren die bisherigen Entwürfe des Hirtenbriefes der amerikanischen Bischöfe von führenden katholischen Sozialdemokraten und Christdemokraten ebenfalls verurteilt worden.

Die dritte Fassung des Hirtenbriefes soll nach der Schlußabstimmung und der endgültigen Verabschiedung auf der Bischofskonferenz von den Kanzeln der Kirchen verlesen werden.

Kohl gibt Ministerliste bekannt

Stoiber soll gegen Ende der Legislaturperiode Verkehrsminister Dollinger ablösen

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die CSU-Führung hat bei der Benennung ihrer fünf Bundesminister für das neue Kabinett einen Wechsel an der Spitze des Bundesverkehrsministeriums gegen Ende der Legislaturperiode einkalkuliert.

Nach Informationen der WELT gibt es ein stillschweigendes Arrangement, das vorsieht, daß dann Bundesverkehrsminister Werner Dollinger sein Amt abgibt. Sein Nachfolger soll 1986 der bisherige CSU-Generalsekretär und Staatssekretär in der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, werden. Diese Regelung käme auch Stoiber – Dollinger wäre dann 68 Jahre alt – entgegen, weil er einerseits ohne Bundestagsmandat ist, sich aber andererseits vor der Neuwahl des Parlaments einarbeiten könnte.

Bundeskanzler Helmut Kohl wird heute den Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seine Ministerliste bekanntgeben. Sie wird keine großen Veränderungen aufweisen und wie folgt aussehen: Vizekanzler und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU), Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU), Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP), Verteidigung Manfred Wörner (CDU), Justiz Heinz Engelhardt (FDP), Ernährung Ignaz Kiechle (CSU), Minister für Arbeit und Soziales Norbert Blüm (CDU), Verkehrsminister Werner Dollinger (CSU), Minister für das Post- und Fernmeldewesen Christian Schwarz-Schilling (CDU), Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider (CSU), Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Heinrich Windelen (CDU), Minister für Forschung und Technologie Heinz Riesenhuber (CDU), Minister für Jugend, Familie und Gesundheit Heiner Geißler (CDU), Minister für Bildung und Wissenschaft Dorothee Wilms (CDU), Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Jürgen Warnke (CSU).

Nach der Wahl und der Vereidigung des Bundeskanzlers, die am Dienstag stattfinden sollen, ist die Eidesleistung der Minister für den Mittwoch vorgesehen. Die Ministerliste weist nur zwei Veränderungen auf: Kiechle wird anstelle von Josef Ertl Bundesernährungsminister, und Heinrich Windelen, bisher Vizepräsident des Parlaments, wird Nachfolger von Rainer Barzel als innerdeutscher Minister. Barzel wird Bundestagspräsident, während die Vizepräsidentenstelle künftig von Richard Stücklen besetzt sein wird.

Auch auf der Ebene der Parlamentarischen Staatssekretäre dürfte es keine großen Veränderungen geben. Es ist daran gedacht, die Stelle des zweiten Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium – bisher der FDP-Abgeordnete Jung – nicht wieder zu besetzen. Jung ist nicht mehr im Deutschen Bundestag. Unentschieden ist, ob Georg Gallus (FDP) Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium bleibt. Kiechle möchte diese Position mit einem Mann aus den eigenen Reihen besetzen, wobei die Namen der Abgeordneten Egon Susset (Baden-Württemberg) und Karl Eigen (Schleswig-Holstein) gefallen sind.

„Keine uferlose Daten-Weitergabe"

Zimmermann hält an Volkszählung fest / Boykott-Aufrufe „Angriffe auf Rechtsstaat"

DW. **Hamburg**

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hält an der Volkszählung wie geplant fest und sieht durch die Aufrufe zum Boykott den „Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland" herausgefordert.

In einem Interview mit dem „Spiegel" erklärte der Innenminister: „Wenn ich mir so die Aufrufe ansehe, die da verbreitet werden, ihren Text, ihre Wortwahl, dann finde ich, daß das weniger ein Angriff gegen die Volkszählung ist als vielmehr ein Angriff auf das ganze System." Als Verfassungsminister müsse er sich jedoch „pflichtgemäß für den Vollzug des Gesetzes" entscheiden.

Die Boykott-Aufrufe seien „Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat". Das Statistik-Geheimnis sei „noch nie verletzt worden". Informatiker, die Bedenken anmeldeten, „muß ich verdächtigen, daß sie weniger die Volkszählung als das System der Bundesrepublik Deutschland meinen, wenn sie aggressiv werden", sagte Zimmermann.

Es gebe keine „uferlose Weitergabe, noch eine unkontrollierte Verletzung" der bei der Volkszählung erhobenen Daten. Zimmermann räumte ein, daß selbstverständlich die Verletzung des Statistik-Geheimnisses technisch möglich sei. Aber „Defraudanten und Korrupte gibt es in jedem Bereich", zunächst einmal sollte man „allen, die dem Staat durch ihr Amt verpflichtet sind, zutrauen, daß sie nach dem Gesetz handeln". Jeder, der an einer ungerechtfertigten Weitergabe der Daten sich beteilige, mache sich im übrigen strafbar.

Auf Bedenken von Kritikern eingehend, die an den Datenmißbrauch, im Dritten Reich erinnern, sagte Zimmermann: „Jede Bezugnahme auf die Zeit vor 50 Jahren im Zusammenhang mit dem heutigen Volkszählungsgesetz weise ich als geschmacklos, um nicht ein härteres Wort zu gebrauchen, zurück." Er weigere sich zu glauben, „daß der allergrößte Teil der Bevölkerung in jedem erhebenden Beamten einen Spitzel sieht". Er vertraue vielmehr auf das Verantwortungsbewußtsein des Bürgers und darauf, „daß er sich durch Kampagnen, wie sie gestartet worden sind und sicher weiter gestartet werden, nicht irremachen läßt".

Der Innenminister hob erneut die Notwendigkeit der Volkszählung für die künftige Planung etwa in den Bereichen Energieversorgung, Wohnungsbau und Investitionen hervor. Als ein Ergebnis der Befragungen erwarte er zum Beispiel, „daß wir eine Million weniger Einwohner haben, als aufgrund der Fortschreibung festgestellt ist. Viele Leute melden sich nach einem Wohnungswechsel zwar an, vergessen aber die Abmeldung, so daß sie fortan in zwei verschiedenen Melderegistern geführt werden. Solche Fälle soll die Volkszählung bereinigen helfen, ohne daß die Betreffenden mit Bußgeld belegt oder sonstwie zur Verantwortung gezogen werden."

Zimmermann erinnerte daran, daß der Datenschutz-Beauftragte des Bundes, Professor Bull, „keine gravierenden Mängel, oder schon gar nicht eine Verfassungswidrigkeit" festgestellt habe. Und die Tatsache, daß das Bundesverfassungsgericht Beschwerden gegen das Gesetz nicht als unzulässig verworfen habe, lasse noch nicht darauf schließen, daß sie auch begründet seien. Er selbst sehe „dem Ganzen gelassen entgegen und würde mich nicht scheuen, meine personenbezogenen Daten am Schwarzen Brett des Innenministeriums auszuhängen".

Jeder Bundesbürger kann von heute an über den Telefonansagedienst (Telefonnummern 1166 oder 01166) Auskünfte über die Volkszählung erhalten.

Perez bespricht mit dem Kreml Afghanistan

AFP, **Moskau**

UNO-Generalsekretär Xavier Perez de Cuellar ist auf Einladung von KPdSU-Generalsekretär Jurij Andropow gestern zur ersten Etappe seiner Europa-Reise in Moskau eingetroffen. Perez wird von seinem Sonderbeauftragten für Afghanistan, Diego Cordovez, begleitet.

Außer dem Abrüstungsproblem dürfte der UNO-Generalsekretär in Moskau vor allem die Afghanistan-Frage erörtern. Seit seinem letzten Besuch im Kreml im September 1982 ist in dieser Frage bei der Moskauer Führung ein Wandel zu bemerken.

Cordovez, der eine Pendelmission zwischen Kabul und Islamabad durchführt, soll in letzter Zeit von Moskau ermutigt worden sein. Doch machte er darauf aufmerksam, daß von einer sowjetischen Teilnahme an den Afghanistan-Verhandlungen vorerst keine Rede sein könne.

PLO-Chef Arafat in Saudi-Arabien

rtr/AFP, **Riad**

Der Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, ist gestern aus Marokko zu Gesprächen in der saudiarabischen Hauptstadt Riad eingetroffen, meldete die saudiarabische Nachrichtenagentur. Ihn begleitet Abu Jihad, der stellvertretende Oberkommandierende der palästinensischen Truppen. Anschließend reist Arafat zu Gesprächen mit König Hussein nach Jordanien.

Dali-Fälschungen in Spanien

dpa, **Madrid**

Die spanische Polizei hat einen neuen Kunstfälscherring aufgedeckt, drei Verdächtige festgenommen und 50 Bilder beschlagnahmt, von denen 48 Salvador Dali zugeschrieben worden waren.

Mit dieser Nachricht alarmierte die spanische Polizei nach den Selbstbeschuldigungen des „Dali-Imitators" Manuel Pujol Baladas erneut den Kunsthandel. Bereits vor zwei Jahren war die Kunstwelt durch Berichte aufgeschreckt worden, nach denen Dali jahrelang Tausende leerer Lithobogen signiert und damit der Möglichkeit der Täuschung Tür und Tor geöffnet haben sollte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nicht nur ältere Herren

„Kaderschmiede und Herrenclub": WELT vom 19. März

Sehr geehrte Herren,

den Freien Deutschen Autorenverband mit seinen neun Landesverbänden und 1700 Mitgliedern, von der großen Zahl der Sympathisierenden unter den gewerkschaftlich nicht gebundenen Schriftstellern ganz abgesehen, als „esoterische Runde gutgelaunter älterer Herren" zu beschreiben, scheint denn doch nicht ganz zureichend. Natürlich gibt es da auch einen beträchtlichen Teil älterer Autoren (relativ wenige „gut gelaunt"), und weil diese die bekannteren Namen sind, stehen sie im Blickpunkt. Aber der weitaus größere Teil sind jüngere Jahrgänge, viele in den letzten Jahren zum FDA gekommen, die gerade ihre ersten Veröffentlichungen vorgelegt haben. Der FDA hat für die Nachwuchsschriftsteller mehrere Arbeitskreise.

Richtig ist natürlich – und vielleicht meint das der Leitartikel – daß sich zwischen den Älteren und den Jungen ausgedünnte mittlere Jahrgänge finden, beim FDA ausgeprägter als beim VS, weil es ja in den letzten Jahrzehnten für die Intellektuellen Mode (und besser dotiert) war, links zu tragen, in die Gewerkschaft zu gehen, der Parole „Schreiben heißt marschieren" zu folgen. Das jedoch ändert sich immer spürbarer, allein die steigenden Mitgliederzahlen des FDA zeigen es klar.

Dem FDA fehlt noch sehr viel, aber schlichthin unzutreffend ist, es mangele in ihm an sozialem Engagement. An allen Fronten, beim Urheberrecht, bei der Mehrwertsteuer, der Krankheits- und Altersvorsorge, als Gründungsmitglied im Deutschen Literaturfonds, im Kulturrat, überall war der FDA mit engagierter Kritik und präzisen eigenen Vorschlägen dabei – gerade eben noch mit Forderungen und statistischem Material beim Bemühen um Hilfe für die vom Künstlersozialversicherungs-Gesetz im Stich gelassenen über fünfzigjährigen Kollegen bei der Anhörung im Bundesinnenministerium.

Angesichts der Not bei vielen Mitgliedern, die durch die Umfrage des FDA sichtbar wurde, klingt die Bezeichnung „Herrenclub" geradezu grotesk. Und am allerwenigsten paßt diese Kategorie auf den FDA-Präsidenten Hubertus Prinz zu Löwenstein, der im Reichsbanner war, dann auf Helgoland, und der noch heute zusammen mit den Jungautoren literarische Fahrten unternimmt.

Mit freundlichen Grüßen
Volkmar Zühlsdorff,
Mitglied des Präsidiums
Freier Deutscher Autorenverband,
Bonn

Hervorhebung

Sehr geehrte Herren,

Sie haben in Ihrer Ausgabe vom 14. März einen ausgezeichneten Artikel über Straßburg unter gebührender Hervorhebung der außerordentlichen Verdienste des bisherigen Bürgermeisters und großen Europäers, Dr. h. c. Pierre Pflimlin, gebracht. Dafür danke ich Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen
Alfred Toepfer,
Hamburg 1

Benachteiligt

In Ihrem Leitartikel „Das Unvermeidliche im Licht einer glanzvollen Kulisse" von Peter Gillies (WELT vom 19. März) sprechen Sie dankenswerterweise ein Problem an, das uns Politiker sehr bedrängt. Es geht um den Begriff der Benachteiligung.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung, nämlich die Mädchen und Frauen, sind sowieso benachteiligt. Auch die Landbevölkerung gehört zu der benachteiligten Gruppe.

Allerdings wollen uns die Grünen gerade davon überzeugen, daß es die Städter sind, die von ihren Umwelterfahrungen her benachteiligt sind. Besonders benachteiligt sind ja, wie im Jahr des Kindes die damalige Bundesregierung weltweit bekannt machte, bei uns die Kinder und Jugendlichen. Wir sind die kinderfeindlichste Gesellschaft, vergleicht man die Berichte an die UNO. Benachteiligt sind auch die älteren Menschen.

Wie beklagenswert ist aber die Benachteiligung der gesunden, im Erwerbsleben stehenden Bevölkerungsgruppe, muß sie doch Sie sozialen Lasten der Gesellschaft allein tragen. Die Arbeiter sind schlechthin benachteiligt, die Selbständigen allerdings besonders benachteiligt, weil sie am weitesten von der 40-Stunden-Woche entfernt sind. Benachteiligt sind alle Pflichtversicherten, weil sie die Risikogruppe mit durchziehen müssen.

Alle Minderheiten sind sowieso benachteiligt, auch die Bewohner von Randgebieten und Problembereichen aller Art. Bei jeder politischen Aktivität, die wir nur von Ferne ankündigen, gibt es den Protest der möglicherweise Benachteiligten.

Die Unbeweglichkeit der Politik hat sicherlich auch Vorteile, weil manches Unnötige und Aktualistische unterbleibt. Aber in den nächsten Jahren muß mancher Kurs gewendet werden.

Wie kann man das aber einem Volk zumuten, das nicht nur einfach benachteiligt ist, sondern wo die „Mehrfach-Benachteiligung" die Regel ist?

Hermann Kroll-Schlüter,
MdB, CDU, Bonn / Warstein

Wort des Tages

„Die Gerechtigkeit ist nichts anderes als die Nächstenliebe des Weisen."

Gottfried Wilhelm Leibniz, dt. Philosoph (1646–1716)

Personalien

ERNENNUNG

Professor **Reinhard Schwarz** wurde neuer Präsident der Luther-Gesellschaft. Sein Vorgänger, Landesbischof **Gerhard Müller**, kandidierte nach achtjähriger Tätigkeit nicht mehr für dieses Amt. Professor Schwarz lehrt Kirchengeschichte an der Universität München.

EHRUNGEN

Der Lübecker Konsul und Firmeninhaber **Klaus Richter** wurde Vizepräsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels. Richter war bisher bereits Präsidialmitglied und Vorsitzender des Verkehrsausschusses in diesem Bundesverband. Er ist unter anderem auch Präses der Industrie- und Handelskammer Lübeck.

*

Der französische Philosoph und Jaspers-Spezialist **Emmanuel Levinas** erhält als erster den Karl-Jaspers-Preis, den die Universität Heidelberg und die Stadt gemeinsam stiften. In der Jury saßen neben Repräsentanten der Stadt und der Universität Mitglieder der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, des Max-Planck-Instituts und der Baseler Jaspers-Stiftung. Der Preis ist mit 10 000 DM dotiert und wird am 15. Juni in Heidelberg während eines Karl-Jaspers-Symposiums überreicht. Der 1969 verstorbene Philosoph **Karl Jaspers** lehrte viele Jahre in Heidelberg. Professor Levinas war an der Pariser Sorbonne tätig.

*

Professor Dr. **Gerhard Meyer-Schwickerath** von der Universitäts-Augenklinik in Essen erhielt im holländischen Maastricht die Donders-Medaille der Niederländischen Augenärztlichen Gesellschaft. Die Donders-Medaille wurde seit 1932 erst zum achten Mal verliehen

GESTORBEN

Wilhelm Gefeller, Gründungsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes und ehemaliger Vorsitzender der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, IG Chemie, starb im Alter von 77 Jahren in Gehrden bei Hannover. Von 1953 bis 1957 hatte Wilhelm Gefeller auch als SPD-Abgeordneter dem Deutschen Bundestag angehört.

Ein Leben in Liebe und Fürsorge für die Familie hat sich erfüllt.

Wir nehmen Abschied und trauern sehr um meinen geliebten Mann, unseren liebevollen, guten Vater und Großvater

Dr. jur. Felix Büchner

geb. 11. 6. 1895 gest. 24. 3. 1983

In Liebe und Dankbarkeit

Gertrud Büchner geb. Schneider
Felicitas Büchner
Peter und Raquel Büchner
Peter, Alexander und Andrea Büchner
und alle Angehörigen

Hamburg-Winterhude, Blumenstraße 36a

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, 30. März 1983, um 11 Uhr auf dem Friedhof Nienstedten, Hamburg 52, Rupertistraße 37.

Unser von allen verehrter Gesellschafter-Geschäftsführer, Herr

Dr. jur. Felix Büchner

Träger des Bundesverdienstkreuzes

ist am 24. 3. 1983 im Alter von 87 Jahren verstorben.

Mit großer Umsicht und Tatkraft hat Herr Dr. Büchner den Verlag aus kleinen Anfängen zur heutigen Bedeutung geführt. Sein Weitblick, die Treffsicherheit seines Urteils, seine Gabe, bei allen auftretenden Problemen das Wesentliche zu erkennen, waren für uns immer von neuem bewundernswürdig. Bis zuletzt war sein Rat unentbehrlich.

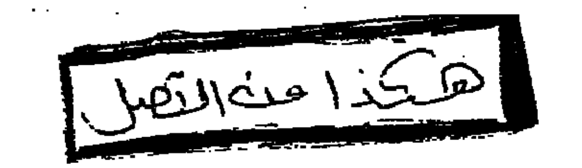
Herr Dr. Büchner brachte seinen Mitarbeitern gütiges Verständnis entgegen und war zur persönlichen Hilfe stets bereit.

Wir alle werden sein Andenken in hohen Ehren halten

Verlag Handwerk und Technik GmbH
Geschäftsführung, Betriebsrat, Mitarbeiter

Hamburg 63
Lademannbogen 135

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, 30. März 1983, um 11 Uhr auf dem Friedhof Nienstedten, Hamburg 52, Rupertistraße 37.
Spenden statt Blumen werden erbeten für das Sozialwerk des Deutschen Buchhandels e. V. Frankfurt/Main, Konto: 17 52 24 8, Dresdner Bank Ffm. (BLZ 500 800 00).



Schuldigen gefunden

J. Sch.(Paris) – Frankreichs So-…ialisten haben inzwischen die …chuldigen für ihre dritte Franc-…bwertung gefunden. Das sind, …vie es im Leitartikel des jüngsten …nformationsblattes der Regie-…ungspartei wörtlich heißt, „die …roßen Besitzer von Kapital, das …agtäglich neu plaziert wird". Zum …eispiel von multinationalen Ge-…ellschaften, welche auf diese Wei-…e den Wahlsieg der deutschen …echten feierten. Das hört sich so …n, als ob es vor dem 6. März keine …pekulation gegen den Franc ge-…eben hätte.

In Frankreich selbst ist natür-…ich niemand verantwortlich. Wie …ollte das auch der Fall sein, wo …ier die Devisenkontrolle inzwi-…chen so festgezurrt ist, daß Devi-…eninländer praktisch nicht mehr …egen den Franc spekulieren kön-…en. Noch bei der ersten und zwei-…en Abwertung sahen die Soziali-…ten in den französischen Kapital-…üchtlingen die größten Sünden-…öcke.

Nur haben die (ausländischen) …pekulanten, wie die Parteigenos-…en erfahren, die wirtschaftlichen …ealitäten Frankreichs überse-…en. Insbesondere wäre ihnen ver-…orgen geblieben, daß hier die …rbeitslosigkeit seit einiger Zeit …eniger stark gestiegen ist als in …nderen Ländern. Aber diese rela-…ve Stabilität führt, anders als die …er Preise, eben doch nicht zu …abilen Wechselkursen. Da müß-…n eigentlich auch die Verfasser …es Parteiblattes wissen.

Immerhin räumen sie ein, daß …e französische Inflationsrate noch zu hoch ist. Um sie zu senken, wird unter anderem vorgeschlagen, daß die Arbeiter in den Unternehmen intervenieren, sie also an Preiserhöhungen hindern. Dies würde den Franzosen auch erleichtern, mehr nationale als ausländische Artikel zu kaufen – wie das angeblich die Deutschen schon längst tun.

Osterpreise

adh. – Frohe Kunde von der Ostereierfront: Die Eier, ohne die es nun einmal nicht geht, werden in diesem Jahr teilweise sogar billiger zu haben sein als im vergangenen Jahr. Ansonsten läuft es wie gehabt. Ostern steht vor der Tür. Und damit eine alljährlich zu beobachtende, unerfreuliche Entwicklung. Alles, was auch nur im entferntesten mit der „Saison" zu tun hat, seien es die Blumen, das Frühgemüse oder der Lammbraten, wird schnell ein bißchen teurer, und zwar deutlich mehr als eigentlich saisonüblich. Der Verbraucher, in dem schwellende Knospen und erster Frühlingssonnenschein die Lust auf bunte Blumen und zartes Grün geweckt haben, ärgert sich und zahlt. Wie empfehlenswert es ist, bei den „Osterpreisen" genau hinzusehen, zu vergleichen und notfalls eine Tür weiterzugehen, belegen jetzt die hessischen Verbraucherschützer mit ihrem Preisvergleich: Für den Hundert-Gramm-„Zwerghasen" aus Schokolade müssen teilweise 400 Prozent mehr bezahlt werden als für die gleich schwere Tafelschokolade. Da wird wohl mancher sich an den guten alten Papphasen erinnern …

Sanierungsprogramm

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

…ie Franzosen müssen den Gür-…tel enger schnallen – und das …t nur um ein Loch. Denn die …teritykur, die ihnen jetzt die …alistische Regierung verordnet …wird härter sein als alle bishe-…n bürgerlichen Sanierungs-…e.

…achdem Frankreich in der Eu-…rie der sozialistischen Volksbe-…kungs-Politik fast zwei Jahre …über seine Verhältnisse gelebt …e, mußte die Stunde der Wahr-… schlagen.

…ie Handelsbilanz geriet immer …er in die roten Zahlen, gleichzei-… stiegen die Auslandsschulden … unerträgliche Höhe. So war …ließlich die Franc-Parität im …opäischen Währungssystem …S) nicht mehr zu halten.

…amit stand Paris vor der Frage, …veder das EWS zu verlassen … den Franc – zum dritten Mal …r der sozialistischen Regie-… – abzuwerten.

…e jetzt zur Absicherung der …c-Abwertung eingeleitete Sta-…ierungsaktion ist ebenfalls …dsätzlich positiv zu werten. …n wie sonst könnte Frankreich … Handelsbilanzdefizit kurzfri-… auf ein vertretbares Niveau re-…eren, wenn nicht durch massi-… Nachfrageentzug? Er soll in …em Jahr 65 Milliarden Franc …illiarden Mark) erreichen.

…mit ist zunächst einmal der …ozialistische Traum von der …windung der Arbeitslosigkeit …eträumt. Immerhin hofft die …erung, daß etwa die Hälfte des …frageentzugs zu Lasten der …orte geht. War doch der bishe-… Anstieg des Verbrauchs weit-…nd den Auslandslieferanten …te gekommen. Auch dürfte die …c-Abwertung ausländische …ukte im Vergleich zu inländi-…n verteuern. Und schließlich …te mit der von Präsident Mit-…nd angekündigten neuen …ft-französisch"-Aktion etwas …geholfen werden.

…dererseits ist es nicht ausge-…ssen, daß sich gegen Ende …es Jahres der französische Ex-… dank der Abwertung und der …nationalen Konjunkturbele-… etwas erholt, obwohl man … hier angesichts der in Frank-… immer noch stärker als im …and steigenden Löhne keine …roßen Illusionen machen soll-… Einigermaßen sicher ist dage-… daß durch die Rohölbaisse …ehaltlich eines stabilen Dollar-…es die Handelsbilanz in diesem … um etwa 20 Milliarden Franc …stet wird.

…s Ziel der Regierung besteht aber nicht nur darin, das 1982 auf 93 Milliarden Franc verdoppelte Defizit im Warenverkehr 1983 auf 40 bis 45 Milliarden Franc zurückzuführen. Sie will auch die noch stärker verschlechterte Dienstleistungsbilanz verbessern, und zwar insbesondere im Tourismusbereich. Zu diesem Zweck hat sie die Reisedevisenzuteilung von bisher 5000 Franc pro Person und Reise radikal gekürzt. So darf etwa eine vierköpfige Familie jetzt nur noch einmal im Jahr 6000 Franc oder 2000 DM in Devisen über die Grenze nehmen.

Außerdem wird es die Franzosen ärgern, daß sie im Unterschied zu ihren Nachbarn nicht in den Genuß der Ölpreisverbilligung kommen sollen. Denn der Staat wird sie in voller Höhe wegsteuern. Auch sind demnächst acht Prozent mehr für die Eisenbahn, das Telefon sowie für Gas und Strom zu bezahlen – von der bereits früher beschlossenen starken Erhöhung der Alkohol- und Tabak-Preise (plus 26 Prozent) ganz zu schweigen.

Immerhin erscheinen diese Maßnahmen gerechtfertigt, um die hohen Defizite der staatlichen Versorgungsunternehmen auf ein vertretbares Maß zu reduzieren und den Sozialversicherungshaushalt auszugleichen. Zu diesem sozialen Zweck haben die Franzosen außerdem ein Prozent ihres letzten steuerpflichtigen Einkommens nachzuversteuern – eine Maßnahme von der nur die verschont bleiben, die (wie die meisten Landwirte) überhaupt keine Steuern zahlen. Wer mehr als 5000 Franc Einkommenssteuer gezahlt hat, muß außerdem in Höhe von zehn Prozent des Steuerbetrags eine Zwangsanleihe zeichnen.

Zwar gewinnt der Staat durch diese beiden Fiskalmaßnahmen etwa 27 Milliarden Franc (die 14 Milliarden Franc der Anleihe sind allerdings zu verzinsen und in spätestens drei Jahren zurückzuzahlen), andererseits aber werden die Tariferhöhungen von elf Milliarden Franc den Lebenshaltungskostenindex belasten.

Eine weitere Kaufkraftabschöpfung verspricht man sich schließlich von den zur Förderung der (freiwilligen) Spartätigkeit ergriffenen Maßnahmen. Aber werden die Franzosen davon Gebrauch machen? Oder werden sie vielleicht sogar ihre Ersparnisse in Angriff nehmen, um ihren Konsum nicht allzu stark einschränken zu müssen? Hier liegt die größte Unbekannte des französischen Sanierungsplans.

US-KONJUNKTUR / Chefökonom Feldstein: Hohe Arbeitslosenrate unvermeidlich

Weißes Haus sagt für 1983 ein rascheres Wachstumstempo voraus

HORST-ALEXANDER SIEBERT, Washington

In den vergangenen drei Monaten hat sich in den USA das Konjunkturbild derart verschönt, daß die Reagan-Administration schon jetzt ihre Prognosen offiziell nach oben revidierte. Danach wächst die amerikanische Wirtschaft im Vergleich der vierten Quartale 1982 und 1983 real, also inflationsbereinigt, um 4,7 Prozent. Im Januar hatte das Weiße Haus noch eine Zunahme von nur 3,1 Prozent vorausgesagt.

Nach dem Gesetz müssen in den USA die Konjunkturerwartungen der Exekutive jeweils in der Mitte eines Jahres dem Wirtschaftsverlauf angepaßt werden. Präsident Reagans Chefökonom Martin Feldstein begründete das Vorziehen damit, daß sich die Situation erheblich verändert habe und eine frühe Klarstellung notwendig sei. Der Kongreß, zur Zeit in den Osterferien, wird am 10. April unterrichtet.

Obwohl noch nicht alle Unsicherheiten beseitigt sind, steht für Feldstein fest, daß die Rezession in Amerika im Dezember ihren tiefsten Punkt erreichte und in eine stärker als erwartete Erholungsphase umgeschlagen ist. Die Motoren waren die Industrieproduktion, der Wohnungsbau und das billigere Öl. Zugleich stabilisierte sich die Lage am Arbeitsmarkt.

Laut Feldstein wird sich der Deflator, die Inflationsrate gemessen am Bruttosozialprodukt, in der Vergleichsperiode bei 4,5 Prozent einpendeln – 1,1 Prozent weniger als vor zwei Monaten angenommen. Nominal oder zur Marktpreisen nimmt die Wertschöpfung etwas schneller zu, und zwar um 9,3 statt 8,8 Prozent. Die Beschäftigung hinkt, wie stets zu Beginn eines Aufschwungs, hinter dieser Entwicklung her. Feldstein rechnet jedoch damit, daß bis Ende des Jahres etwa 500 000 Arbeitsplätze geschaffen werden und die Arbeitslosenquote unter zehn (Februar: 10,4) Prozent sinkt.

Der frühere Harvard-Professor bezeichnete die hohe Unterbeschäftigung – in den USA sind 11,5 Millionen Bürger ohne Job – als ein „unvermeidliches Ergebnis". Die Inflationsrate, die 1979 und 1980 noch 13,5 und 12,4 Prozent betrug, hätte sonst nicht so stark gedrückt werden können. Ein vorrübergehendes Anziehen der Arbeitslosigkeit schloß Feldstein nicht aus.

Die mutmaßlichen Auswirkungen auf das enorme US-Haushaltsdefizit wird das Budgetbüro des Weißen Hauses ebenfalls am 10. April bekanntgeben. Immerhin sollen die roten Zahlen 1983 mit 208, im nächsten Jahr mit 189 und 1985 mit 194 Milliarden Dollar zu Buch schlagen. Feldstein warnte jedoch vor übertriebenen Hoffnungen. Das höhere Realwachstum bedeute zwar größere Steuereinnahmen und eine sinkende Arbeitslosenquote weniger Ausgaben, andererseits laufe aber die Eindämmung der Inflation darauf hinaus, daß die Steuerquellen nicht mehr automatisch kräftiger sprudelten und einige Aufwendungen gekürzt würden, betonte er.

Folgt man Feldstein, dann wird das Defizit 1983 praktisch überhaupt nicht und im Finanzjahr 1984, das am 1. Oktober beginnt, vielleicht um zehn Milliarden Dollar reduziert. Auch darüber hinaus rechnet er mit nur geringfügigen Veränderungen. Feldstein plädierte denn auch für ein Festhalten an der Reaganschen Fiskalpolitik, die für 1984 auf weitere Ausgabenschnitte und ein Einfrieren des realen Ausgabenwachstums zielt. Überdies sollen erst im Fiskaljahr 1986 die Steuern um bis zu ein Prozent des Bruttosozialprodukts angehoben werden, vorausgesetzt, der Aufschwung „läuft" und der Kongreß hat die strikten Haushaltskontrollen abgesegnet. Allerdings haben die Demokraten diesen Plan schon zurückgewiesen (die WELT vom 25. März). Sofortige höhere Steuern hat Präsident Reagan unmittelbar nach Feldsteins Auftritt noch einmal abgelehnt.

An ihren längerfristigen Konjunkturprognosen hält die Administration fest. Danach wächst das US-Bruttosozialprodukt von 1984 bis 1988 um durchschnittlich vier Prozent, während die Verbraucherpreise jährlich um etwa 4,5 Prozent zunehmen. Amerikas Arbeitslosenquote soll im Oktober 1984 neun und 1988 rund 6,5 Prozent erreichen. Feldsteins Zinsvoraussage ist gedämpfter. Kurzfristig sieht er keinen Grund für eine stärkere Kreditverbilligung. 1984 bringen 90tägige Treasury Bills und zehnjährige Treasury Notes immer noch 7,9 und 9,8 Prozent.

IFO-UMFRAGE

Geschäftsklima bessert sich von Monat zu Monat spürbar

dpa/VWD, München

In Industrie, Bauwirtschaft sowie im Groß- und Einzelhandel sind nach Untersuchungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, deutliche Zeichen für eine Verbesserung des konjunkturellen Klimas auszumachen. Im verarbeitenden Gewerbe zeigten sich die Unternehmen im Februar vor allem bezüglich der voraussichtlichen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten deutlich optimistischer als bisher. Erstmals seit Anfang 1979 seien die Firmen, die mit konjunkturellem Auftrieb rechnen, zahlreicher gewesen als die, die eine Fortdauer des Rückgangs befürchten. Der erhoffte Aufschwung setzte sich bisher jedoch nur langsam durch. Immer noch hielten mehr als die Hälfte der Firmen ihre Auftragsbestände für zu gering.

Sprunghaft hat sich nach Angaben der Wirtschaftsforscher von Januar auf Februar die Zuversicht in den meisten Vorproduktbereichen erhöht. Noch überwiegend als schlecht beurteilten jedoch die Firmen aus dem Bereich Steine und Erden sowie aus den Metallindustrien ihre Geschäftslage. Im Investitionsgüterbereich war die Nachfrage laut Ifo als Reaktion auf die Mehrbestellungen aufgrund der Investitionszulage Ende letzten Jahres schwächer. Nicht mehr ganz so ungünstig wie im Januar habe der Maschinenbau seine Geschäftslage beurteilt. Nahezu unverändert ungünstig sehen die Hersteller elektrotechnischer Investitionsgüter ihre derzeitige Situation. Abgeschwächte Nachfrage meldeten die Nutzfahrzeugproduzenten. Die Auftragsreserven nahmen bei gesteigerter Produktion ab.

Nicht geändert hat sich das Geschäftsklima im Gebrauchsgüterbereich. Hier schwächte sich die Nachfrage ab, der Lagerdruck nahm zu. Erheblich nachgelassen habe die Nachfrage nach elektrotechnischen Gebrauchsgütern. Lebhaft wurden erneut Personenkraftwagen geordert. Stark gebessert hat sich das Geschäftsklima für Eisen-, Blech- und Metallwaren. Im Verbrauchsgüterbereich kam es zu einem recht kräftigen Nachfrageanstieg, jedoch war nur eine leichte Anreicherung der Auftragsreserven festzustellen.

Die seit Herbst 1982 zu beobachtende Besserung des Geschäftsklimas im Großhandel hielt auch an. Günstiger als im Januar wurden vor allem die Aussichten für die nächsten sechs Monate eingeschätzt. Nur noch rund ein Sechstel (im Januar reichlich ein Viertel) der Befragten rechne mit einer Abschwächung der Geschäftstätigkeit. Die Umsatzergebnisse dürften geringfügig über denen des Februar 1982 gelegen haben. Auch im Einzelhandel habe sich das Geschäftsklima gebessert, wozu neben den besseren Geschäftsaussichten auch die günstigere Einschätzung der gegenwärtigen Absatzsituation beigetragen habe. Saisonbereinigt habe sich der Absatz von Januar auf Februar belebt. Der entsprechende Vorjahresumsatz dürfte laut Ifo nominal um rund drei Prozent übertroffen worden sein, preisbereinigt sei etwa das Vorjahresergebnis erreicht worden.

AUF EIN WORT



„Die Anlagen-Großaufträge im Ausland sind rar geworden. Japanische Konkurrenten kämpfen um den kargen Rest mit Preisen bis zur Hälfte unter dem deutschen Angebotsniveau. Das ist nur noch verlustreicher Einkauf von Beschäftigung."

Hans L. Ewaldsen, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Babcock AG, Oberhausen FOTO: SVEN SIMON

Unsicherheiten bleiben

dpa/VWD, Köln

Trotz der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Belebung kann nach Ansicht des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Professor Rolf Rodenstock, nicht mit einem schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Eine spürbare und nachhaltige Wende sei vielmehr erst mittelfristig zu erwarten. Zudem warnte Rodenstock in einem Gespräch mit dpa/VWD vor allzu optimistischen Wachstumserwartungen. Zwar zeichne sich ein „positives Wirtschaftsszenarium" ab, es gebe aber nach wie vor Unwägbarkeiten wie etwa die Lohnentwicklung und die Auswirkungen der Wechselkurse. Auf kürzere Frist müsse man „schon froh sein, wenn die Arbeitslosigkeit nicht weiter steigt".

COMMERZBANK

Für 1983 mit mehr als einem Prozent Wachstum gerechnet

K. DERTINGER, Frankfurt

Eine im Konzert der Konjunkturprognosen recht mutig erscheinende Aussage wagt die Commerzbank. Ihr Vorstandssprecher Walter Seipp hält für 1983 ein im Jahresvergleich um mehr als ein Prozent höheres Wirtschaftswachstum für möglich, wenn nicht gar für wahrscheinlich. Die Erholung sei auf „leisen Sohlen" gekommen und beginne sich nun zu festigen. Seine zuversichtliche Prognose begründet der Bankier auch damit, daß dieses Jahr mit einem höheren Produktionssockel begonnen habe als ursprünglich erwartet.

Als wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe sieht Seipp die Stärkung produktiver Investitionen in Forschung und Entwicklung an. Da eine grundlegende Änderung des wenig investitionsfreundlichen Steuersystems bisher nicht ernsthaft diskutiert worden sei, regt er als Ausweg eine Verkürzung der Abschreibungsfristen an sowie eine Heraufsetzung der Obergrenze für die steuerliche Abschreibung auf geringwertige Wirtschaftsgüter, die bereits seit 1965 bei nur 800 Mark liegt. Beide Erleichterungen wären zugleich ein Teilausgleich für die inflationsbedingte bisherige Scheingewinnbesteuerung.

Zuversichtlich beurteilt der Commerzbankchef die Entwicklung des D-Mark-Kurses in diesem Jahr. Wegen des klar erkennbaren Auseinanderdriftens der positiven deutschen und der defizitären amerikanischen Leistungsbilanz hält er einen Rückgang des Dollarkurses auf 2,30 bis 2,25 D-Mark für vorstellbar. Auch gegenüber den anderen frei schwankenden Währungen mit Ausnahme des Yen habe die Mark Aufwertungsspielraum. Am Kapitalmarkt sieht Seipp noch Zinssenkungsspielraum im 2. Quartal, wenngleich die Siebenprozentmarke eine psychologische Barriere darstelle.

US-AKTIENMÄRKTE

Kaufmans Zins-Warnung stoppt die neue Hausse

H.-A. SIEBERT, Washington

Henry Kaufman, Chefwirtschaftler des Investmenthauses Salomon Brothers und Zins-Guru der Wall Street, hat es wieder einmal geschafft. Am Freitag stoppte er an den US-Aktienmärkten die neu angefachte Hausse mit dem Hinweis, das Federal Reserve Board sei dabei, die Geldversorgung zu drosseln. Zugleich sagte er ein Anziehen der Federal Funds Rate (Notenbanktagegeld) von 8,75 auf zehn Prozent im kommenden Monat voraus.

Da half es auch nichts, daß die Geldmenge M1 in der letzten Berichtswoche um 1,3 auf 497,1 Milliarden Dollar zurückgegangen ist. In Manhattan Downtown hat Kaufmans Prognose einen hohen Wahrscheinlichkeitswert. Immerhin lag das Aggregat in den vergangenen drei Monaten mit 13 Prozent wieder weit über dem Zielkorridor (vier bis acht Prozent). Die US-Notenbank muß also aktiv werden, wenn sie die Inflationserwartungen in Schach halten will.

Kaufmans Aussage, daß „das hohe Zinsrisiko den Konjunkturaufschwung unterminieren kann", warf den Dow-Jones-Industrie-Index am Freitag um 5,81 auf 1140,09 und den Nyse-Index um 0,39 auf 87,81 Punkte zurück. Im Wochenverlauf gewannen diese wichtigsten Barometer jedoch 22,35 und 1,44 Punkte. Der Börse zunächst den Rücken gekehrt haben die institutionellen Anleger. Sie warten jetzt auf ein deutliches Zinssignal des „Fed". Kaufman steht nicht allein. Mit ihm stimmen Joseph Bensch, Shearson/American Express, und Raul Niche, Money Market Services, überein.

Während die Investoren zittern, klingelt es in den Kassen der Mitglieder der New York Stock Exchange. Nach Steuern verdienten die Brokerhäuser 1982 mehr als 1,5 Milliarden Dollar – ein neuer Rekord.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Polen unterbreitete Umschuldungsvorschlag

Warschau (rtr) – Polnische Regierungsvertreter haben bei Gesprächen mit westlichen Gläubigerbanken offenbar formell einen Vorschlag für eine Umschuldungsvereinbarung unterbreitet. Wie aus diplomatischen Kreisen am Samstag verlautete, betreffe dies Verbindlichkeiten für eine mehrjährige Fälligkeitsperiode. Die zwei vorangegangenen Umschuldungsregelungen hatten jeweils nur ein Fälligkeitsjahr abgedeckt. Sie hatten Schulden von 4,5 Milliarden Dollar umfaßt, während die gesamte Auslandsschuld des Landes bei westlichen Industriestaaten auf 25 Milliarden Dollar geschätzt wird.

Airbus-Kredit

Frankfurt (rtr) – Zur Finanzierung des Kaufs von sechs Airbus-Flugzeugen des neuen Typs A310 ist am Freitag unter der Federführung der Dresdner Bank AG ein Konsortialkredit-Vertrag in Höhe von 500 Millionen Mark mit der Lufthansa AG unterzeichnet worden. Wie die Dresdner Bank mitteilte, sind außerdem auch die Bayerische Vereinsbank AG, die Deutsche Bank AG, die Westdeutsche Landesbank Girozentrale und die Bank für Gemeinwirtschaft AG beteiligt. Nach Angaben der Bank werden die neuen Airbusse in den nächsten Monaten von der Lufthansa in Dienst gestellt.

Verhandlungen in New York

Santiago de Chile (dpa/VWD) – Chile wird in dieser Woche in New York seine Verhandlungen über eine Umschuldung der kurzfristigen Auslandsschulden mit zwölf internationalen Banken wiederaufnehmen. Das verlautete in Santiago de Chile. Gleichzeitig wurde Jorge Schneider, der Vizepräsident der Industrie- und Außenhandelsbank des Landes, zum Chef der Verhandlungsdelegation ernannt. Das südamerikanische Land hat Auslandsschulden von zusammen fast 18 Milliarden Dollar (rund 43 Milliarden Mark). Die Umschuldung betrifft jedoch nur die Verbindlichkeiten, die 1983 und 1984 fällig werden. Allein in diesem Jahr sind nach Schätzungen 2,5 Milliarden Dollar für den Schuldendienst nötig.

Kürzung überdenken

Essen (dpa) – Die Aral AG hat nach Angaben des nordrhein-westfälischen Tankstellenfachverbandes zugesagt, die angekündigte Provisionskürzung für die Aral-Tankstellenpächter in diesem Jahr bis Anfang April noch einmal zu überdenken. Es solle somit auch Zeit gewonnen werden, um mit den Bundesverbänden über eine neue Provisionsgestaltung ab 1984 „ernsthaft" verhandeln zu können, heißt es in einer Mitteilung des Fachverbandes Tankstellen, Service-Stationen und Garagen in Nordrhein-Westfalen.

Weltbank-Kredite

Washington (Sbt.) – Die Weltbank und die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) haben 13 Mitgliedstaaten Darlehen über 616,7 Millionen Dollar (1,49 Milliarden Mark) eingeräumt. Brasilien erhält 302,3 (städtische Wasserversorgung, Abwässer), Haiti 21 (Modernisierung des Zentralmarktes in Port-au-Prince), Indonesien 101 (Umsiedlung von 300 000 Familien in Südsumatra), Madagaskar 18 (Reisanbau bei Lac Alaotra), Nepal sechs (Ertragsverbesserung beim Anbau von Zuckerrohr, Tabak und Ölsaaten), Arabische Republik Jemen zehn (Lehrerausbildung), Zaire 32 (Hafenausbau in Matadi und Kinshasa, technische Hilfe für die Bergwerksgesellschaft Gecamines), Kamerun 20 (Ausbau der Infrastruktur in Douala und Yaounde), Guinea-Bissau 13,1 (Offshore-Ölsuche), Jordanien 18,8 (Schulen), Marokko 60 (Wohnungsbau), Pakistan 10,2 (Absicherung der Wasserreservoirs Mangla, Chashma und Tarbela) und Sambia 4,3 Millionen Dollar (Kohlestudie).

Euratom-Anleihe

Brüssel (AFP) – Euratom, die Europäische Gemeinschaft für Atomenergie, hat auf dem deutschen Kapitalmarkt eine Anleihe von 105 Millionen D-Mark aufgelegt. Als Konsortialführer fungiert die Dresdner Bank. Die Anleihe mit einer Gesamtlaufzeit von zehn Jahren ist mit einem Ausgabekurs von 99 Prozent und einem Zinssatz von 7¾ Prozent ausgestattet.

Weg der Kurse

	25. 3. 83	18. 3. 83
Boeing	40,625	38
Chrysler	17	16,50
Citicorp	41,625	41,375
Coca-Cola	51,375	49,875
Exxon	30	30,25
Ford Motors	38,875	39,875
IBM	102,125	99,875
PanAm	5,50	5,625
US Steel	22,875	21,875
Woolworth	33,75	34,25

…SSENHANDEL

…apan vereinfacht die …infuhrbestimmungen

dpa/VWD, Tokio

…e von der japanischen Regie-… am Samstag beschlossene Re-… des Importsystems ist in er-… Stellungnahmen auf positive …nanz gestoßen. Der Handels-…uftrage der amerikanischen Re-…ung, William Brock, begrüßte … Vereinfachung der Einfuhrbe-…mungen sowie die Anglei-…g von Normenvorschriften an …nationale Standards als einen …wendigen und hilfreichen …itt zur weiteren Öffnung des …nischen Marktes.

…e Reform, mit der Japan lang-…igen Klagen seiner Wirtschafts-…ner über unfaire Handelsbe-…erungen ein weiteres Stück …gibt, hat drei Schwerpunkte: …ch Änderung von 17 Gesetzen …voraussichtlich Ende Mai sowie …tzliche Verwaltungsvorschrif-… sollen die ausländischen An-…er von Autos, elektrischen Ge-…n, Pharmazeutika und anderen …dukten hinsichtlich Prüfverfahren und Normenvorschriften mit den einheimischen Herstellern gleichgestellt werden. Die Vorschrift, wonach ausländische Firmen die Zulassung ihrer Produkte nicht selbst, sondern nur über japanische Importeure beantragen können, entfällt. Außerdem wird den Handelspartnern künftig bei der Änderung von Standardvorschriften ein Mitwirkungsrecht zugebilligt.

Nach Einschätzung westeuropäischer Firmen in Tokio verbessern diese Maßnahmen die Ausgangspositionen im Japan-Geschäft. Mit einer Auswirkung auf die hohen Handelsdefizite (rund zwölf Milliarden Dollar im Handel EG–Japan) sei jedoch allenfalls mittelfristig zu rechnen. Konkrete Verkaufs- und Kostenvorteile erwartet der japanische Alleinimporteur von VW/Audi und Mercedes, Yanase und Co., von den geplanten Einfuhrerleichterungen für Fahrzeuge.

SCHAFZUCHT / Mit Wolle ist kein Geschäft mehr zu machen

Zu Ostern hat das Lammfleisch Saison

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Die kleinen Schaflämmer, die sich jetzt auf den Weiden tummeln und gemeinhin als Osterlämmer bezeichnet werden, haben es dem deutschen Bürger aller Altersklassen angetan. Als konkretes Frühlingssymbol machen sie dem mehr abstrakten Osterhasen durchaus Konkurrenz. Auf das Lammfleisch hat sich diese Zuneigung allerdings bisher weniger übertragen, obwohl Urlaubserinnerungen und die Kochkünste von Balkan-Gastronomen inzwischen einiges an Vorurteilen abgebaut haben. Trotzdem liegt der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch von Lammfleisch mit knapp unter einem Kilogramm immer noch sehr niedrig; die Briten verzehren glatt das Zehnfache.

Auch zahlenmäßig spielen die 1,1 Millionen Schafe in unserer Landwirtschaft keine übermäßige Rolle, verglichen mit den 137 Millionen in Europa oder gar mit dem Weltbestand von rund 1,5 Milliarden. Dabei liefern diese Vielnutzungstiere nicht nur Fleisch, Wolle und Milch, sondern betätigen sich auch als „Landschaftspfleger". Sie weiden auf sogenannten Kulturbrachflächen, aber auch auf Deichen, Uferböschungen und Flugplätzen, wo sie die Vegetation niedrig halten.

Die Wollgewinnung spielt dagegen kaum noch eine Rolle. Der Erzeugerpreis für ein Kilogramm Rohwolle liegt derzeit bei 2,80 Mark, ganze drei Kilogramm erbringt die jährliche Schur pro Tier. Vom Produktionswert der deutschen Schafhaltung, auf jährlich 150 Millionen Mark geschätzt, entfallen daher neben dem Zuchttierumsatz rund 90 Prozent auf den Fleischabsatz.

Mit gut 40 Prozent ist die heimische Zucht an der Versorgung des deutschen Marktes beteiligt. Der Fehlbedarf wird zu zwei Drittel durch Frischfleischexporte aus Großbritannien und Irland abgedeckt, der Rest kommt als Tiefkühlprodukt vor allem aus Argentinien und aus Neuseeland. Diese billigeren Importe sind allerdings den deutschen Schafhaltern ein Dorn im Auge, da sie nach ihrer Meinung nicht gerade zur Beliebtheit von Lamm- und Hammelfleisch beitragen.

Das deutsche Angebot besteht durchweg aus Mastlämmern, Jungtieren bis zu einem Alter von 12 Monaten. In den westfälischen Zuchtgebieten um Paderborn, Höxter und Soest, einer Hochburg der Schafzucht, sind es vorwiegend die Schwarzkopfschafe, eine heimische Rasse mit englischer Einkreuzung, sowie Texelschafe holländischer Abstammung. Bis zu 50 Kilogramm Schlachtgewicht bringt solch ein Lamm auf die Waage, für die besten Stücke wie Keule und Rücken muß der Verbraucher derzeit 16 bis 20 Mark pro Kilo bezahlen. Rund 15 Prozent des Jahresumsatzes wird in der Osterzeit getätigt, mit Milchmastlämmern, im Dezember geboren, die sich durch besonders zartes Fleisch auszeichnen. Bis zum Volksnahrungsmittel ist es allerdings noch ein weiter Weg.

GROSSBRITANNIEN / Sabotage bei Ford

3000 Arbeiter im Ausstand

WILHELM FURLER, London

Vor etwa vier Wochen lief Paul Kelly, Arbeiter an der Montagestraße für den Escort im Ford-Werk Halewood, plötzlich Amok. In einem Wutanfall verbog er etliche Konsolen halbfertiger Wagen.

Kelly war nicht der erste, der in Halewood im trostlosen Merseyside seinem Unmut darüber Luft verschaffte, daß die Geschäftsführung die Werks-Belegschaft von gegenwärtig 9700 auf etwa 8300 verringern möchte, um damit die Gefahr einer Schließung von Halewood zu verringern.

Nur kurz zuvor waren mehr als 100 nahezu fertiggestellte Escort-Modelle mutwillig beschädigt worden, ohne daß ein Übeltäter ermittelt werden konnte. Im Fall Kelly ist sich die Geschäftsleitung allerdings völlig sicher. Am 8. März wurde er fristlos entlassen.

Seither liegt das Ford-Werk in der Nähe von Liverpool still. Denn nach der Entlassung von Kelly traten gleich 3000 Arbeiter laut in den inoffiziellen Ausstand – empört darüber, daß die Unternehmensführung doch gar nicht hundertprozentig sicher sein könne, ob der Mann auch wirklich der Vandale gewesen sei. Rund 11 000 Fords hat der aberwitzige Ausstand bisher gekostet. Verkaufswert: umgerechnet knapp 200 Millionen Mark.

Ein Ende ist nicht abzusehen, nachdem jetzt sogar die zuständige Gewerkschaftsführung den Streik für offiziell erklärt und die sofortige Wiedereinstellung von Kelly verlangt hat. Dazu kann sich die Geschäftsleitung von Ford auf keinen Fall erpressen lassen. Sie warnt jetzt vor den möglichen Streik-Konsequenzen in Form einer Werksschließung.

Doch der Streik dürfte kaum einen Einfluß darauf haben, ob Halewood geschlossen wird, sondern wird vielmehr das „wann" betreffen. Denn selbst wenn dieser Arbeitskampf ausgestanden sein sollte, ist an eine Fortsetzung der Produktion kaum zu denken: Schon haben die Arbeiter an den Karrosserie-Pressen nämlich Streikaktionen gegen vorgesehene Produktivitäts-Verbesserungen angekündigt.

Entsprechend finster sieht die Produktivitäts- und Streikstatistik in Halewood auch aus. Während im deutschen Fordwerk Saarlouis für die Herstellung eines Escorts in einer bestimmten Zeit drei Mitarbeiter ausreichen, benötigt das Halewood-Werk, will es die gleiche Zeit einhalten, mindestens doppelt so viele.

Das Werk in Merseyside erlebt derzeit seinen neunten Arbeitskampf in diesem Jahr, im vergangenen waren es 73. Die bisherige Spitze wurde 1976 mit 312 inoffiziellen und offiziellen Streikaktionen erreicht. Noch bevor das Werk vor zwanzig Jahren überhaupt seine Produktion aufnehmen konnte, waren nicht weniger als 95 Streikaktionen vorausgegangen.

Die Geschäftsführung scheint inzwischen am Ende ihres Lateins angekommen zu sein, nachdem weite Teile der Belegschaft trotz aller Bemühungen um ein besseres Arbeitsklima bei auftauchenden Differenzen immer wieder in den Ausstand marschieren, anstatt Probleme vernünftig auszudiskutieren. Ein Werkssprecher nannte dies jetzt resignierend die „Lemming-like Mersey madness".

COMECON / Wegen Devisenmangels Importbeschränkungen fast aller Mitgliedsländer

Osthandel bleibt weiter in der Flaute

ULRICH B. MARKER, Wien

Selbst wenn sich die Anzeichen für eine allmähliche Wiederbelebung der internationalen Konjunktur bewahrheiten und verstärken sollten, wird die Flaute im Handel mit den Comecon-Ländern noch geraume Zeit anhalten. Das Weltwirtschaftstief der vergangenen Jahre hat in den kommunistisch regierten Ländern nämlich schwerere Folgewirkungen ausgelöst als in der westlichen Welt, so daß eine „Normalisierung" hier nur mit erheblicher Verzögerung erwartet werden kann.

In den vergangenen zwei Jahren ist das Volumen des West-Ost-Handels ständig geschrumpft. Die Bezüge aus dem Comecon verringerten sich auf Grund der allgemeinen Nachfrageflaute um fast 5 auf rund 43 Milliarden Dollar. Der Ostexport ging aber um fast 7 auf ebenfalls 43 Milliarden Dollar zurück. Dies war die Folge drastischer Importbeschränkungen in fast allen Comecon-Ländern, die sich angesichts ihrer wachsenden Tilgungs- und Zinsenverpflichtungen für ihre Schulden im Westen nicht noch zusätzliche Devisendefizite in der Handelsbilanz leisten konnten.

Ohne die Möglichkeit einer nennenswerten Steigerung ihrer Westexporte (die einen Konjunkturaufschwung von derzeit noch nicht zu erhoffendem Ausmaß voraussetzen würde) werden die Comecon-Länder an ihrer restriktiven Einfuhrpolitik festhalten müssen. In 1983 wird der West-Ost-Handel real zumindest stagnieren, der Export möglicherweise sogar noch weiter zurückgehen.

Nach Wiener Analysen gibt es derzeit kaum Anzeichen für eine Besserung der Wirtschaftslage in den Comecon-Ländern, die fast ausnahmlos mit ihren Planzielen ins Hintertreffen geraten sind. Die Sowjetunion als größter Partner im Ostgeschäft wird jetzt noch zusätzlich durch den Preisverfall auf dem Weltölmarkt getroffen. Sie wird ihre Preise für Rohöllieferungen und wohl auch für Erdgas, die einen wesentlichen Teil ihrer Deviseneinnahmen aus dem Westgeschäft bestreiten, entsprechend zurücknehmen müssen, um nicht Abnehmer zu verlieren. Da wichtige Zweige der Schwerindustrie stagnieren, dürfte das Wirtschaftswachstum 1983 nicht einmal die durchschnittlichen 1,5 Prozent der letzten Jahre erreichen.

Auch Ungarn, dessen Westhandelsanteil seit der Wirtschaftsreform überdurchschnittlich gestiegen war, wird nach Meinung der Experten bei anhaltender Stagnation die Einfuhr aus dem Westen einschränken müssen, zumal sich gerade für dieses Land die Terms of Trade in den letzten Jahren erheblich verschlechtert haben.

In der Tschechoslowakei wird eine auffällige Verlagerung des Außenhandels zugunsten der Comecon-Partner beobachtet, die den Westhandelsanteil auf weniger als 25 Prozent schrumpfen ließ. Für 1983 wird bei nur geringfügig zunehmender Produktion und sinkenden Investitionen mit einer Stagnation des Wirtschaftswachstums gerechnet.

Absolut negativ wird in den Wiener Analysen die Entwicklung des Handels mit Rumänien und Polen beurteilt. Beide Länder haben nicht nur mit schwierigsten Wirtschaftsproblemen zu kämpfen, sondern auch mit ihrer drückenden Schuldenlast im Westen. Wie schon 1982 muß deshalb damit gerechnet werden, daß Rumänien und Polen weiter versuchen werden, durch drastische Einfuhrdrosselung Handelsbilanzüberschüsse zu erwirtschaften, um ihren Zahlungsverpflichtungen zumindest teilweise nachzukommen.

Auch die „DDR" kann ihre Westhandelsbilanz nur durch Importbeschränkungen aktiv halten. Sie dürfte auch 1983 kaum in größeren Umfang auf westlichen Märkten als Käufer auftreten, zumal das Wirtschaftswachstum noch unter 3 Prozent des Vorjahres fallen wird.

Bulgarien wird dagegen nach Meinung der Experten auch 1983 seinen bisherigen Wachstumsvorsprung im Comecon halten und kräftig in Strukturverbesserung und Modernisierung seiner Industrie investieren. Was davon westlichen Exporteuren zugute kommen könnte, bleibt allerdings fraglich, denn Bulgarien hat bisher mit nur rund 16 Prozent den kleinsten Westhandelsanteil unter allen Comecon-Ländern, dabei aber einen Überschuß von mehr als 400 Millionen Dollar in 1982.

FLÜSSIGGAS / Steuerabbau gefordert

Preissenkung für Autogas

HANS BAUMANN, Essen

Vom 1. April an wird der Preis für Flüssiggas je nach Standort um 5 bis 8 Prozent ermäßigt. Dies teilt die Arbeitsgemeinschaft Flüssiggas, Dortmund, mit. Die Preissenkung entspricht einem Abschlag von 60 DM je Tonne. Zur Zeit werden rund 10 Prozent der bundesdeutschen Haushalte mit Flüssiggas bedient. Rund 180 000 Tanks sind beim Endverbraucher aufgestellt. Hinzu kommen etwa 7 Mill. Gasflaschen aller Größenordnungen.

Die Arbeitsgemeinschaft weist darauf hin, daß Flüssiggas als Alternative zum Vergaserkraftstoff bereits bereitsteht. Als Vorteil wird die geringere Umweltbelastung durch wesentlich niedrigere Abgaswerte herausgestellt. Autogas, so die Arbeitsgemeinschaft, wird sich aber erst dann durchsetzen, wenn der Staat die Besteuerung weiter abbaut. Die Autoindustrie wird aufgefordert, Kraftfahrzeuge auch mit Gasmotoren anzubieten. Zur Zeit kostet Autogas im Durchschnitt 98 Pfennig je Liter.

Der Absatz von Flüssiggas ist 1982 um 3,4 Prozent auf 2,2 Mill. Tonnen zurückgegangen. 75 Prozent des Gases stammen aus inländischen Raffinerien, der Rest wird importiert. Der Import steigt stark an. Schon 1985 wird sein Anteil an der Bedarfsdeckung auf 50 Prozent geschätzt.

Weltweit werden bereits rund 100 Mill. Tonnen Flüssiggas verbraucht. Der Autogasanteil ist in der Bundesrepublik 1982 um 25 Prozent auf 20 000 Tonnen gestiegen. Anfang 1983 standen 650 Tankstellen für Autogas bereit. 80 regionale Läger und 30 Tankwagenstützpunkte umfaßt das Versorgungsnetz zur Zeit.

NAMEN

Dr. Manfred Gentz, Direktor der Daimler-Benz AG, verantwortlich für den Bereich Gesamtes Personal- und Sozialwesen, ist per 1. April zum stellvertretenden Vorstandsmitglied des Unternehmens bestellt worden.

Dr. Kurt Bleyle, langjähriger Präsident des Verbandes der Baden-Württembergischen Textilindustrie, wurde zum Ehrenpräsidenten gewählt.

Dr. Hermann Schwarz, Mitinhaber der Rohde & Schwarz GmbH & Co KG, München, vollendet am 29. März sein 75. Lebensjahr.

Heinz J. Schiffer, bisher stellvertretender Hauptgeschäftsführer beim Verband Deutscher Papierfabriken, Bonn, wird mit Wirkung vom 1. April die Vertriebsleitung der PWA Grafische Papiere GmbH, Raubling, übernehmen. Er tritt die Nachfolge von **Dr. Christian R. Supthut** an, der in die Geschäftsführung berufen wurde.

ITALIEN / Silberwaren- und Schmuckhersteller

Marktanteil ist gestiegen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Auf dem konjunkturbedingt schwierigen deutschen Markt haben die italienischen Hersteller von Gold- und Silberwaren sowie Schmuck im vergangenen Jahr ihre Position als führende Importeure ausbauen können. Zwar gingen aufgrund mangelnder Nachfrage die Importe aus Italien um 6,4 Prozent auf 178 Millionen Mark zurück, der Anteil Italiens an den Gesamtimporten (minus 11 Prozent) wurde jedoch auf 48,1 Prozent gesteigert.

Da gleichzeitig die deutsche Fertigung bei einem Exportplus von 4 Prozent um 10 Prozent zurückging, erhöhte sich der italienische Marktanteil auf 14,2 (12,2) Prozent. Am deutlichsten fiel die verbesserte Importposition bei Schmuck (50,2 nach 48,5 Prozent an den Gesamtimporten) und bei Goldwaren (20,6 nach 17,6 Prozent) aus.

Aus den 1982 wertmäßig um 5,5 Prozent, mengenmäßig sogar um 76 Prozent gestiegenen Verkäufen italienischer Silberwaren in der Bundesrepublik läßt sich nach den Worten des Direktors des Italienisrhen Instituts für Außenhandel in Düsseldorf, Feruccio Sarti, de[n] Trend zu preiswerteren und einfa[cheren] Gebrauchsgegenstände[n] ableiten.

So zufrieden die Hersteller un[d] Exporteure von Silberwaren mi[t] ihrem Deutschlandgeschäft auc[h] sind, nach Ansicht des Präsidente[n] des italienischen Silberwarenver[bandes], Gianni Cacchione, mu[ß] sich das eigene Angebot stärke[r] dem deutschen Verbrauchergeschmack anpassen. Caccione: „Eine aktive Angebotspolitik muß a[n] die Stelle der bisher eher konserva[tiven] Sortimentspflege treten."

Dabei haben die Italiener mit ih[rer] seit altersher gepflegten Handwerkstradition alle Voraussetzungen, was Verarbeitung, Design un[d] Gebrauchswert der Erzeugnisse angeht. Der starken Position al[s] Silberwarenproduzent entsprich[t] auch Italien als „Goldschmiedewerkstatt der Welt". Neben 700 [t] Silber werden jährlich über 250 [t] Gold in Italien verarbeitet, ei[n] Viertel des Schmuckgoldes in de[r] Welt. Für über 5 Milliarden Mar[k] wurden 1982 Gold-, Silberware[n] und Schmuck in alle Welt expor[tiert].

RENTENMARKT / Seit Zinssenkung im Gleichgewicht

Keine spekulative Phantasie

Das Rentengeschäft läßt nach wie vor jeglichen Schwung vermissen. Die Renditen stagnieren seit der Leitzinssenkung auf einem leicht erhöhten Niveau, obwohl die Bundesbankiers mit diesem Schritt selbst die Erwartungen der Optimisten übertroffen hatten. Dem Markt fehlt jetzt ganz offensichtlich die Phantasie. Natürlich hofft man, daß die Zinsen noch weiter sinken, und Optimisten sehen noch einen Spielraum von einem Prozent nach unten, manche sogar 1½ Prozent. Aber das ist anscheinend nicht so viel, daß es zum Spekulieren reizen könnte. Dahe[r] läßt die Nachfrage nach festve[r]zinslichen Papieren nach, zumal d[a] augenblicklich die Aktienbörse al[s] die viel attraktivere Anlagealterna[tive] angesehen wird. Zum andere[n] denkt man – je niedriger die Rend[i]ten sind, um so mehr – daran, da[ß] es auch eines Tages wieder einma[l] einen Zinsanstieg geben könnt[e]. Da gerade diese Überlegung auc[h] die Neigung zu einer längerfristi[]gen Verschuldung stärkt, ist e[s] kein Wunder, daß der Renten[]markt nach der spekulativen Phas[e] nun ein Gleichgewicht findet. (cd.)

Emissionen	26. 3. 83	18. 3. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,80	6,76	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,58	6,50	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,82	6,86	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,39	7,45	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,83	6,84	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,43	6,48	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,42	7,41	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	6,83	6,84	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,07	8,08	8,45	10,32	8,32

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 71, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

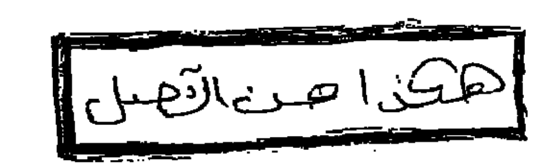
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



ERRY / Nummer zwei hinter IBM

usatzname wird abgelegt

JAN BRECH, Hamburg

er amerikanische Computer- zern Sperry Corporation, der den Weltmärkten hinter dem nchenriesen IBM auf Platz zwei giert, wird ab April dieses Jah- die Geschäftszweige Compu- Systeme sowie Verteidigung, m- und Luftfahrt nur noch un- dem Namen Sperry führen. Der atzbegriff „Univac" entfällt. Beschränkung auf den Namen rry gilt vorerst nur für den Be- h Elektronik, der zum Gesamt- satz von rund 5,6 Mrd. Dollar pp 75 Prozent beisteuert. Die 1 Maschinenbau zugeordneten rten. Sperry New Holland dmaschinen) und Sperry Vik- s (Hydraulik) behalten ihren nennamen.

er Umstellung auf den aus- ließlichen Namen Sperry sind rere Marktstudien vorausge- gen, die im Ergebnis nach einer einfachung des Erscheinungs- es des Konzerns verlangten. Ei- klareren Vorstellung von Sper- m Markt habe bislang die Vielfalt von organisatorischen Einheiten und Produktbezeichnungen entgegengestanden, heißt es bei der Sperry Corp. Mit der Entwicklung zu einem Systemlieferanten hätten sich die Grenzen der bisherigen „Divisions" längst verwischt. In Zukunft werde das Unternehmen noch stärker auf die Elektronik als Basis für die verschiedensten Formen der modernen Informationsverarbeitung setzen.

In der Bundesrepublik ist der Konzern mit der Tochtergesellschaft Sperry GmbH, Sulzbach, vertreten. Der Umsatz lag 1981/1982 (31. 3.) bei rund 662 Mill. DM, wobei die Hälfte aus dem Computergeschäft stammte. Bei Universalrechnern hält Sperry nach eigenen Angaben gemessen am installierten Wert hinter IBM (55,4 Prozent) und Siemens (18,7 Prozent) den dritten Platz. Rund 15 Prozent setzte Sperry mit Elektronik und Flugsystemen, 25 Prozent mit Hydraulik (Sperry Vickers) und 10 Prozent mit Landmaschinen (New Holland) um. Beschäftigt werden rund 3000 Mitarbeiter.

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Lebensmittelgroßhandlung Wilhelm Kanne

Gemüseverkauf über EDV-Bildschirm

H. HILDEBRANDT, Detmold

Der Konzentrationsprozeß im deutschen Lebensmitteleinzelhandel hat auch vor der Großhandelsstufe keinen Halt gemacht. Von den einst zahlreichen Großhandlungen regionaler oder gar nur örtlicher Bedeutung, die einst das Gesicht der Handelslandschaft mitbestimmten, haben nur wenige überlebt. Ihre Mehrzahl fiel dem Konkurrenzdruck der großen Handelsorganisationen mit ihrer geballten Einkaufskraft zum Opfer, wurde durch Fusion aufgesogen oder verschwand durch Aufgabe sang- und klanglos vom Markt.

Daß das jedoch nicht unbedingt zwangsläufig sein muß, beweist die Lebensmittelgroßhandlung Wilhelm Kanne KG in der lippischen Residenzstadt Detmold. Das bereits 1908 gegründete Familienunternehmen ist immer noch gesund wie die Bilanzzahlen deutlich beweisen. Aus den bescheidenen 5 Mill. DM Jahresumsatz, die man vor drei Jahrzehnten erzielte, sind 1982 bereits 325 Mill. DM geworden, allein gegenüber dem Vorjahr betrug die Steigerung 4 Prozent.

Dieser Erfolg ist dem Unternehmen allerdings nicht in den Schoß gefallen, er ist nicht zuletzt das Ergebnis einer durchdachten Geschäftspolitik. Kanne beliefert heute neben zahlreichen Großabnehmern wie Kantinen und Großküchen rund 600 Einzelhändler in einem Raum, der sich von Osnabrück bis nahezu Kassel, von Hameln bis Bielefeld erstreckt und zwar mit einem eigenen Fuhrpark im traditionellen Zustellhandel.

Die Kunden, selbst mittelständische Einzelhändler mit durchschnittlichen Marktgrößen von 300 bis 400 Quadratmetern, sind zwar zumeist anderen Handelsorgasationen angeschlossen. Ihre zusätzliche Verbindung zu Kanne demonstriert jedoch ihre Unabhängigkeit.

„Wir machen unseren Einzelhandelskunden auch keine Konkurrenz durch eigene Märkte", bemerkt dazu Friedrich-Wilhelm Kanne, geschäftsführender Gesellschafter, und unterstreicht stattdessen die Dienstleistungen, die sein Haus diesen Kunden anbieten kann. Dazu gehört die Unterstützung bei Personalschulungen und bei Ladenmodernisierungen sowie mit Werbematerial, aber auch durch EDV-Einsatz. Zu letzterem gehört der von Kanne seit 1980 praktizierte Obst- und Gemüseverkauf über ein Bildschirm-Online-System. Die Belieferung mit Frischwaren ist denn auch eine der besonderen Leistungen, die die wendige Großhandlung zu bieten hat.

Mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigt das Unternehmen heute. 12 000 Artikel gehören im Lebensmittelbereich zum Angebot, dazu rund 20 000 sogenannte Non-food-Artikel, von denen neuerdings 4000 in den Zustellbereich einbezogen wurden. Nicht zuletzt solche Leistungserweiterungen sollen die Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Sie tragen aber auch dazu bei, daß die zukünftige Entwicklung positiv gesehen wird, auch über die 4 Prozent erneuten Umsatzplus hinaus, die für 1983 erwartet werden. Da man in Lippe schon immer gut mit Zahlen umgehen konnte, dürfte auch diese Rechnung aufgehen.

ZEISS-IKON / Hoffen auf kleinen Umsatzzuwachs

Wachstum im Ausland geholt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die mehrheitlich zur Firma Carl Zeiss gehörende Zeiss Ikon AG, Stuttgart, die Zweigniederlassungen in Berlin und Braunschweig sowie einen Produktionsbetrieb in Schelklingen/Württ. unterhält, rechnet sich für das laufende Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) einen „kleinen realen Umsatzzuwachs" aus. Die Zuversicht basiert auf der Einführung neuer Produkte und der Erschließung neuer Märkte.

In 1981/82 war der Umsatz um 4,8 Prozent auf 100,3 Mill. DM angestiegen. Während aufgrund der schwachen Baukonjunktur und verringerter Konsumgüternachfrage der Inlandsumsatz um 3,5 Prozent zurückging, stieg das Auslandsgeschäft um rund ein Drittel. Dadurch erhöhte sich die Exportquote auf 28,5 (22,3) Prozent. Gleichzeitig führten freilich ein verstärkter Preisdruck und Anlaufkosten für neue Erzeugnisse zu einer Ertragsschmälerung. Der Jahresüberschuß verringerte sich auf 0,13 (1,64) Mill. DM. Mit der Mutter Carl Zeiss besteht ein Gewinnabführungsvertrag. Die Minderheitsaktionäre erhalten eine Garantiedividende von 10 Prozent.

Unterschiedlich war die Geschäftsentwicklung in den einzelnen Produktbereichen: So stand dem Umsatzplus im Bereich der Sicherheitsschlösser ein Rückgang in der Sparte Beleuchtung gegenüber. Bei Stehbildwerfern wurde der Umsatz auf Vorjahreshöhe gehalten. Zum Programm gehören ferner Kunststoff- und Feingeräte-Fertigung, Druckguß und Lederwaren. Investiert wurden 7,6 (5,4) Mill. DM und abgeschrieben 4,9 (3,9) Mill. DM. Zeiss-Ikon beschäftigt knapp 1500 Mitarbeiter.

ssmann: Wechselbad r Beschäftigung

JOACHIM WEBER, Frankfurt

ie Viessmann Werke KG, Allen- (Eder), vertrauen darauf, daß Heizkesselmarkt die Trendwen- ereits hinter sich hat. Als Indiz r sieht die Geschäftsleitung die gerung des inländischen Markt- mens um 6 Prozent im vergan- n Jahr an, der immerhin ein ruch um 30 Prozent vorausge- en war.

t der Erholung ist allerdings ein er Wandel der Geschäftsstruk- verbunden. Nur noch 30 bis 40 ent aller Heizkessel werden in bauten installiert, der Rest ent- auf Modernisierungsprojekte. iese überwiegend im Sommer epackt" werden, ergibt sich ei- ehr viel ausgeprägtere Saison- e als früher, mit dem Schwer- kt im dritten Quartal. Die Folge: rzarbeit im ersten, Überstun- im dritten Quartal", so Firmen- Hans Viessmann.

e Gruppe selbst mit ihren 4300) Mitarbeitern in 7 deutschen e je einem französischen und m kanadischen Werk hat be- 1982 besser abgeschnitten als Branchendurchschnitt. Ihr Um- stieg um 8 Prozent auf 530 Mill. im Ausland (Umsatzanteil: 20 zent) sogar um 10 Prozent. Am amtvolumen sind die Heizkes- nur noch mit weniger als 50 zent beteiligt. Den Rest tragen mwasserspeicher, in wachsen- n Maße Heizungs-Steuerungen auch gewerbliche Kühlzellen

Jaus-Gruppe setzt auf neue Produkte

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Während der Brot- und Backwarenmarkt von Stagnationstendenzen gekennzeichnet ist, macht die Jaus-Firmengruppe, Stuttgart, mit zweistelligen Wachstumsraten auf sich aufmerksam. Der Außenumsatz der Gruppe, zu der auch die Mehrheitsbeteiligung an der Dinges Glocken Brot GmbH & Co KG, Offenbach, gehört, stieg 1982 um fast 14 Prozent auf 222 Mill. DM. Dabei verbuchte das Stammhaus Karl Jaus & Söhne einen Umsatzanstieg von knapp 15 Prozent auf 132 Mill. DM.

Für das laufende Jahr peilt die Firmengruppe einen Außenumsatz von etwa 245 Mill. DM an (plus 10 Prozent). Zu Beginn dieses Jahres hatte Jaus die Betriebsstätte der früheren Firma Edi-Brot, Edingen, übernommen. Damit verfügt die Gruppe nunmehr über insgesamt 10 produzierende Betriebe.

Die Wachstumskraft des Familienunternehmens resultiert nach eigenen Angaben aus der Ausschöpfung aller Rationalisierungsmöglichkeiten, der Forcierung der Markenpolitik und einer zügigen Diversifikation. So hat Jaus eine Vielzahl neuer Produkte im Tiefkühl-Bereich eingeführt, darunter Baguettes, Pizzen, belegte Toastscheiben, Kuchen und Torten. Die Firmengruppe ist umsatzstärkstes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Golden Toast. In Mannheim produziert Jaus als einziger Hersteller in der Bundesrepublik Toastbrötchen.

SCHARR / Starke Position bei Flüssiggas

Größter Umsatz mit Heizöl

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Weiterhin gute Expansionschancen im Bereich des Flüssiggases sieht die zu den Pionieren bei der Markteinführung dieser Energieart anfangs der fünfziger Jahre gehörende Scharr-Firmengruppe, Stuttgart. Dieser zu den größten konzernfreien Unternehmen zählende Brennstoffhändler, dessen Stammhaus, die Friedrich Scharr oHG, vor nunmehr 100 Jahren aus einer kleinen Kohlenhandlung hervorging, betreibt allein auf dem Sektor des Autogases in Kooperation mit freien Tankstellen und mit einigen Konzernen zur Zeit in Süddeutschland 60 Autogas-Tankstellen.

Dies bedeutet, bezogen auf die insgesamt rund 600 in der Bundesrepublik in Betrieb befindlichen Autogas-Tankstellen, bereits einen Marktanteil von 10 Prozent. Prognosen gehen davon aus, daß sich das Autogas-Vertriebsnetz bis 1985 auf etwa 1000 Tankstellen verdichtet wird, entsprechend will auch Scharr weiter ausbauen. Zusätzliche Impulse für diese umweltfreundliche Energieart verspricht sich Scharr von der neuen TA-Luft. Bei den Preisen für Mineralölprodukte geht man bei Scharr davon aus, daß hier im Moment ein unterer Stand erreicht sei.

Der Gesamtumsatz der Scharr-Gruppe ist 1982 um 14 Prozent auf netto 463 Mill. DM angestiegen, preisbereinigt dürfte er etwa um 10 Prozent zugenommen haben. Heizöl war der größte Umsatzträger mit 64,4 Prozent Anteil, Flüssiggas kam auf 18,7 Prozent, Kohle auf 6,8 Prozent und sonstige Diversifikations-Produkte (Gewächshäuser, Fahrräder usw.) auf 10,1 Prozent. 1960 machte der Kohle-Anteil noch etwa zwei Drittel aus und Heizöl lag bei 26 Prozent Umsatzanteil.

Der Marktanteil von Scharr bei Kohle und Heizöl im Großraum Stuttgart liegt zwischen 20 und 25 Prozent (der Haushalte). Bei Flüssiggas schätzt man den Marktanteil in Süddeutschland auf 15 bis 20 Prozent. Der Gewinn sei „gut". Scharr beschäftigte am Jahresende 274 Mitarbeiter.

Wachstum kam aus Kundeneinlagen

Py. Düsseldorf

Angesichts der strukturell veränderten, aber insgesamt wieder hohen Spartätigkeit und weiterhin zurückhaltender Verschuldungsbereitschaft ist die Geschäftsentwicklung der Kreissparkasse Düsseldorf zufriedenstellend verlaufen. Der Jahresüberschuß von 5,9 (5,5) Mill. DM dient ganz überwiegend der Stärkung des Eigenkapitals, das mit knapp 77 Mill. DM 6,4 (6,3) Prozent der Gesamteinlagen und 5,5 (5,4) Prozent der auf 1,4 (1,33) Mrd. DM gewachsenen Bilanzsumme ausmacht.

Grundlage des Wachstums waren die Kundeneinlagen, die mit 1,22 Milliarden D-Mark (plus 5,4 Prozent) stärker stiegen als im Jahr zuvor. Daran hatte das Sparkapital einen Anteil von 880 (823) Mill. DM und macht damit 72 Prozent der Kundeneinlagen aus. Die Nachfrage im Kreditgeschäft hat sich nach einer deutlichen Abschwächung im Vorjahr gehalten: Das Kreditvolumen erhöhte sich nur um 0,6 (2,5) Prozent auf 863 Mill. DM, und hier allein im langfristigen Bereich.

WERBUNG / Stellenmarktanalyse des ZAW

Nachfrage auf tiefem Stand

HANNA GIESKES, Bonn

Das Angebot von Arbeitsplätzen in Werbeberufen ist in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres wieder gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) in seiner jüngsten Stellenmarktanalyse. Im gesamten Jahr 1982 habe allerdings die Nachfrage mit rund 2200 Angeboten in den großen überregionalen Zeitungen den tiefsten Stand seit fünf Jahren erreicht; das waren acht Prozent weniger als 1981.

Es seien jedoch kaum die Werbeagenturen, von denen zusätzliche Impulse für den Stellenmarkt der Werbeberufe ausgingen, heißt es weiter; wegen des seit Jahren anhaltenden Personalkostendrucks versuchten sie, die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu vermeiden. Die Nachfrage komme vor allem aus der werbungtreibenden Wirtschaft und aus dem Bereich der Medien. Laut ZAW ist die Menge der Stellenofferten aus dem Bereich der Medien; hier habe die Suche nach qualifizierten Werbefachleuten verstärkt eingesetzt und von seiten der werbungtreibenden Wirtschaft in den letzten Jahren ständig gewachsen, während sich der Anteil der Agenturen deutlich zurückentwickelt habe.

Die am häufigsten gesuchten Werbefachkräfte sind Mediaexperten (1982 rund 24 Prozent der Angebote), gefolgt von Werbefachleuten für Marketingabteilungen besonders der Warenhersteller und Grafiker. Wenig gefragt waren Texter und Werbeleiter.

Der ZAW sagt dem „Wirtschaftszweig Werbung" nach wie vor eine gute Zukunft voraus, aber er weist Ausbildungswillige gleichzeitig darauf hin, „daß die Anforderungen an Werbefachleute wegen veränderter Marktverhältnisse erheblich steigen werden". Mindestvoraussetzung für den Einstieg in einen Werbeberuf sei deshalb der Besuch einer Werbefachschule.

In der Bundesrepublik gibt es insgesamt 73 Lehrstätten für Werbeberufe. Laut ZAW-Information existieren elf Werbefachschulen; darüber hinaus lehren verschiedene Fachhochschulen und Universitäten Werbung im Rahmen eines Marketingstudiums. Der Zentralausschuß hat jetzt einen Sonderdruck veröffentlicht, der eine Beschreibung der Ausbildungsmöglichkeiten mit sämtlichen Terminen und Anschriften enthält.

Gabor: Beschäftigung für 1983 gesichert

HARALD POSNY, Düsseldorf

Flexible und offensive Angebotspolitik haben dem Rosenheimer Damen-Schuh-Hersteller Gabor GmbH & Co. KG auf schrumpfendem Gesamtmarkt auch 1982 ein wenn auch bescheidenes Wachstum auf 244,1 (243,6) Mill. DM Umsatz beschert. Angesichts des um 4 (preisbereinigt 8) Prozent zurückgefallenen Schuheinzelhandels-Umsatzes gewinnt dieses kleine Plus jedoch an Bedeutung.

Während der Umsatz im Inland um 1,2 Prozent auf 147,3 Mill. DM gesteigert werden konnte, ging er auf den europäischen Auslandsmärkten auf 77,1 (80,3) Mill. DM zurück. Einschließlich des Umsatzes der US-Schuhhandelskette Prague Shoes Inc. von 8,2 (7,8) Mill. Dollar hat das Ausland seinen Umsatzanteil von knapp 40 Prozent gehalten.

Gabor war mit seinen durchschnittlich 2700 (2600) Mitarbeitern das ganze Jahr über vollbeschäftigt und wird es nach der guten Resonanz auf die neue Herbst/Winter-Kollektion 1983/84 auch in der kommenden Saison sein. Die sechs in- und ausländischen Betriebe produzierten 1982 arbeitstäglich 20 000 Paar, insgesamt hat sich der Absatz bei 4,23 (4,21) Mill. Paar stabilisiert.

Die Preise lagen 1982 im Durchschnitt knapp ein Prozent unter dem Vorjahresniveau, dies war vor allem eine Folge der Nachfrageverschiebungen von aufwendigen Modellen zu einer weniger arbeitsintensiven Farbenmode, die trotz erheblicher Kostensteigerungen im Materialbereich günstigere Preislagen erlaubte. Für die neuen Herbst/Winter-Kollektionen werden die Preiserhöhungen bei durchschnittlich 3 Prozent liegen.

Gabor investierte 1982 knapp 12 (11) Mill. DM vor allem in das Hauptwerk Rosenheim, dessen Ausbau die Voraussetzung für eine bessere Produktivität im Fertigungsablauf schaffen soll.

JNTERNEHMEN UND BRANCHEN

gheinrich übernimmt

mburg (JB.) – Die Jungheinrich Gabelstapler GmbH & Co KG, burg, wird vorbehaltlich der immung des Kartellamts ab esmitte die Vertriebs- und Ser- iktivitäten für Yale-Gabelstap- r der Bundesrepublik Deutsch- übernehmen. Darauf haben die Jungheinrich Unterneh- sverwaltung KG und die Eaton ., Cleveland/USA, geeinigt. heinrich wird gleichzeitig die 150 Mitarbeiter aus dem Ver- sbereich der Eaton Yale GmbH ertechnik, Velbert, überneh- Der Bereich Hebezeuge ist von Übernahme nicht betroffen. heinrich beabsichtigt, Ver- , Service und Ersatzteilversor- für Yale-Gabelstapler inner- der eigenen Absatzorganisa- als eigenständigen Bereich zu en. Eine kapitalmäßige Ver- tung zwischen Jungheinrich Eaton Yale ist mit der Vertriebs- nahme nicht verbunden.

karwerke: Wieder 7 Mark

slingen (VWD) – Die Neckar- e Elektrizitätsversorgungs- Esslingen, konnte im Ge- ftsjahr 1982 Stromabsatz, Um- und Jahresergebnis verbes- , so daß für 1982 eine unverän- Dividende von 7 DM je 50-DM- e ausgeschüttet werden und angesichts der künftig hohen stitionen notwendige Rückla- tärkung erfolgen kann. Wie aus Aktionärsbrief hervorgeht, die Stromabgabe 1982 um 1,9 ent auf rund 5,5 Mrd. kWh, wovon knapp die Hälfte aus den Gemeinschaftskernkraftwerken Neckar und Obrigheim stammte. Höherer Stromabsatz und Preiserhöhung um 9,5 Prozent führten zu einem Umsatzanstieg um 10,3 Prozent auf 987 (895) Mill. DM. Die Investitionen stiegen auf 201,6 (199,5) Mill. DM.

Unveränderte Ausschüttung

Stuttgart (VWD) – Die Verwaltung der Dinkelacker Brauerei AG, Stuttgart, schlägt vor, für das Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) eine unveränderte Dividende von 7,50 DM je 50-DM-Aktie zu verteilen. Dies geht aus der Einladung zur Hauptversammlung am 4. Mai hervor. Das Aktienkapital von unverändert 15 Mill. DM befindet sich zu etwa 85 Prozent im Besitz der Familie Dinkelacker.

Elefanten-Schuh mit Zuwachs

Kleve (VWD) – Die Elefanten-Schuh GmbH, Kleve, hat 1982 ihren Umsatz um 3,6 Prozent auf 158,5 Mill. DM steigern können. Zusammen mit den ausländischen Tochtergesellschaften wurde ein Umsatzvolumen von 185,8 Mill. DM erreicht, teilte das Unternehmen mit. Die Gruppe mit insgesamt 2000 Beschäftigten habe im Ausland den Anteil der Lederstraßenschuhe im Kleinkinderbereich „beachtlich gesteigert". Es sei auch mit dem Einstieg in neue Märkte wie USA und Saudi-Arabien begonnen worden. Der Vorjahresumsatz werde 1983 nur schwer zu halten sein.

WUPPESAHL / Bremer Assekuranz-Makler in der fünften Generation

u versicherndes Risiko wird größer

W. WESSENDORF, Bremen

m 1. März besteht die Bremer na C. Wuppesahl Assekuranz- ler 125 Jahre. Das Unterneh- wird heute von der vierten l fünften Generation, den per- lich haftenden Gesellschaftern rich Wuppesahl, Carl Max Va- und Georg Abegg geleitet. Die denkartei enthält mittlerweile tausend Namen. Damit zählt traditionsreiche Firma zu den en fünf Versicherungsmakler- en in der Bundesrepublik. ndustrie, Handel und Schiff- rt, Spediteure, Versorgungsun- ehmen, Städte und Gemein- verwenden die Kenntnisse l Erfahrungen der Spezialisten Wuppesahl. „Sie nutzen damit Möglichkeiten eines Maklers, im Gegensatz zum Agenten ei- bestimmten Versicherungsge- schaft unabhängig arbeitet, in Lage ist, den auf Dauer gün- sten Versicherungsschutz zu orgen", sagen die Gesellschaf-

er Versicherungsmakler prüft unter Berücksichtigung der speziellen Probleme und Bedürfnisse, gegen welche Gefahren vorgesorgt werden muß und ob eine Versicherung die dafür angemessene Form ist. Der Service des Versicherungsmaklers endet nicht mit der Beurteilung der Risiken und der Plazierung der Versicherungen. Auch danach sorgt er für die nötige Anpassung des Versicherungsschutzes an veränderte Risiko- und Marktverhältnisse. Die Bremer Assekuranzmakler haben beispielsweise für den Bau von Fabriken in Afrika, eines Staudamms im Irak, eines Straßentunnels in Guatemala, einer Brauerei in Nigeria, eines Zementwerkes in Spanien die Versicherungen besorgt. C. Wuppesahl war bei den Olympischen Spielen in München dabei und bei den Konzerten der Rolling Stones, deren Veranstalter um die elektronischen Gerätschaften und das Mobiliar bangten.

Die Firma beschäftigt heute über 150 Mitarbeiter, davon 85 im Bremer Stammhaus. Niederlassungen befinden sich in Düsseldorf, in München, Basel und Wien. Seit beginn der sechziger Jahre ist Wuppesahl nicht mehr der reine See-Assekuranzmakler wie zur Gründungszeit. Vielmehr steht die See-Assekuranz als ein Unternehmenszweig neben dem neuen Industrieversicherungsgeschäft.

Die Kontore in München und Düsseldorf entwickelten sich zu bedeutenden Niederlassungen. Das gilt auch für die beiden Auslandsniederlassungen. Sie profitierten auch davon, daß der Versicherungsmakler – ursprünglich vor allem an der Küste zu Hause – in Österreich und in der Schweiz nahezu unbekannt war. Das Bremer Unternehmen stieß in eine Lücke. „Das zu versichernde Risiko wird immer größer", versichern die Gesellschafter. „Wer sich seine Unabhängigkeit erhalten will, der muß wachsen und die für die Unabhängigkeit notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen."

ERGEBNISSE

Schalke – Bremen	0:2 (0:2)
Hamburg – München	1:1 (1:0)
Gladbach – Bochum	3:1 (2:1)
Stuttgart – Frankfurt	4:1 (2:1)
Nürnberg – Braunschweig	0:0
K'lautern – Karlsruhe	7:0 (4:0)
Dortmund – Düsseldorf	1:2 (0:0)
Berlin – Bielefeld	2:0 (1:0)

DIE SPIELE

Hamburg – München 1:1 (1:0)

Hamburg: Stein – Hieronymus – Kaltz, Jakobs, Hartwig, Groh – Magath, Rolff, Wehmeyer – Milewski (60. von Heesen), Hrubesch. – **München:** Müller – Beierlorzer – Dremmler, Grobe – Kraus, Del' Haye, Breitner (77. Nachtweih), Pflügler, Horsmann – Hoeneß, Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 1:0 Kaltz (36., Foulelfmeter), 1:1 Breitner (52.). – **Zuschauer:** 61 348 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** *Hieronymus (4), Kraus (2), Müller.*

K'lautern – Karlsruhe 7:0 (4:0)

K'lautern: Reichel – Dusek – Wolf, Melzer, Briegel – Eilenfeldt (82. Kitzmann), Bongartz (82. Plath), Brehme – Allofs, Nilsson, Brummer. – **Karlsruhe:** Wimmer – Theiss – Groß, Boysen, Kleppinger – Bold, Wiesner (46. Walz), Zahn, Trenkel (69. Dittus) – Hofeditz, Hagmayr. – **Schiedsrichter:** Retzmann (Hamburg). – **Tore:** 1:0 Brehme (7.), 2:0 Eilenfeldt (20.), 3:0 Eilenfeldt (35.), 4:0 Nilsson (41.), 5:0 Bongartz (54.), 6:0 Nilsson (68.), 7:0 Groß (85./Eigentor). – **Zuschauer:** 14 615. – **Gelbe Karte:** Boysen (3).

Gladbach – Bochum 3:1 (2:1)

Gladbach: Kamps – Hannes – Ringels, Borowka – Schmider, Matthäus, Rahn (74. Mohren), Bruns (68. Schäffer), Schäfer – Mill, Reich. – **Bochum:** Zumdick – Bast – Zugzic, Knüwe – Kühn (63. Kramer), Lameck, Woelk, Oswald, Patzke – Krella (46. Pater), Schreier. – **Schiedsrichter:** Huster (Lahnstein). – **Tore:** 1:0 Reich (5.), 2:0 Hannes (19.), 2:1 Knüwe (42.), 3:1 Matthäus (81.). – **Zuschauer:** 7000. – **Gelbe Karten:** Oswald (4/1), Kühn (3), Kramer (2), Knüwe.

Stuttgart – Frankfurt 4:1 (2:1)

Stuttgart: Roleder – Niedermayer – Schäfer, K.-H. Förster (76. Habiger), B. Förster – Kempe, Allgöwer, Sigurvinsson – Ohlicher, Reichert, Six. – **Frankfurt:** Jüriens – Pezzey – Sziedat, Körbel, Berthold – Schreml, Kroth, Nickel (66. Gulich), Trieb, Falkenmayer – Tscha (46. Müller). – **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Tore:** 1:0 Kempe (6.), 1:1 Trieb (32.), 2:1 Ohlicher (40.), 3:1 Ohlicher (62.), 4:1 Six (75.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karte:** K.-H. Förster (2).

Schalke – Bremen 0:2 (0:2)

Schalke: Junghans – Lorant – Kruse, Drexler, Schipper – Bittcher, Opitz, Dietz – Wuttke, Tüfekci, Abel (59. Clute-Simon). – **Bremen:** Burdenski – Fichtel – Okudera, Siegmann, Otten – Gruber, Sidka, Meier (82. Schaaf), Möhlmann – Völler, Neubarth (80. Reinders). – **Schiedsrichter:** Niebergall (Rammelsbach). – **Tore:** 0:1 Gruber (12.), 0:2 Völler (37.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** Lorant (4/3), Opitz (2), Gruber (4/1).

Dortmund – Düsseldorf 1:2 (0:0)

Dortmund: Immel – Loose – Rüßmann, Tenhagen – Huber, Freund, Koch, Burgsmüller, Bönighausen (46. Raducanu) – Abramczik, Keser. – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Kuczinski, Löhr – Bockenfeld, Weikl, Fach, Bommer, Dusend (83. Dauber) – Edvaldsson, Wenzel. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 Burgsmüller (49.), 1:1 Dusend (70.), 1:2 Edvaldsson (88.). – **Zuschauer:** 22 000. – **Gelbe Karten:** Rüßmann, Wenzel, Dauber.

Berlin – Bielefeld 2:0 (1:0)

Berlin: Quasten – Timme – Schneider, Rasmussen, Stöhr – Blau, Schmitz, Mohr, Ehrmanntraut (46. Beck) – Emig (77. Glöde), Remark. – **Bielefeld:** Diergardt – Meier – Geils, Hupe, Schnier, Rautiainen, Büscher, Kühlhorn, Pagelsdorf (46. Krajczyk), Grillemeier, Lienen. – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Tore:** 1:0 Schneider (21., Foulelfmeter), 2:0 Schneider (85.). – **Zuschauer:** 13 253. – **Gelbe Karten:** Blau, Büscher.

FUSSBALL / Spitzenspiel bestätigte die Bundesliga-Krise – Breitner fällt vier Wochen aus



„Zuerst dachte ich, jetzt ist alles aus": Ein vor Schmerzen schreiender und um Hilfe bittender Paul Breitner. Sein Bein wurde in Gips gelegt, im April will der Münchner wieder spielen. FOTO: BAADER

Jupp Derwall vor Flug nach Albanien in Not: Kein Hamburger dabei, und Bernd Schuster sagte endgültig ab

Von ULRICH DOST

Nichts hätte das dürftige Niveau treffender symbolisieren können als eine Szene Mitte der zweiten Halbzeit: **Wolfgang Rolff** (23) konnte sich wieder nicht vom Ball trennen, er umkurvte gleich drei Bayern-Spieler, schlug Haken wie ein Hase, und als er sich in aussichtsreicher Schußposition glaubte, stand plötzlich sein Mitspieler **Horst Hrubesch** (31) vor ihm wie ein Baum. Der Ball ging verloren, die beiden Hamburger standen sich verdutzt Brust an Brust gegenüber.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß dieses mit so viel Erwartungen überfrachtete Schlagerspiel zwischen dem Hamburger SV und dem FC Bayern (1:1) letztendlich doch nur ein Flop war – hier wurde die Blamage sichtbar. Kopflos, orientierungslos, plump und unbeholfen, ohne Cleverness, ohne Raffinesse, ohne einen Funken Spielwitz und Intelligenz – so präsentierten sich die beiden besten deutschen Vereinsmannschaften dem Publikum im Hamburger Volksparkstadion. Die Zuschauer waren das spielerische Elend leid, sie riefen „aufhören".

Psychologen und Analytiker *werden sich noch lange den Kopf darüber zerbrechen,* warum zwei so starke Mannschaften, die ja schon des öfteren bewiesen haben, daß sie ihr Handwerk verstehen, derart einbrechen können. Warum werden aus gestandenen Mannsbildern, die schon so manche Schlacht gewonnen haben, auf einmal zweiundzwanzig Duckmäuser, die mehr Angst als Vaterlandsliebe besitzen, die sich lieber auspfeifen lassen, als Initiative zu ergreifen?

Gewollt hat das sicherlich keiner von ihnen, das kann man getrost voraussetzen. Nur diesmal hat *eben der Kopf nicht mitgespielt,* so daß die Dummheit um sich greifen konnte. Was hätte den Kritikern, die dauernd von einer Krise im deutschen Fußball reden, besser die Mäuler stopfen können als ein Schlagerspiel, egal mit welchem Ausgang. Die Chance war riesig, die Situation günstig. Doch anstatt sich selbst aus dem Sumpf zu ziehen, haben sie den Kopf eher noch tiefer eingetaucht.

Selbstverständlich wurde nach *Erklärungen gesucht,* gefunden aber wurden keine. Es spricht für die Spieler des HSV, die für das *Trauerspiel noch eher verantwortlich sind,* daß sie sich selbstkritisch vor die eigene Brust klopfen. „Ein *Gurkenspiel,* wir haben Mist gespielt", meinte Horst Hrubesch. **Manfred Kaltz** (30): „Das war schon sehr flau, wir müssen uns mit dem Trainer zusammensetzen."

Auch **Ernst Happel** (57) nahm kein Blatt vor den Mund: „Ich bin enttäuscht von meiner Mannschaft. Bei uns gab es nur viele Fehlpässe. Nicht wir hatten den Gegner in Griff, sondern der Gegner uns. Das sagt alles.

*

Die Bayern könnten es sich einfach machen, sie haben schließlich auswärts beim Meister einen Punkt geholt. Die Frage nach dem Zustandekommen interessierte sie dabei nicht. Mittelstürmer **Dieter Hoeneß** (30): „Es war Sache des HSV, das Spiel zu machen, er spielte *doch zu Hause." Das ist schon* richtig. Doch wie soll man es nennen, wenn auch die Bayern nicht erkennen, daß für sie an diesem Tag in Hamburg noch mehr drin war als das 1:1? Letztlich ist das auch nur Dummheit, wenn jemand seine Chancen nicht erkennt und nicht wahrnimmt.

Fast kann man sich bei Schiedsrichter **Dieter Pauly** (39) aus Mönchengladbach bedanken, daß überhaupt noch Tore gefallen sind. Über seinen Elfmeterpfiff, nach einem Foul, das **Wolfgang Kraus** (29) angeblich an **Jürgen Milewski** (25) begangen haben soll, wurde lange diskutiert. Die Beteiligten sagten das übliche. Kraus: „Ich habe ihn nie berührt." Milewski: „Jemand hat mich am Knöchel getroffen." Gottlob blieb uns der Fernsehbeweis diesmal erspart. Die Bayern mußten jetzt nur alles dransetzen, um zum Ausgleich zu kommen. Das gelang ihnen dann auch durch Kapitän **Paul Breitner** (30), dem Einäugigen unter den Blinden.

Gerade Breitner mußte dieses Unentschieden teuer bezahlen. Nach einem ungestümen Angriff von *Wolfgang Rolff zog sich* Breitner einen Kapselriß im rechten Knöchel und ein zur Hälfte eingerissenes Außenband im rechten oberen Sprunggelenk zu. Eine Woche bleibt sein Bein im Gips, vier Wochen muß er mindestens pausieren. Breitner: „Zuerst dachte ich, es ist aus. Jetzt aber bin ich optimistisch, daß ich im April wieder spielen kann." **Hennes Weisweiler** (62), bestimmt kein Breitner-Freund, meinte auf der Tribüne: „Wenn Breitner *fehlt,* läuft bei

den Bayern nichts mehr. Das werden sie noch in der nächsten Saison merken."

*

Was hatten die Spieler beider Mannschaften dem Bundestrainer **Jupp Derwall** (56) nicht alles beweisen wollen. **Manfred Kaltz,** daß er eigentlich in die Nationalelf gehöre. **Karl-Heinz Rummenigge** (27), daß von der Leistung her noch mehrere Spieler des FC Bayern in der Nationalelf spielen müßten. Horst Hrubesch, daß die Spiele im Verein viel schöner seien und daß er sich über jeden freue, der nicht bei Jupp Derwall spielen müsse. **Felix Magath** (29), daß er als Spielmacher mit Paul Breitner mithalten könne. Und so weiter in schöner Selbstüberschätzung ...

Sie haben alle etwas auf die vorlaute Klappe bekommen. Denn nach diesem Spiel hat der Bundestrainer die besseren Karten. Jupp Derwall: „Daß sie mir alle etwas beweisen wollten, zeigt doch nur ihr Interesse an der Nationalelf. Das sehe ich positiv."

Derwall machte sich sogar zum Fürsprecher der Spieler, als er mit den Vereinen hart ins Gericht ging: *„Alles dreht sich doch nur noch* ums Geld. Es ist doch schlimm, wenn Stuttgarts Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder nach *einem* starken Spiel seiner Mannschaft nur davon spricht, daß die 2:3-Niederlage in Bremen mindestens 30 000 Zuschauer gekostet hat. Das verunsichert doch die Spieler und macht sie nicht selbstbewußter. Manfred Kaltz versuchte dreimal, einen weiten Paß zu schlagen, doch jedesmal wurde es nur ein kurzes Abspiel."

So banal das auch klingen mag, so der Bundestrainer, den Spielern müsse es wieder Spaß machen, Fußball zu spielen. Lange habe er sich Gedanken darüber gemacht, warum es bei Werder Bremen so gut laufe. Dann habe er das Ei des Kolumbus entdeckt. Derwall: „Bei den Bremern ist ein Ruck durch die Mannschaft gegangen, als sie im Europapokal gegen Dundee ausgeschieden sind, die Zuschauer aber die starke Leistung noch Minuten nach dem Spiel mit Beifall bedachten." Das sei es, was die Spieler brauchten: die Gewißheit, auch einmal verlieren zu dürfen.

*

Er selbst, und das sagte Jupp Derwall in Hamburg noch einmal deutlich, nimmt es für sich in Anspruch, verlieren zu dürfen. In seinem Vertrag mit dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) stehe nichts davon drin, daß er ausschließlich siegen müsse. Selbst eine Niederlage beim Europameisterschafts-Qualifikationsspiel am Mittwoch (30. 3.) in Tirana gegen Albanien würde ihn nicht veranlassen, den Job aufzugeben.

Schwer genug wird es dem Bundestrainer vor dem Spiel gegen Albanien ohnehin gemacht. Zufall oder doch Methode? Im Aufgebot steht kein Spieler vom Meister aus Hamburg. Daß die Hamburger in Jupp Derwall nicht gerade einen erstklassigen Bundestrainer sehen, ist ein offenes Geheimnis. *Mit der* Absage von **Bernd Schuster** (23), die gestern noch einmal bestätigt wurde, mußte Derwall *ohnehin* rechnen. Der Mönchengladbacher **Lothar Matthäus** (23), den Derwall *nachnominieren wollte,* sagte auch noch ab.

Doch der Reihe nach: Bernd Schuster wird also nicht dabeisein, weil er die Geburt seines dritten Kindes nicht verpassen will. Derwall: „Das Verhalten Schusters kann man so oder so sehen. Vielleicht ist er gerne dabei. Das kann man vertreten."

Zu den Hamburger Spielern: Nach der Absage von Jürgen Milewski (Zerrung) und Wolfgang Rolff (Sprunggelenk-Verletzung) gehört nun kein Spieler mehr vom Meister zum Aufgebot.

Wegen einer Knieprellung mußte auch **Wolfgang Dremmler** (28) dem Bundestrainer eine abschlägige Antwort erteilen. Für den Münchner sollte Lothar Matthäus den Kader auffüllen. Doch der Gladba*cher plagt sich mit einer Schulter*prellung herum. Bevor er gestern morgen überhaupt die Nachricht von Derwall erhielt, war Matthäus beim Arzt und trägt seitdem den Arm in einer Schlinge.

Nun sind es nur noch 13 Spieler, die zum A-Aufgebot gehören. Wegen der komplizierten Visa-Bestimmungen in Albanien kann kein Spieler mehr nachnominiert werden. Notfalls sollen jetzt Spieler aus dem Aufgebot „U21" aushelfen, die am Dienstag ebenfalls gegen Albanien spielt.

Derwalls Aufgebot: Tor: Schumacher *(Köln),* Immel *(Dortmund).* Abwehr: Briegel (Kaiserslautern), Bernd und Karl-Heinz Förster (beide Stuttgart), *Otten (Bremen),* Strack (Köln). Mittelfeld und Angriff: Engels (Köln), Müller (Mailand), Littbarski (Köln), Rummenigge (München), Völler, Meier (beide Bremen).

SCHALKE / Abstieg kaum noch zu vermeiden

Angebot für Assauer Brauerei wirbt um ihn

BERND WEBER, **Gelsenkirchen**

Oben auf der Tribüne des Gelsenkirchner Parkstadions saßen Klaus Fischer, der heute für den 1. FC Köln auf Torejagd geht, Rüdiger *Abramczik, der seine Flanken* für Borussia Dortmund schlägt, und Rolf Rüßmann, der für seine Leistung beim gleichen Klub fast allwöchentlich überragende Kritiken bekommt. Jahrelang hatten die drei das Schalker Trikot getragen und die Zuschauer ins Stadion gelockt. Jetzt also hockten sie unter den nur noch 15 000, die den Weg ins Stadion gefunden hatten. Und sie waren mit ihnen gemeinsam entsetzt darüber, mit welchen Mitteln sich der FC Schalke 04 gegen den Meisterschaftsanwärter Werder Bremen zur Wehr setzte. *Klaus Fischers Urteil: „Ich habe* bei Schalke weder eine spielerische Linie gesehen, noch habe ich auch nur andeutungsweise erkannt, daß dort unten eine Mannschaft auf dem Rasen stand, die sich gegen den drohenden Abstieg aufbäumen wollte."

Die Bremer gewannen 2:0 nach zwei Kopfballtoren von Gruber und Völler. Völler, der Mittelstürmer der Nationalmannschaft, sprach später vom „leichtesten Auswärtsspiel der Saison". Sein Trainer Otto Rehhagel, der sich vor dem Anpfiff so viele Sorgen ge*macht hatte,* weil er *glaubte,* die Schalker würden „sich reinhängen, daß die Fetzen fliegen", sagte in der Pressekonferenz nach dem Spiel: „Der Gegner hat uns in Ruhe gelassen."

Solche Aussagen müßten die Schalker Verantwortlichen, allen voran ihr Manager Rudi Assauer und Trainer Jürgen Sundermann, als schallende Ohrfeigen empfinden. Denn deutlicher kann man ihnen eigentlich nicht mehr klarmachen, *daß* ihr Konzept restlos gescheitert, daß Schalke am Ende ist. Assauer und Sundermann ha*ben nur noch Durchhalteparolen* zu bieten. Der Manager: „Abgerechnet wird erst am Schluß." Der Trainer tönt: „Wer jetzt schon vom Abstieg redet, den schmeiße ich raus."

Nun hat es ja im Fußball schon große Überraschungen gegeben, aber wie Sundermann den Rettungsakt inszenieren will, ist wohl allein sein Geheimnis. Schalke muß auswärts noch in Kaiserslautern, in Düsseldorf, Leverkusen, Frankfurt und bei Bayern München antreten.

Nein, die bittere Wahrheit ist, daß *Sundermann (der bisher für* 3:11 Punkte verantwortlich zeichnet) nicht über Nacht zum großen Wundermann wird – und daß Assauer vor den Scherben einer Personalpolitik steht, die selbst zurückhaltende Kritiker inzwischen als dilettantisch bezeichnen. Ob er seinen Vertrag – er läuft bis 1986 – erfüllt, ist fraglich. Er hat ein Angebot vorliegen, in die Marketing-Abteilung einer Bremer Bier-*Brauerei einzutreten.*

Etwa 2,3 Millionen Mark hat der Manager in die Mannschaft inve*stiert. Spitzenklasse ist keiner von* denen, die er geholt hat. Die meisten haben sich als Flop erwiesen. Max Merkel hat einmal gespottet: „Rudi hat gehandelt wie einer, der ins Kaufhaus geht und aus jedem Regal mitnimmt, was er gerade zu fassen kriegt."

Tatsächlich paßt bei Schalke vorne und hinten nichts zusammen. „Schalke braucht zwei Torhüter, einen auf der Linie und einen zweiten zum Herauslaufen", meinte der ehemalige Trainer Fritz Wilken mit beißender Ironie. Walter Junghans hatte nämlich wieder *einmal einen ganz schlimmen Tag* erwischt.

Die Leihgabe von Bayern Mün*chen ist, man sieht es ihm deutlich* an, restlos mit den Nerven fertig. Da grenzt es fast an Bösartigkeit, daß Trainer und Manager ihn trotzdem weiterhin Spiel für Spiel ins Feuer jagen. Norbert Nigbur, so hieß es, habe auch in Zukunft keine Chance zum Comeback. Der von Eintracht Frankfurt geholte Libero Werner Lorant stakste gestern dermaßen ungelenk über den Rasen, daß sein Trainer fast froh über die siebte gelbe Karte sein muß, die er gegen Bremen kassierte. Jetzt braucht er Lorant im nächsten Spiel wenigstens nicht aufzu*stellen. Die Neueinkäufe* Bernard Dietz und Matthias Schipper boten gerade noch Durchschnittsleistungen. Die Stürmer Tüfekci, früher VfB Stuttgart, und Jochen Abel, früher VfL Bochum, stümperten hingegen so grausam auf dem Spielfeld herum, daß Klaus Fischer spottete: „Das sind ja die reinsten Altherren-Fußballer."

Bleibt Wolfram Wuttke, der für 950 000 Mark aus Mönchengladbach zurückgekauft wurde und der *wenigstens in Abständen beweist,* daß er ein Erstliga-tauglicher Mann ist. In Schalke wird er aber nicht *mehr lange bleiben, denn gestern* kündigte er an: „Wenn wir absteigen, werde ich den Verein verlassen und wahrscheinlich zum HSV wechseln."

Unter dem Strich also Sorgen über Sorgen für Schalke. Womit aber beschäftigt sich der Vorstand derzeit? Mit dem ehemaligen Mannschaftsbetreuer Charly Neumann. *Der erhielt einen Brief,* in dem er aufgefordert wird, bis zum 5. April zu erklären, ob er vor zwei Jahren eine *Vorstandssitzung mit* einem Funkgerät belauscht hat.

Schalke bleibt eben Schalke. Schon wieder gehen langsam die Lichter aus, droht der Abstieg in die Zweite Liga. Aber mit Macht geklärt werden muß nicht das aktuelle Problem, sondern die Frage, wer wann gelauscht oder gefunkt hat ...

FRANKFURT

Hickhack um Tscha

M. H. **Stuttgart**

Bum Kun Tscha (29) will Frankfurt verlassen. Das hat sich bis Italien rumgesprochen. So flogen zum Bundesligaspiel des VfB Stuttgart gegen Eintracht Frankfurt vier Italiener ein. Einer vom AC Turin, einer aus Neapel und je einer vom AC Milan und von Inter *Mailand. Sie wollten den Koreaner* im Neckarstadion aufspielen sehen.

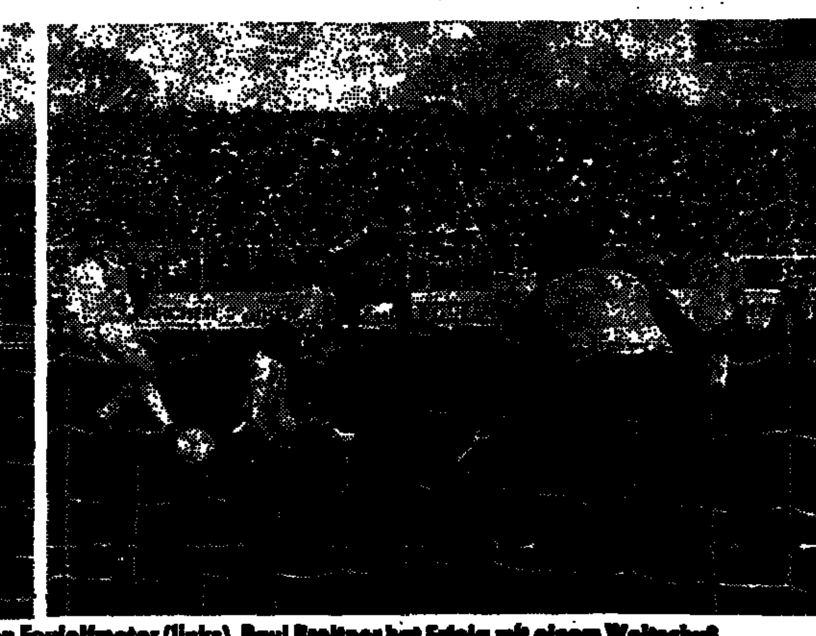
Viel haben die Italiener von Tscha nicht gesehen, denn der hatte einen äußerst unbequemen Gegenspieler: Karl-Heinz Förster. Nach 45 Minuten wechselte Frankfurts Trainer Branco Zebec Tscha gegen den Nachwuchsmann Uwe Müller aus.

Er habe sich schon auf die Zeit nach Tscha eingestellt, sagte Zebec. Für ihn sei klar, daß der Star gehen werde. „Und im übrigen", so Zebec, „ist es auch sehr schwer, *gegen Karl-Heinz Förster zu bestehen."*

Eintracht-Präsident Schander *muß es vor einer Zukunft ohne* Tscha ziemlich bange sein. Nach dem Spiel nahmen ihn ein paar Reporter in die Mangel. Wird er Frankfurt verlassen? Schander: „Alles ist noch offen." Haben Sie mit ihm vergangene Woche geredet? Schander: „Ja, aber es ist sehr schwer, als Europäer in die Gedanken eines Koreaners einzudringen." Geht er nach Korea zurück? Schander: „Die locken ihn mit einer Fußballschule. Aber ..."

Tatsache ist dies. Tscha will weg. Und die schuldengeplagte Eintracht hat keine Chance, ihn zu *halten. Spielermanager Holger* Klemme: „Das einzige, was die Eintracht noch tun kann, ist, die Kontonummer und Bankleitzahl für die Ablösesumme bekanntzugeben."







Die beiden Tore in Hamburg: Manfred Kaltz verwandelt einen Foulelfmeter (links), Paul Breitner hat Erfolg mit einem Weitschuß.

FOTOS: SVEN SIMON, HASPO

VORSCHAU

27. Spieltag, Samstag 9. April

Bielefeld – Köln	(0:1)
Bochum – Stuttgart	(2:5)
München – M'gladbach	(0:0)
Braunschweig – Hamburg	(0:4)
Bremen – Nürnberg	(0:2)
Düsseldorf – Schalke	(3:3)
Karlsruhe – Dortmund	(3:4)
Leverkusen – K'lautern	(0:2)
Frankfurt – Berlin	(0:1)
Nachholspiele, Samstag, 2. April	
Bochum – Leverkusen	(0:1)
M'gladbach – Karlsruhe	(0:2)
Berlin – Bremen	(1:3)
K'lautern – Schalke	(0:0)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

Pokal-Halbfinale

Samstag, 2. April (15.30 Uhr): 1. *FC Köln – Stuttgart,* Montag, 4. April (16.00 Uhr): Fortuna Köln – Borussia Dortmund.

26. Spieltag in der Statistik – Erster Auswärtssieg für Düsseldorf seit dem 6. Juni 1981

							Heim:		Auswärts:	
1. Hamburg	26	14	10	2	59:25	38:14	36:10	23:5	23:15	15:9
2. München	26	14	8	4	59:21	36:16	36:6	21:5	23:15	15:11
3. Stuttgart	25	15	5	5	61:33	35:15	38:16	21:5	23:17	14:10
4. Bremen	25	15	5	5	48:30	35:15	32:11	22:2	16:19	13:13
5. Dortmund	26	15	4	7	61:38	34:18	38:14	20:6	23:24	14:12
6. Köln	25	13	7	5	54:30	33:17	32:12	20:4	22:18	13:13
7. K'lautern	25	10	10	5	42:33	30:20	33:13	21:3	9:20	9:17
8. Nürnberg	26	9	6	11	33:51	24:28	23:18	19:7	10:33	5:21
9. Frankfurt	26	10	3	13	36:37	23:29	28:7	20:6	8:30	3:23
10. Braunschw.	26	7	9	10	30:41	23:29	17:11	16:8	13:30	7:21
11. Düsseldorf	26	7	8	11	41:61	22:30	24:28	14:10	17:33	8:20
12. Bielefeld	25	8	5	12	34:54	21:29	26:18	16:8	8:36	5:21
13. Bochum	25	6	8	11	27:36	20:30	17:13	12:12	10:23	8:18
14. Leverkusen	24	6	6	12	26:48	18:30	14:15	14:12	12:33	4:18
15. Gladbach	25	8	2	15	41:47	18:32	26:18	14:12	15:29	4:20
16. Hertha	25	5	8	12	33:43	18:32	22:18	14:12	11:25	4:20
17. Schalke	25	4	6	15	34:55	14:36	19:26	9:17	15:29	5:19
18. Karlsruhe	25	4	6	15	30:66	14:36	16:18	12:14	14:48	2:22

● Zuschauer-Bilanz

Nur ein ausverkauftes Volksparkstadion in Hamburg (61 348) ließ den Durchschnittsbesuch pro Spiel wieder einmal die 20 000-Grenze übersteigen – um 188 Besucher. Mönchengladbach sahen erneut unter 10 000 Zuschauer (9721). Bayern München bleibt die Mannschaft, die in ihrem Stadion die meisten Zuschauer empfängt: 439 946 in 13 Heimspielen, das entspricht einem Durchschnitt von 33 842. Weit unter dem am Saisonanfang kalkulierten Schnitt von *23 500* liegt der 1. FC Köln, dessen Spiel gegen Bayer Leverkusen ausfiel. In 12 Heimspielen gab es insgesamt nur *16 631* Fans pro Spiel.

● Torschützenliste

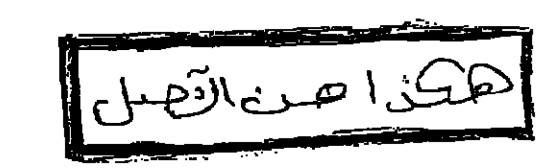
Burgsmüller (Dortmund) und Völler (Bremen) haben ihren Abstand zu Karl-Heinz Rummenigge in der Torschützenliste verringert. Sie liegen jetzt nur noch um zwei Treffer hinter dem Münchner, der bisher 17 Tore schoß. Es folgen Allgöwer (Stuttgart) und Littbarski (Köln), die je 14 Treffer erzielten. Viermal entschieden die Schiedsrichter am Samstag auf Foulelfmeter, nur zwei Strafstöße wurden direkt verwandelt. Düsseldorfs Wenzel scheiterte an Immel, der Mönchengladbacher Hannes traf erst im Nachschuß. Schneider (Hertha BSC) und Kaltz (HSV) hatten keine Probleme.

● Gelbe Karten und Sperren

Schalkes Abwehrspieler Werner Lorant hat mit Bernd Förster vom VfB Stuttgart gleichgezogen. Er sah am Samstag seine siebte gelbe Karte und ist – wie Förster zuvor – zum zweiten Mal in dieser Saison automatisch für ein Spiel gesperrt. Auf den Spuren von Förster und Lorant wandeln Siegmann (Bremen) und Gelsdorf (Leverkusen) mit jeweils sechs Verwarnungen. Am nächsten Samstag pausieren müssen neben Lorant auch Blau (Berlin), Hieronymus (Hamburg) und Täuber (Nürnberg) nach ihrer vierten Verwarnung. Die Mannschaft mit den meisten gelben Karten ist Karlsruhe (36).

● Ende einer Serie

Für Fortuna Düsseldorf endete in Dortmund ein Alptraum. Mit 2:1 gewannen sie ihr erstes Auswärtsspiel seit dem 6. Juni 1981. 29 Spiele waren sie vergebens einem doppelten Punktgewinn hinterhergerannt. Ein seltenes Geschick: Zum vierten Mal hieß es in Dortmund 2:1 für die Düsseldorfer. Karlsruhes Trainer Strehlau wartet immer noch auf den ersten Sieg (1:11 Punkte). Nur gegen den 1. FC Köln gab es beim 1:1 einen Punktgewinn. Am Samstag folgte mit dem 0:7 in Kaiserslautern die höchste Saisonschlappe. Noch trister ist die Auswärtsbilanz: Kein Punkt aus den letzten elf Spielen.



OLYMPIA / Kongreß in Neu-Delhi

Endgültiger Abschied vom Amateur – Rückzug des Fußball-Verbandes?

GÜNTER DEISTER, Neu-Delhi

Das Jahrhundert des Olympia-amateurs ist offiziell beendet. Die eigentliche Machtprobe im Welt-sport ist jedoch in Neu-Delhi noch nicht endgültig entschieden wor-den. Die 86. Vollversammlung des Internationalen Olympischen Ko-mitees (IOC) öffnete die Tore zu Olympia so weit wie nie, indem sie gestern die zum Teil stark liberali-sierten Zulassungsbestimmungen für Los Angeles und Sarajewo von 4 internationalen Verbänden oh-ne Gegenstimme endgültig in Kraft setzte. Vorbehalte erhob das IOC nur gegen die Vorlagen des Internationalen Fußball-Verban-des (FIFA) und des Internationalen Eishockey-Verbandes (LIHG). Da-mit bleibt den Profis im Fußball wie auch im Eishockey der Zutritt zu den Spielen verwehrt.

Das IOC-Verbot stößt auf den starken Widerstand des Inernatio-nalen Fußball-Verbandes (FIFA). Dessen Präsident Joao Havelange hält nun einen Rückzug seines Verbandes von den Sommerspie-len in Los Angeles für möglich. „Da wir vom IOC gezwungen wer-den sollen, unsere eigenen Regeln zu ändern, muß nun mein Exeku-tivkomitee am 20. Mai in Stock-holm darüber befinden, ob Fußball überhaupt Teil der nächsten Olym-pischen Spiele sein kann", erklärte der Brasilianer. Selbst wenn die FIFA-Spitze sich nicht für einen Boykott entscheidet, ist zumindest ein Teilrückzug wahrscheinlich.

Die FIFA-Regeln – wie auch die der LIHG – gelten nur dann als akzeptiert, wenn der Weltverband auch ein Teilnahmeverbot für Pro-fis (und Ex-Profis) in sein Papier aufnimmt. Dazu Havelange, der auch IOC-Mitglied ist: „Wie kön-nen wir das tun, wenn es in unse-ren Regeln überhaupt nicht den Begriff Profis gibt?" Die FIFA un-terscheidet lediglich zwischen WM-Spieler, internationalem Spie-ler und Olympia-Spieler.

„Mit einigen anderen Verbänden wie beispielsweise dem Internatio-nalen Leichtathletik-Verband (IAAF) sind noch einige Klärungen notwendig. Doch Probleme gibt es nicht mehr", berichtete Willi Dau-me, der Vorsitzende der IOC-Zu-lassungskommission.

Wegen Differenzen in den franzö-sischen und englischen Textvorla-gen konnte die Vollversammlung die Verabschiedung der bis zuletzt von Ostblock-Vertretern bekämpf-ten neuen Bestimmungen erst mit 30stündiger Verspätung vorneh-men. Auf Initiative von Willi Dau-me brach die Session gestern den Versuch ab, durch eine – am Sams-tag äußerst fruchtlos verlaufene – Diskussion zu einer Definition des Berufssportlers zu kommen. Damit ist nun die Zulassungskommission beauftragt worden. Gegner der li-beralisierten Regeln wie das IOC-Mitglied Günther Heinze („DDR") hatten versucht, durch eine mög-lichst weitgehende Beschreibung eines Profis den Spielraum der in-ternationalen Verbände wieder einzuschränken.

„Das IOC hat heute die olympi-sche Epoche von 1896 abgeschlos-sen", sagte Willi Daume, unter des-sen wesentlicher Anleitung die neuen Olympia-Zulassungen ent-standen sind. Die Grundsätze hatte das IOC 1981 im Rahmen des Olympischen Kongresses in Ba-den-Baden aufgestellt. Danach sind Zahlungen an Sportler in un-begrenzter Höhe erlaubt, wenn sie in kontrollierter Form erfolgen. Al-lerdings darf nicht übersehen wer-den, daß nur ein kleiner Kreis von Elitesportlern in aller Welt Nutzen aus der veränderten Lage ziehen wird. Eine „DDR"-Studie spricht von 350 bis 500 Athleten in 25 bis 30 Ländern.

SCHACH / Ein Remis für Kortschnoi, gleich zwei für Hübner – Ludek Pachman kommentiert die erste Partie von Velden

Kortschnoi unter Druck

J. NEANDER, Bad Kissingen

Mit einem Turmendspiel, das wahrscheinlich remis enden wird, wurde in Bad Kissingen die erste Partie im Kandidaten-Wettkampf zur Schach-Weltmeisterschaft zwi-schen dem Exilrussen Viktor Kort-schnoi und dem Ungarn Lajos Por-tisch abgebrochen.

Der vor einigen Tagen 52 Jahre alt gewordene Kortschnoi brachte mit den weißen Steinen in einer englischen Eröffnung im siebten Zug eine Neuerung, geriet vorüber-gehend in eine scheinbar gedrück-te Stellung, konnte dann aber in ein eher für ihn günstiges Endspiel übergehen.

Damit widerlegte Kortschnoi ge-wisse Befürchtungen, er sei phy-sisch und psychisch einem solchen Wettkampf nicht mehr gewachsen. Schon zweimal – 1978 und 1981 – stand er im Entscheidungskampf mit dem amtierenden Weltmeister Anatoli Karpow. Zweimal unterlag er. Daß dieser dritte Versuch wohl sein letzter sein wird, weiß Viktor Kortschnoi. Er ist noch ernster ge-worden, schmaler im Gesicht, hat das Rauchen (er zählte einst zu den größten Kettenrauchern in der Weltelite der Schachspieler) ganz aufgegeben. Aber auch bei diesem Kampf steht er wieder unter psy-chischem Druck.

Seine Frau, die zusammen mit dem Sohn nach jahrelangen Bemü-hungen Kortschnois endlich eben-falls die Ausreise aus der Sowjet-union erhalten hatte und jetzt, wie ihr Mann, in der Schweiz lebt, hat die Scheidung eingereicht, weil Viktor inzwischen mit seiner Ma-nagerin Petra Leuwerick zusam-menlebt. Der Sohn studiert in Lau-sanne. Aber die beiden fordern von Kortschnoi nicht weniger als 8000 Schweizer Franken Unterhalt im Monat.

Obwohl der Vizeweltmeister nach wie vor zu den Großverdie-nern im internationalen Schach ge-hört, übersteigt dies – wie er in einem Interview mit einer Schwei-zer Schachzeitung jetzt klagte – seine Verhältnisse bei weitem.

Sein 46jähriger Gegner, Berufs-spieler seit seinem 18. Lebensjahr, hat derlei Sorgen nicht. Auch er freilich demonstriert auf seine Wei-se eine Variante des Ost-West-Pro-blems. Sein Sekundant ist kein an-derer als sein nach dem Ungarn-aufstand 1956 in die USA emigrier-ter Landsmann Pal Benkö, inzwi-schen längst amerikanischer Staatsbürger und bei Länder-kämpfen zeitweise sogar Kapitän der US-Mannschaft. Aber der un-garische Staat hat ihm, dem promi-nenten Großmeister, den Paß trotz Regimeflucht niemals entzogen. So pendelt Benkö ständig zwi-schen zwei Welten – dem Gelder-werb als Schachprofi in New York und der Familie in Ungarn. Auch er ist damit ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie sehr das Schachspiel und seine Meister im Ostblock immer noch zu den Hät-schelkindern des Systems zählen.

Smyslows Neuerung im zehnten Zug

DW. Velden

Zwei Spiele, zwei Unentschieden – der Viertelfinalkampf im Schach-Kandidatenturnier zwischen dem deutschen Großmeister Robert Hübner und dem sowjetischen Weltmeister von 1957, Wassili Smyslow, in Velden/Wörthersee steht 1:1. Der Kampf ist auf zehn Partien angesetzt, Sieger ist, wer als erster 5,5 Punkte erreicht hat.

WELT-Mitarbeiter Ludek Pach-man, selbst Großmeister und einer der besten Analytiker der Welt, wird die wichtigsten Partien des Kampfes aktuell kommentieren. Gleich das erste Spiel brachte in der „Russischen Partie" eine inter-essante Neuerung in der Eröff-nung.

Hier die Notationen und die Kommentare zur ersten Partie von Großmeister Ludek Pachman.

Smyslow, der die schwarzen Stei-ne führte, entschied sich für ein sehr solides Verteidigungssystem – die Russische Partie. Er brachte aber schon im 10. Zug eine wesent-liche theoretische Neuerung.

Die kommentierte Notation (Weiß: Hübner):

Le4 e5, 2.Sf3 Sf6, 3.Sxe5 Sf6, 4.Sf3 Sxe4, 5.d4 d5, 6.Ld3 Le7, 7.0–0 Sc6, 8.Te1 Lg4.

Dieser Zug ist nicht sehr beliebt. Im Wettkampf Karpow – Kortsch-noi (1974) behauptete Weiß nach 9.c3 f5, 10.Db3! 0-0, 11.Sbd2! Kh8!, 12.h3 Lh5?, 13.Dxb7! Tf6, 14.Db3 seinen Mehrbauern. Es scheint je-doch, daß hier Schwarz mit 12. . .Lxf3, 13.Sxf3 das Spiel aus-gleicht.

9.c4 Sf6, 10.cxd Lxf3!

Ganz neu und wahrscheinlich stark: Nach der üblichen Folge Sxd5, 11.Sc3 0-0, 12.Le4 Le6, 13.a3 Lf6, 14.Dd3 steht Weiß etwas bes-ser.

11.Dxf3 Dxd5, 12.Dg3! Dxd4, 13.Sc3 Td8.

Es ist nicht klar, warum Schwarz auf die Rochade verzichtet. Nach 13. . .0–0 ist 14.Sb5 stark. Aber nach 13. . .0-0-0!?, 14.Lf5+ Kb8, 15.Dxg7 Tdf8 nebst Thg8 wäre das Spiel unklar.

14.Lb5 Td7, 15.Dxg7 Tg8, 16.Dh6 Sg4, 17.Df4 Kd8, 18.Dxd4 Txd4, 19.Lxc6 bxc.

Die Bauernstruktur von Schwarz ist zerstört, Smyslow hat jedoch ein sehr aktives Figurenspiel. Für Weiß kam jetzt die Fortsetzung 20.Le3! Sxe3, 21.Txe3 in Betracht, die ihm Endspielvorteil versprach.

20.h3!? Sxf2!

Das kostet zwar die Qualität, aber Schwarz kommt zu einem starken Gegenspiel.

21.Le3 Sxh3, 22.Kf1 Tf4+, 23.Lxf4 Sxf4, 24.Tad1+ Ld6, 25.Se4 . . .

Auch 25.Td2 Kc8, 26.Te4 Sh5 hät-te zu keinen klaren Konsequenzen geführt.

25. . . . Sd5, 26.Td3 f5, 27.Sxd6 cxd, 28.Te6 Kc7, 29.Th6 f4, 30.Kf2 Se3, 31.Txh7+ Kb6, 32.Tb3+ Kc5, 33.Txa7 Txg2+, 34.Kf3 Tc2, 35.Ta5+ Kd4, 36.Kxf4 Sc4, 37.Ta4 d5.

Nun entsteht ein interessantes Endspiel. Weiß ist materiell klar im Vorteil, aber der schwarze König ist sehr aktiv und der schwarze d-Bauer sehr stark. Damit werden die Chancen ausgeglichen.

38.Tb8 Kd3, 39.b3 Se3, 40.Tc8 c5, 41.Kf3 . . .

Nach sofort 41.Ta5 hätte c4, 42.bxc4 Txc4+, 43.Txc4 dxc4 auch zu einer Remisstellung geführt.

41. . . . Tc1, 42.Ta5 Tf1+, 43.Kg3 Ke2!, 44.Taxc5 Tf3+, 45.Kh4 d4.

Dieser Bauer kostet den ganzen Turm, deshalb ist das Unentschie-den unabwendbar.

46.Td8 d3, 47.a4 d2, 48.a5 d1D, 49.Txd1 Sxd1, 50.Tb5 Sc3, 51.Tb7 Kd3, 52.a6 Tf6, 53.a7 Ta6, 54.Kg4 Sd5, 55.Kf5 Kc3 – Remis.

*

Die Notation der zweiten Partie, bei der Smyslow die weißen Steine führte:

1.c4 Sf6, 2.Sf3 c5, 3.Sc3 e6, 4.g3 b6, 5.Lg2 Lb7, 6.0-0 Le7, 7.d4 Se4, 8.Sxe4 Lxe4, 9.Lf4 0-0, 10.Dd2 Sc6, 11.dxc bxc, 12.Tfd1 Db6, 13.Lg5 Tad8, 14.Lxe7 Sxe7, 15.Tac1 h6, 16.Dc3 Sf5, 17.Td2 Db7, 18.Se1 Lxg2, 19.Sxg2 d6, 20.Se1 Td7, 21.Tcd1 Tb8, 22.b3 De4, 23.Df3 Dxf3, 24.Sxf3 Tb6, 25.e4 Se7, 26.Se5 Td8, 27.Sd3 Tc6, 28.f3 Kf8, 29.Kf2 Sc8, 30.e5 Ke7, 31.Sf4 g6, 32.Se2 Sb6, 33.Sc3 a6, 34.h4 Td7, 35.exd+ Tcd6, 36.Txd6 Txd6, 37.Txd6 Kxd6, 38.Se4+ Ke6, 39.h5 gxh, 40.Sf6 Sd7, 41.Sxh5 Kd6, 42.Ke3 f5, 43.Sf4 Se5, 44.Se2 Remis.

2. Liga

Offenbach fällt zurück

DW. Bonn

Der SVW Mannheim ist in der zweiten Fußball-Bundesliga nicht mehr aufzuhalten. Durch das 4:1 über Hannover 96 bleibt der Auf-stiegskandidat auch im 22. Spiel untereinander ungeschlagen. Da-bei kommt den Mannheimern zugu-te, daß die Verfolger noch Punkte abgeben.

Über ein 1:1-Unentschieden ka-men die Offenbacher Kickers auf dem Biebererberg nicht hinaus und haben damit nun schon vier Punkte Rückstand. Die Offenba-cher bleiben Zweiter vor Bayer Uerdingen, daß beim Aufsteiger Augsburg ebenfalls nur 1:1-Un-entschieden spielte. Allerdings ha-ben die Uerdinger (35:19) nun die Chance, bei noch zwei ausstehen-den Nachholspielen bis auf einen Punkt an Offenbach (40:18) heran-zukommen und sich noch direkt für den Bundesliga-Aufstieg zu qualifizieren.

DIE ERGEBNISSE

…abrück – Darmstadt	1:1	(0:0)
…enbach – Stuttgart	1:1	(1:1)
…sburg – Wattenscheid	2:0	(1:0)
…nkfurt – Aachen	1:3	(0:2)
…gsburg – Uerdingen	1:1	(0:1)
…nnheim – Hannover	4:1	(2:0)
…tringh. – Freiburg	ausgef.	
…l. Neuhaus – Köln	1:1	(0:1)
…en – Fürth	1:1	(0:0)
…ingen – Kassel	0:2	(0:1)

DIE TABELLE

Mannheim	29	18	8	3	68:25	44:14
Offenbach	29	17	6	6	60:30	40:18
Kassel	29	16	5	8	57:37	37:21
Köln	30	13	10	7	64:41	36:24
Uerdingen	27	14	7	6	47:33	35:19
Darmstadt	30	13	8	9	54:46	34:26
Freiburg	27	11	10	6	40:35	32:22
Aachen	29	12	8	9	41:40	32:26
Duisburg	29	12	6	11	44:41	30:28
Stuttgart	28	11	7	10	56:42	29:27
Osnabrück	27	11	3	13	46:49	25:29
Hannover	28	9	7	12	54:54	25:31
Fürth	29	8	9	12	45:59	25:33
Essen	29	8	8	13	38:47	24:34
Augsburg	27	8	7	12	21:36	23:31
Wattensch.	30	9	5	16	43:57	23:37
…ingen	27	6	9	12	37:53	21:33
…tringh.	28	7	6	13	38:60	20:32
…nkfurt	29	6	6	17	39:72	18:40
…uhaus	29	5	5	19	35:70	15:43

…chsten Spiele: Nachholspiele, … 30. März, 20.00 Uhr: Osna-… Uerdingen; Donnerstag, 31. … 18.00 Uhr: Freiburg – Hannover, … – Duisburg, Schloß Neuhaus … Lüttringhausen; 19.30 Uhr: Essen – … 20.00 Uhr: Solingen – Augs-… Samstag, 2. April, 15.30 Uhr: Aa-…n – Osnabrück, Fürth – Hannover.

…ARCELONA

…eal Madrid …:1 besiegt

sid, Barcelona

…m Spitzenspiel der spanischen …ßball-Liga gewann der FC Bar-…lona gegen Real Madrid mit 2:1. …Stadion „Nou Camp" feierten …e Katalanen vor 125 000 Zuschau-…n damit ihren ersten Sieg unter …m neuen Trainer Cesar Louis …enotti und wahrten gleichzeitig …re Chancen auf den Titelgewinn. …er frühere Coach von Barcelona, …io Lattek, urteilte nach dem …piel über die Leistungen der bei-…n deutschen Nationalspieler …ernd Schuster (Barcelona) und …li Stielike (Madrid): „Schuster …tte Höhen und Tiefen. Stielike …ar deutlich anzumerken, daß er …egen seiner Verletzung nicht in …ster Verfassung ist."

NACHRICHTEN

Mülheim im Box-Finale

Leverkusen (sid) – Trotz einer 10:17-Niederlage bei Bayer Lever-kusen am letzten Kampftag der Box-Bundesliga hat sich der Deut-sche Meister Ringfrei Mülheim für die beiden Finalkämpfe gegen Le-verkusen (23. April und 28. Mai) qualifiziert. Die Mühlheimer profi-tieren dabei von der 13:14-Niederla-ge des BSV Korbach/Gelsenkir-chen beim bisher sieglosen BC Eichstätt.

Finnin gewinnt Weltcup

Labrador City (sid) – Mit einem Sieg über 10 Kilometer gewann Mar-ja-Lisa Hämäläinen (Finnland) in Labrador (Kanada) den Weltcup der Ski-Langläuferinnen. Mit einem vierten Platz im letzten Rennen kam Karin Jäger (Hirschau) im Gesamt-klassement auf Platz 17.

Eishockey: Platz fünf

Oslo (sid) – Die Junioren des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) belegten durch einen 11:4-Sieg im letzten Spiel gegen die Schweiz bei der Europameister-schaft in Oslo den fünften Platz. Turniersieger wurde die Sowjet-union.

Darniche schwer verletzt

Ajaccio (sid) – Bernard Darniche (Frankreich) prallte bei Testfahrten zur Rallye Korsika mit einem entge-genkommenden Lastwagen zusam-men und zog sich dabei einen Schä-delbruch und Verletzungen an den Beinen zu.

Hohe Strafe für Mailand

Zürich (sid) – Wegen Zuschauer-ausschreitungen muß Inter Mailand eine Geldstrafe von 50 000 Schwei-zer Franken bezahlen und sein nächstes Europapokalspiel an ei-nem mindestens 450 Kilometer ent-fernten, neutralen Ort austragen. Damit ahndete die Kontroll- und Disziplinarkommission der Euro-päischen Fußball-Union (UEFA) die Apfelsinenwürfe und das Ab-brennen von Feuerwerkskörpern der Zuschauer beim Europapokal-spiel gegen Real Madrid.

Unbefahrbarer Nürburgring

Nürburgring (sid) – Zum zweiten Mal nach 1979 mußte das 300-Kilo-meter-Rennen auf dem Nürburg-ring, der zweite Lauf zur Deutschen Rennsportmeisterschaft und zur Formel-3-Europameisterschaft, we-gen starker Schneefälle abgesagt werden.

Nykänen Weltcup-Sieger

Planica (sid) – Matti Nykänen (Finnland) gewann durch einen Sieg beim vorletzten Weltcup-Ski-springen in Planica (Jugoslawien) vorzeitig den Wettbewerb. Nykä-nen wird damit Nachfolger von Ar-min Kogler (Österreich).

Boxer überlebte nicht

Caracas (sid) – Der Boxer Antonio Guevara (Venezuela) ist an den Fol-gen einer Hirnoperation in Caracas gestorben. Der Eingriff war nach seinem Kampf am 7. März gegen Juan Resman (Philippinen) not-wendig geworden.

Für Sport-Ministerium

Essen (sid) – Willi Weyer, der Präsident des Deutschen Sportbun-des (DSB), forderte bei der 50 000. Veranstaltung der 1971 gegründe-ten „Trimm-Spiele" in Essen ein Ministerium für Breitensport. Wie der Leistungssport das Innenmini-sterium, so müsse auch der Breiten-sport einen Ansprechpartner in Bonn haben.

MOTORSPORT

Abschied der Formel 1 aus Nordamerika

sid/SAD, **Long Beach**

Die Formel 1 verabschiedet sich von Amerika. Nach achtjährigem Gastspiel in Long Beach wird sie künftig nicht mehr in Südkalifornien auftreten. Auch der Große Preis am 9. Oktober in Las Vegas ist gefährdet. Einen Tag davor ist ein Rennen der sogenannten Indy-Autos um die amerikanische Cart-Meisterschaft fest eingeplant. Dafür wird ein ovaler Rundkurs statt des Kurvengeschlängels der Formel-1-Rennstrecke auf dem Parkplatz des Hotels „Cesar's Palace" benötigt. Rennmanager Chris Pook dazu: „Es gibt sowieso noch keine feste Abmachung für ein Formel-1-Rennen in diesem Jahr, also kann es auch keine Absage geben."

Zwei weitere amerikanische Grand Prix stehen für 1983 noch auf dem Kalender: Detroit am 5. Juni und New York am 24. September. Die New Yorker streiten darum, ob ihre Stadt Austragungsort von Formel-1-Rennen werden soll. Die Behörden sind eher dafür, Anwohner des Corona Parks im Stadtbezirk Queens, wo die Rennen stattfinden sollen, zum Teil energisch dagegen. Veranstalter Daniel Koren argumentiert, das Rennen würde der Stadt New York jährlich zwischen fünf und 15 Millionen Dollar einbringen. Koren will im Park eine vier Kilometer lange Rundstrecke bauen, die an den übrigen Tagen des Jahres Radfahrern, Läufern und anderen Freizeit-Sportlern zur Verfügung stehen würde.

Benjamin Haber, Präsident der Bürgervereinigung von New Garden Hills, ist gegen das Rennen. Er sagt: „Hier wird ein Präzedenzfall geschaffen, und der Park wird radikal verändert. Wir haben den Eindruck, daß hier eine abgestimmte Kampagne im Gange ist, uns unsere angestammten Rechte zu nehmen." Die Gegner des Rennens erklären, die Proteste gegen das Rennen seien bereits von 15 000 Bürgern unterzeichnet worden. In Nord-Queens, wo der Corona Park liegt, verteilen Bürgervereinigungen schwarze Ansteckknöpfe mit der Aufschrift „Stoppt den Grand Prix".

Während in New York noch Bürgervereinigungen und Veranstalter streiten, hat sich anderenorts längst eine Anti-Formel-1-Front gebildet. Auch bei den Veranstaltern. Gründe für einen Meinungsumschwung der Veranstalter liegen in Zuschauererwartungen, die die Formel 1 in den USA nicht erfüllen kann. „Wir wollen amerikanische Namen, dann ist es uns egal, in was für einem Rennen", war der Tenor einer Meinungsumfrage in Long Beach. Da hat das Grand-Prix-Starterfeld nicht viel zu bieten: Neuling Danny Sullivan (Tyrrell) war im Training von Long Beach Zehnter, Eddie Cheever (Renault) kam sogar nur auf Rang 16.

MEISTERFEIERN / Göttingens Basketballer besiegten Köln – Saarbrücken hängte Düsseldorf ab

„Im Altdeutschen" ein Bier für die Amerikaner

MARCUS BERG, **Göttingen**

Die Polizei in Göttingen mußte wohl am Samstag bei routinemäßigen Alkoholkontrollen nicht nur wie sonst ein Auge, sondern gleich beide zudrücken. Besonders im Altstadtrevier um die Studentenkneipe „Im Altdeutschen" herum. Hier feiern die Basketball-Spieler des ASC Göttingen gewöhnlich ihre Heimsiege in der Bundesliga. Diesmal aber war der 64:60-Erfolg über den BSC Köln mehr als ein Heimsieg. Diesmal konnte Wolfgang Welsch, der gemütliche Wirt mit Bierwampe, in seiner Kneipe die Runden für einen deutschen Meistertitel schmeißen.

Den Grundstein dafür hatten die Göttinger bereits vor einer Woche gelegt, als sie in Köln beim ersten Play-Off-Spiel um den Titel einen überraschenden 68:67-Auswärtserfolg errangen. Beim Rückspiel in der Godehard-Halle kam dann die stimmgewaltige Unterstützung von 2500 Zuschauern hinzu. Sie bekamen vor allem in der Schlußphase ein hektisches Spiel zu sehen. Nach gutem Start (20:12) verloren die Kölner mit zunehmender Spielzeit immer mehr die Übersicht.

Zwei Minuten vor dem Ende kam es dann zum Eklat. Wegen eines Fehlers bei der Zeitnahme mußte das zweite Finale für eine Viertelstunde unterbrochen werden. Weil die Kölner sich vom Zeitnehmer benachteiligt fühlten, legten sie Protest gegen die Wertung des Spiels ein.

Das tat aber der Freude bei den Göttinger Spielern und bei Wolfgang Welsch keinen Abbruch. Der Wirt, der ein väterliches Verhältnis zu den neuen Meistern hat, ist einer von vielen, die den Erfolg begründet haben. Nicht durch Freibier in seiner Kneipe, sondern durch finanzielle Beiträge. Welsch gehört zu einem 40 Mitglieder zählenden Förderkreis, der beim ASC Göttingen das darstellt, was der Kölner Kaufmann Fritz Waffenschmidt beim BSC allein ausmacht.

Dem ehemaligen Bundestrainer kam beim Gewinn seiner zweiten Meisterschaft nach 1980 allerdings der Modus zu Hilfe. (Kölns Trainer Krüsmann: „Eine ganze Saison wird durch zwei Spiele auf den Kopf gestellt".) Mit acht Punkten Vorsprung waren die Kölner nach Abschluß der Bundesliga-Endrunde dem Konkurrenten aus Göttingen enteilt. In den Play-Off-Spielen mußten dann beide Teams wieder bei Null anfangen. Hier erwies sich Schofield aber als der bessere Taktiker gegenüber dem Kölner Coach Peter Krüsmann. Auf die Minute war das Team topfit, außerdem hatte der Trainer mit einer Raumdeckung das entscheidende Rezept ausgeklügelt.

Zur Umsetzung seiner Ideen hatte Schofield dann auch die richtige Mannschaft in Göttingen parat: Talente aus den USA, dem Mutterland des Basketballs (Olinde, Peters, Dronsella, Kolodinski, Jakkel), vermischt mit Erlesenem aus deutschen Landen (Mendel, Lodders, Sowa, Frank). Die Arbeit des gebürtigen Kaliforniers profitiert auch von seinen Beziehungen in Amerika. Talente aus dem eigenen Nachwuchs schickt Schofield zur Ausbildung in die USA. Mit Lodders, Mendel, Frank und Sowa hat er bereits vier dieser Basketball-Studenten in sein Team eingebaut.

Seit zehn Jahren ist Schofield in Göttingen, zuerst als Spieler, dann als Trainer. Er hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Sportart Basketball in Göttingen den ersten Platz einnimmt.



Jubel beim deutschen Tischtennismeister ATSV Saarbrücken. Der Star, Stellan Bengtsson, wird in die Luft geworfen. Rechts die Gebrüder Josef und Georg Böhm, der deutsche Einzelmeister. FOTO: PERENYI

... *und Stellan Bengtsson flog durch die Luft*

Ihren Star, den schwedischen Ex-Weltmeister Stellan Bengtsson, trugen sie vor Freude auf Händen durch die Halle in Jülich. Und Bengtssons Saarbrücker Mannschaftskameraden Josef und Georg Böhm feierten freudig mit. Grund der ausgelassenen Stimmung war der Gewinn der deutschen Mannschaftsmeisterschaft des ATSV Saarbrücken im Tischtennis durch einen 9:7-Sieg beim Pokalgewinner TTC Jülich.

Vor den beiden letzten Bundesliga-Spieltagen führt Saarbrücken mit 31:1 Punkten uneinholbar vor Titelverteidiger PSV Düsseldorf (26:6). Als Absteiger stehen der TTC Esslingen und Kickers Stuttgart fest.

Der Gewinn der deutschen Meisterschaft soll nicht der letzte Triumph der Saarbrücker gewesen sein. „Wir haben auch im nächsten Jahr trotz Verstärkungen der Konkurrenz sehr gute Siegchancen", sagt der deutsche Einzelmeister Georg Böhm, die Nummer zwei des ATSV. Denn das Meisterteam bleibt auf allen Posten unverändert. Georg Böhm hat sogar schon für die nächsten drei Jahre unterschrieben.

Man spielt gern in Saarbrükken, denn die Kasse stimmt. 400 000 Mark beträgt der Gesamt-Etat für ein Jahr – eine Bier-Brauerei macht's möglich.

EISSCHNELLAUF

Eric Heiden übertroffen

sid, **Medeo**

Die Eisschnelläufer aus der Sowjetunion haben auf der Hochgebirgsbahn von Medeo bei Alma Ata nun auch die beiden letzten Weltrekorde des fünfmaligen amerikanischen Olympiasiegers Eric Heiden gelöscht. Igor Schelesowsky verbesserte die von Heiden seit 1980 gehaltene Bestmarke über 1500 m um mehr als eine halbe Sekunde auf 1:54,26 Minuten. Zuvor war bereits Viktor Schascherin (20) mit 1:54,37 Minuten unter dem Rekord des Amerikaners geblieben. Seinen Weltrekord im Großen Vierkampf (162,973 Punkte) verlor Heiden wenig später an Schascherin, der auf 161,550 Zähler kam.

Der Münchner Stefan Panzer verbesserte über 500 m den elf Jahre alten deutschen Rekord (38,00) von Erhard Keller auf hervorragende 37,68 Sekunden. Kurz zuvor war er in 37,97 Sekunden schon einmal unter der alten Bestmarke geblieben. Pawel Pegow schraubte über 500 m seine einen Tag zuvor aufgestellte Weltbestzeit von 36,68 auf 36,57 Sekunden. Im Sprint-Vierkampf verbesserte der 26jährige die zwei Jahre alte Weltbestleistung des Kanadiers Gaetan Boucher auf 164,955 Punkte.

Die zweite Verbesserung eines von ihr gehaltenen Weltrekordes innerhalb von 24 Stunden gelang der ehemaligen Sprint-Weltmeisterin Natalia Petrussewa über 1000 Meter. Um genau 1,5 Sekunden steigerte sie den 1000-Meter-Rekord auf 1:19,31 Minuten. Christa Rothenburger („DDR") verbesserte im Sprint-Vierkampf ihren Weltrekord auf 161,120 Punkte.

Einer Anerkennung der Weltrekorde durch die Internationale Eislauf-Union (ISU) scheint diesmal nichts im Wege zu stehen. Der Wettkampf in Medeo war zuvor beim Weltverband angemeldet.

TENNIS

Keine Chance für Hanika

sid, **New York**

„Das war wohl nichts", meinte Sylvia Hanika und zuckte ratlos mit den Schultern. Die 23jährige Münchnerin war im Halbfinale des New Yorker Turniers der weltbesten Tennisdamen gegen die amerikanische Seriensiegerin Martina Navratilova völlig chancenlos: 1:6, 1:6 in nur 55 Minuten – ein deklassierendes Ergebnis.

Keinen Augenblick lang konnte Sylvia Hanika von einer Wiederholung des letztjährigen Erfolges an gleicher Stelle träumen. Und das gleiche Bild bot sich auch im zweiten Halbfinalspiel. Die dreimalige Wimbledonsiegerin Chris Lloyd-Evert benötigte gegen die schon 39 Jahre alte Billie Jean King sogar eine Minute weniger zum 6:1, 6:1.

Die Siegerin des Endspiels erhält 80 000, die unterlegene Finalistin 45 000 der insgesamt 350 000 Dollar Preisgelder. Im Spiel um den dritten Platz zwischen Sylvia Hanika und Billie Jean King geht es um 25 000 und 20 000 Dollar.

Die 13 858 Fans im Madison Square Garden erlebten trotz der klaren Niederlage von Sylvia Hanika eine eindrucksvolle Demonstration des deutschen Damentennis'. Denn im Doppelfinale boten die zu einem absoluten Weltklassepaar herangereiften Claudia Kohde (Saarbrücken) und Eva Pfaff (Frankfurt) den augenblicklich wohl unschlagbaren Pam Shriver/Martina Navratilova beim 5:7, 2:6 lange Zeit heftigen Widerstand. „Damit dürften wir bewiesen haben, daß unser Sieg in Oakland kein Zufall war", sagte die 19jährige Claudia Kohde.

Übrigens: Für Sylvia Hanika war es die zehnte Niederlage im zwölften Aufeinandertreffen mit Martina Navratilova.

TURNEN

Erster Titel für FC Bayern

dpa, **Kehl**

Neun Jahre nach Gründung der Abteilung gelang der Riege des FC Bayern München im vierten Anlauf endlich der große Coup. Nach einem dritten (1980) und zwei zweiten Plätzen 1981 und 1982 gewann sie die Deutsche Meisterschaft im Kunstturnen.

„Bayern stellte die mit Abstand stabilste Mannschaft", lobte der deutsche Cheftrainer Philipp Fürst die Münchner, bei denen sich besonders Wolfgang Wagner, mit 56,60 Punkten Zweiter, Joachim Schneider, mit 56,25 Dritter, und Wolfgang Müller, mit 54,55 Punkten als Sechster, hervortaten. Und weil mit Bernhard Simmelbauer noch ein vierter Turner den kompletten Zehnkampf durchstand, hatten weder der TV Herbolzheim noch der TK Hannover oder die TS Bergisch Gladbach eine Chance.

Die Bayern, in diesem Jahr durch eine von Abteilungsleiter Uli Hager in Aussicht gestellte Reise nach Afrika oder Asien motiviert, übernahmen mit dem dritten Durchgang die Führung und gaben sie nicht mehr ab.

Mit beinahe professionellem Training bis zu sechs Stunden am Tag hatten die Bayern ihr großes Ziel angestrebt. Und dabei gab es in diesem Finale im Gegensatz zur Konkurrenz keinen Ausfall. 225,50 Punkte bedeutete die bisher höchste Punktzahl seit Gründung der Bundesliga im Jahre 1969.

„Schneider ist für mich die größte Überraschung und gleichzeitig der größte Gewinn, weil er sich vor Jahren aus der Nationalmannschaft schon abgemeldet hatte und plötzlich wieder voll da ist", schwärmte Fürst von dem 26jährigen, der nun zu den Europameisterschaften Ende Mai nach Varna will.

HANDBALL

Reinickendorf deklassiert

sid/dpa, **Berlin**

In der Berliner Deutschlandhalle wurde der Abstand zur absoluten Weltspitze deutlich: Die Reinickendorfer Füchse entkamen bei der 15:19 (4:9)-Niederlage gegen SL Saporosche im Halbfinale-Hinspiel zum IHF-Europacup gerade noch der totalen Demontage, nachdem sie in der 42. Minute bereits 8:16 zurückgelegen hatten. „So schlecht hat man uns zu Hause noch nie gesehen", sagte Kreisläufer Serdarusic.

Vor dem Rückspiel am Ostersonntag ist das Ausscheiden der zweiten Bundesligamannschaft gegen ein Team aus der UdSSR vorauszusetzen. Zuvor war bereits der TV Großwallstadt im Viertelfinale der Pokalsieger an SKA Minsk gescheitert.

Bereits zur Halbzeit war der Höhenflug der Berliner jäh gestoppt. Nach dem überraschenden Weiterkommen über den Favoriten Empor Rostock mußten 7000 Zuschauer mitansehen, wie der Bundesliga-Vierte streckenweise vorgeführt wurde. Nur beim 1:1 durch Ex-Nationalspieler Walter Don stand es Remis, danach zogen die athletisch und taktisch überlegenen Gäste davon.

„Unser Spielerkader ist für große Aufgaben einfach nicht stark genug", sagte der seit sechs Wochen in Berlin arbeitende Trainer Pero Janjich, „junge, ehrgeizige Leute stehen neben Spielern, die am Ende ihrer Karriere sind."

Der frühere Coach der Nationalmannschaften der Schweiz und Jugoslawiens hatte in den letzten Wochen fast nur noch etwas für die Kondition getan, vergebens.

Im Halbfinale-Hinspiel um den Europapokal der Damen unterlag Bayer Leverkusen mit 11:34 (6:20) Spartak Kiew.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Birmingham – Notts 3:0, Brighton – Aston 0:0, Everton – Arsenal 2:3, Luton – Sunderland 1:3, Manchester City – Ipswich 0:1, Norwich – West Ham 1:1, Nottingham – Southampton 1:2, Stoke – Watford 4:0, Swansea – Bromwich 2:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 71 Punkte, 2. Watford 58, 3. Manchester United 55, 4. Aston Villa 52. – Liga-Pokal, Finale Liverpool – Manchester United 2:1 (1:1, 1:1) n. V.

BOXEN

Bundesliga, 6. Wettkampftag: Eichstätt – Korbach/Gelsenkirchen 14:13, Leverkusen – Mülheim 17:10.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 19. Spieltag: Dietzenbach – Hofweier 17:23, Hüttenberg – Großwallstadt 27:19.

IHF-Pokal, Halbfinal-Hinspiel, Herren: Reinickendorf – Burewestnik Saporoschje/UdSSR 15:19. – Europapokal der Pokalsieger, Halbfinal-Hinspiel: Nis/Jugoslawien – Bukarest 26:27.

IHF-Pokal, Damen, Halbfinal-Hinspiel: Bakony Vegyesz Veszprem – Rostock 19:19. – Europapokal der Landesmeister, Damen, Halbfinal-Hinspiel: Budapest – Belgrad 26:22, Kiew – Leverkusen 34:11.

Bundesliga, Damen, 15. Spieltag: Gruppe Nord: Oldenburg – Hamburg 34:16, Engelskirchen – Jarplund-Weding 29:13, Südwest Berlin – Greven 15:9, Herzhorn – Stemmer 14:9. – Gruppe Süd: Malsch – Reinickendorf 22:15, Frankfurt – Würzburg 14:13, Lützellinden – Sindelfingen 17:11.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 16. Spieltag: Düsseldorf – Stuttgart 9:2, Reutlingen – Heusenstamm 4:9, Jülich – Saarbrükken 7:9, Bad Hamm – Altena 6:9, Esslingen – Grenzau 9:7.

KUNSTTURNEN

Bundesliga-Endkampf der Herren in Kehl: 1. München 225,50 Punkte, 2. Herbolzheim 224,0, 3. Hannover 223,20, 4. Bergisch Gladbach 217,25. – Einzelwertung: 1. Geiger (Herbolzheim) 57,20 Punkte, 2. Wagner (München) 56,50, 3. Simmelbauer (München) 56,30.

SKI NORDISCH

10 km Weltcup-Langlauf der Damen in Labrador City/Kanada: 1. Hämäläinen (Finnland) 33:57,3 Min., 2. Paulu (CSSR) 34:17,3, 3. Pettersen (Norwegen) 34:17,9, 4. Jäger (Deutschland) 34:46,0, 5. Nybraaten (Norwegen) 34:52,0. – Weltcup-Stand nach dem Abschlußrennen: 1. Hämäläinen 144 Punkte, 2. Pettersen 136, 3. Jeriova (CSSR) 126, 4. Paulu 121, 5. Jahren (Norwegen) 114, ... 17. Jäger 45. – Nationenwertung: 1. Norwegen 671, 2. UdSSR 414, 3. CSSR 390, 4. Finnland 280, 5. Schweden 105, ... 10. Deutschland 45.

Skispringen: Weltcup-Finale in Planica, vorletzte Konkurrenz auf der 70-m-Schanze: 1. Nykänen (Finnland) 262,7 (93+92), 2. Ulaga (Jugoslawien) 261,1 (92+93), 3. Hansson (Norwegen) 258,1 (95+85), 4. Tepes (Jugoslawien) 257,4 (89+92), 5. Bulau (Kanada) 256,5 (85,5+95), ... 16. Waldvogel 231,6 (84+84), ... 34. Schwarz 199,4 (79,5+74), ... 36. Klauser 195,2 (75,5+76), ... 42. Haßlberger 183,2 (75+71,5), 43. Bauer 182,9 (76,5+79,5) (alle Deutschland). – Stand im Weltcup: 1. Nykänen 277 Punkte, 2. Bulau 280, 3. Kogler 211, 4. Hansson 186, 5. Bergerud 137, ... 10. Hastings 93, ... 33. Klauser 22, ... 36. Bauer 19, ... 43. Steiert, Waldvogel je 11.

TENNIS

Damenturnier in New York, Halbfinale: Navratilova (USA) – Hanika (Deutschland) 6:1, 6:1, Lloyd-Evert – King (beide USA) 6:1, 6:1. – Doppel, Finale: Shriver/Navratilova (USA) – Kohde/Pfaff (Deutschland) 7:5, 6:2. – Grand-Prix-Turnier in Mailand (365 000 Dollar), Halbfinale: Curren (Südafrika) – Scanlon (USA) 6:4, 7:6, Lendl (CSSR) – Hooper (USA) 6:7, 7:5, 6:2. – Grand-Prix-Turnier in Nizza (75 000 Dollar), Halbfinale: Orantes – Luna (beide Spanien) 6:2, 6:2, Sundstroem (Schweden) – Martinez (Bolivien) 7:6, 6:2.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: Poetic (F. Pütz), 2. Lilienthal, 3. On Top, Toto: 140, Pl. 22, 22, 34, ZW: 684, DW: 16 420; 2. R.: 1. Agram (R. Suerland), 2. Belaja, 3. Tschaikowski, Toto: 28, Pl. 14, 18, 38, ZW: 128, DW 3804; 3. R.: 1. Moritz (P. Schiergen), 2. Aser, 3. Marsano, Toto: 132, Pl. 50, 20, 26, ZW: 924, DW: 6744; 4. R.: 1. Orpheus (P. Belau), 2. Busiris, 3. Quattro Cento, Toto: 40, Pl. 15, 12, 21, ZW: 96, DW: 660; 5. R.: 1. Solarstern (L. Mäder), 2. Olympian Emperor, 3. Flying Clipper, Toto: 40, Pl. 16, 20, 13, ZW: 240, DW: 980; 6. R.: My Love Boy (Frl. M. Blasczyk), 2. Flammensturm, 3. Cadoro, Toto: 56, Pl. 21, 26, 17, ZW: 524; DW: 2104; 7. R.: 1. Novalis (G. Bocskai), 2. Overa, 3. Martinero, Toto: 64, Pl. 20, 16, 13, ZW: 484, DW: 1812; 8. R.: 1. Vinex (D. Wildman), 2. Abu, 3. Schwarze Diva, Toto: 60, Pl. 19, 16, 28, ZW: 208, DW: 1544; 9. R.: 1. Baron (R. Ording), 2. Lazzaro, 3. Frühling, Toto: 72, Pl. 22, 42, 22, ZW: 1756, DW: 2228; 10. R.: 1. Saturn (R. Bowker), 2. Harmonica, 3. Lapresso, Toto: 56, 18, 18, ZW: 416, DW: 1448.

RINGEN

43. Deutsche Freistil-Meisterschaften in Schriesheim, die Meister: bis 48 kg: Heugabel (Goldbach); bis 52 kg: Niebler (Viernheim); bis 57 kg: Partsch (Aalen); bis 62: Huber (Witten); bis 68: Knosp (Reilingen); bis 74: Knosp; bis 82: Otto (Walheim); bis 90: Cichon (Freiburg-St. Georgen); bis 100: Liebgott (Reilingen); über 100: Knodel (Wiesental).

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 7, 11, 26, 27, 42, Zusatzzahl: 19. – Spiel 77: 9 4 8 7 5 5 1. – **Rennquintett:** Pferdetoto: 12, 8, 14; – Pferdelotto: 2, 8, 12, 17. (Ohne Gewähr)

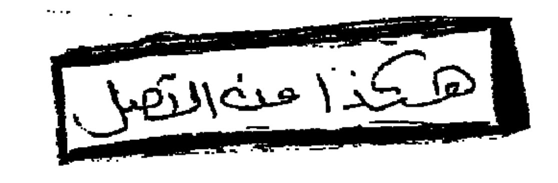
*

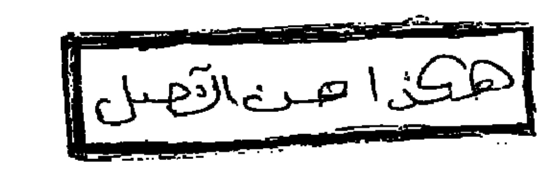
Steinherr wurde Meister

Wiesbaden (sid) – Nachfolger des zurückgetretenen Frank Wissenbach (Berlin) als Deutschem Meister der Berufsboxer im Mittelgewicht wurde Georg Steinherr (München). Nach fast dreijähriger Ringpause bezwang Steinherr in Wiesbaden den Dürener Horst Schule durch K. o. in der zweiten Runde.

Ligacup für Liverpool

London (sid) – Der englische Fußball-Rekordmeister FC Liverpool gewann durch ein 2:1 nach Verlängerung im Finale gegen Manchester United zum dritten Mal hintereinander den Ligacup.





Pankraz, Rabbi K. und der Bus im Abgrund

Für die Karwoche haben New Yorks Schaufensterdekorateure die großen Buchläden an der Fifth Avenue noch einmal üppig mit einem der durchschlagendsten Bestseller der laufenden Saison geschmückt: mit Harold S. Kushners „When bad things happen to good people". Das Buch rangiert auf den Verkaufslisten weit vor den üblicherweise führenden Softpornos und Politthrillern, obwohl es ein gar nicht ganz leicht zu lesender theologisch-philosophischer Essay ist. Beobachter des Buchmarkts sprechen von einer „seriösen Sensation".

Aber die Frage, was eigentlich passiert, wenn die bösesten Dinge ausgerechnet den besten Leuten passieren, interessiert eben viele Menschen. Ein Großfeuer in einer Discothek vernichtet das Leben von Hunderten von lebenslustigen, unschuldigen Kindern, die in den Flammen grausam geröstet werden. Ein Omnibus mit einer Ladung harmloser, gütiger Nonnen, die von einer Wallfahrt kommt, gerät ins Rutschen, stürzt den Abhang hinunter und begräbt seine Passagiere unter sich. „Warum läßt Gott so etwas zu?" fragt sich da jeder, der sich noch einen Funken Gerechtigkeit und religiöses Gefühl bewahrt hat. „Wie kann Gott so grausam sein? Ist er nicht allmächtig? Hat er es nicht in der Hand, die Seinen zu behüten und sie vor dem Schlimmsten zu bewahren?"

Kushner erzählt seinen eigenen Fall, den Fall seines Sohnes Aaron, eines reizenden, aufgeweckten Knaben, der in frühester Jugend an Progeria erkrankte, an „rapid aging", der „rapiden Vergreisung". Von Progeria befallene Kinder durchlaufen die Spanne eines normalen menschlichen Lebens innerhalb weniger Jahre. Mit sechs Jahren fallen ihnen die Zähne aus, mit acht die Haare. Wenn andere gerade aufblühen, zerfallen sie schon, und mit dreizehn, vierzehn müssen sie unweigerlich sterben. So geschah es auch dem kleinen Aaron, und Kushner fragt sich verzweifelt: Warum?

Mit der Sprachgewalt eines alttestamentarischen Hiob schildert er Aarons Passion, den stoischen, erschütternden Charme, mit dem der Junge sein Schicksal ertrug. Und wie Hiob rechtet Kushner zunächst einmal mit Gott. Er weist es von sich, daß Aaron oder seine Eltern durch die Progeria etwa „bestraft" werden mußten, denn er ist sich keiner Schuld bewußt. Er durcheilt die heiligen, kanonischen Schriften, um eine Erklärung zu finden, natürlich vor allem das hier so zuständige Buch Hiob, und da stößt er auf die Stelle, da Gott „im Wetter" erscheint und selbst zu Hiob zu sprechen beginnt (Hiob 38/4ff.): „Wo warest du denn, da ich die Erde gründete? sage mir's, bist du so klug? Weißest du, wer ihr das Maß gesetzt hat? oder wer über sie eine Richtschnur gezogen hat?" usw.

Kushner, tief betroffen von seiner Lektüre, deutet die Sätze nicht, wie üblich, als Verlautbarung der unerschütterlichen Gottesmajestät, sondern ganz im Gegenteil als Ausfluß der mitleidenden Bitterkeit Gottes. Gott, so Kushner, ist gütig und fair, doch er ist insofern nicht allmächtig, als er das Böse und den Zufall in die Welt lassen mußte; seitdem kämpft er an unserer Seite gegen das Unrecht, und es gibt in diesem Kampf Siege und Niederlagen – Niederlagen, die wir also nicht naiv auf Gottes Konto ziehen können, weil er selbst sie nicht zulassen wollte. In Kushners Sicht verliert Gott einiges vom Glanz seiner Allmacht, aber er gewinnt dabei um so mehr an mitmenschlicher Solidarität.

Harold S. Kushner ist ein junger jüdischer Geistlicher aus Natick in Massachusetts, und viele seiner rabbinischen Kollegen sind gar nicht einverstanden mit seinem Buch. Es ist darüber schon eine interessante Diskussion entstanden. Die Orthodoxen werfen Kushner christliche und zarathustrische Abweichungen und „naive Volksreligion" vor. Er räume dem außermenschlichen, objektiven Bösen eine viel zu große Rolle ein und untergrabe so die Furcht und Ehrfurcht des Menschen vor Gott. Wie könne man noch an Gott glauben, wenn schon ein simpler Zufall, ein verhobenes Gen oder eine rutschige Fahrbahn genüge, um seinen Willen zu durchkreuzen.

Pankraz freilich – seine Leser werden es schon geahnt haben – ist eindeutig für Kushner und gegen die Orthodoxen. Wenn er dem jungen Rabbi etwas vorwirft, so höchstens, daß er in seinen Folgerungen nicht weit genug gegangen ist. Ja, Gott mußte den Zufall und das Böse in die Welt lassen, damit das große Spiel überhaupt in Gang kommen konnte, damit sich die Dimension des Guten und der fälligen Erlösung erst einmal voll ins Licht setzen konnte. Aber dieser „Urzufall" (Schelling), der Gott selbst betrifft und der viel, viel schauerlicher ist als der menschliche Sündenfall, führt Gott nicht nur solidarisch an die Seite der Menschen im Kampf gegen das Böse, sondern er treibt ihn unwiderstehlich zur Wiedergutmachung, zum Selbstopfer, das er stellvertretend für alle Leidenden leistet.

Das ist der Sinn der Zerstückelung von Osiris in der Religion der Ägypter und das ist der Sinn des Karfreitagsgeschehens im Christentum. Gott opfert sich – „für uns alle", heißt es, doch in erster Linie bedeutet das: Er opfert sich für alle, die unschuldig leiden müssen, für den rapide alternden und sterbenden Aaron Kushner und für die brennenden Kinder in der Discothek und für die Nonnen im abstürzenden Bus. Mit Blut wird der Pakt, der mit den Menschen geschlossen ist, besiegelt; es kann kein triftigeres Zeichen der Verbundenheit und der Aufrichtigkeit geben.

Nur aus der Finsternis und absoluten Verlorenheit des Karfreitags kann Hoffnung wachsen, die einigermaßen glaubwürdig ist, und das ist unser einziger Trost, „when bad things happen to good people". Doch es ist wirklich ein Trost.

Pankraz

„Literarischer März" in Darmstadt: Junge Lyriker erhielten Förderpreise

Viel Poesiepillen fürs Gemüt

Deutschland im März. Da fährt man also nach Darmstadt, um dem März nahe zu sein – und der Lyrik. Denn für Deutschlands Jungpoeten ist Darmstadt eine ersehnte Adresse. Sie schreiben sich die Finger wund, um dabeizusein. Nicht bei der Vergabe des Georg-Büchner-Preises; der ist für die arrivierten Kollegen, aber bei der Vergabe des Leonce- und Lena-Preises, der alle zwei Jahre im Rahmen des „Literarischen März" dem besten deutschen Junglyriker überreicht werden soll.

Der Ansporn ist groß, denn der Speck ist fett. Mit 12 000 DM ist der Preis reichlich ausstaffiert. Aber auch die beiden Förderpreise zu je 6000 DM schaffen Begehrlichkeiten. So meldeten sich 1412 Bewerber zu Wort. Das Limit lag bei zwölf Gedichten pro Absender, macht 17 000.

Das Lektoren-Trio, bestehend aus den Schriftstellern Fritz Deppert, Hanne F. Juritz und Karl Krolow, hatte zu sichten. Im Schichtwechsel, die Augen auf dem Typoskript und die Hand am Papierkorb. Aber schließlich war der Berg abgetragen. 1399 erhielten einen formschönen Vordruck, 13 eine Einladung zum Endkampf.

Auf diese dreizehn nun richtete sich die Hoffnung der Schreibnation, auch wenn ihre Namen kaum geläufig sein dürften. Aber das war so ausgemacht. Denn teilnahmeberechtigt war nur, wer noch keinen der bekannten Literaturpreise erhalten und noch keinen Lyrikband in einem größeren Verlag veröffentlicht hatte. Talentschmiede also.

Ausgemacht war auch, daß sich die 13 Endkämpfer in einer öffentlichen Lesung dem Publikum in Darmstadt zu stellen hätten. Man lauschte achtsam, ohne zu mukken. Man murrte auch keineswegs, als Manfred Hausin folgende fidele Verslein vortrug: „in den osterferien / wollte gretel mit mir / nach griechenland / aber ich / fuhr wegen hanni nicht mit." In den nachfolgenden Strophen kommen dann noch Sabine, Lena und Freda dran. Am Ende wollte er dann selbst mit Hanni, aber die ging mit Jürgen.

Solch heitere Heimtücke ist natürlich nichts für Darmstadt, sondern, wenn überhaupt, etwas für den Grand Prix d'Eurovision. Die machen bekanntlich noch aus dem geringsten Text einen goldenen Ohrwurm. Hausin (und nicht nur er) hat den 1975 tödlich verunglückten Rolf Dieter Brinkmann („Ich hätte gern viele Gedichte so einfach geschrieben wie Songs") zu sehr beim Wort genommen.

Mißverstanden haben ihn auch die, die in der Nachfolge der Brinkmann-Nachfolger die authentische und antiartifizielle Wirklichkeitsbeschreibung zu bloßen Abziehbildern eines Allerweltsalltags herabgewirtschaftet haben. Natürlich kann man die Wohnung tapezieren, Bier trinken, Pommes frites vertilgen. Das sind selbstverständliche Abläufe. Ganz und gar nicht selbstverständlich ist es, wenn all dies in die Zeilen geknallt und das Ganze als Gedicht ausgegeben wird.

Die Gedichtbegeisterung der jungen Generation ist enorm. Enorm ist aber auch der Anteil der Pillendreher, die ihre Salmiakpastillen für die lyrischen Hausapotheken anpreisen, der Anteil der Maulhelden, die nach dem Gewand des Poeta laureatus schnappen. Es genügt eben nicht, dem Ding bloß das Wort zu geben, weil man es schließlich benennen muß, und die Moral gleich hinterdrein zu schikken, damit man's auch merkt. Dann blieben, um mit der Bachmann zu sprechen, „nur noch die Phrasen im Mund, die die anderen auch haben".

Nein, das Wort selbst ist ein Ding, ein Ding mit produktiven, assoziativen oder, wenn man will, zaubrischen Kräften. Rainer René Müller zum Beispiel geht mit dem Wortmaterial um wie mit Billardkugeln. Die stoßen aufeinander, rollen weg: „ich leg mich an dich. Du / springst, wir schneiden / ein ins Eis: / Morgenblau und weg." Was auffällt, ist, daß sich die Abstinenz der letzten Zeit gegenüber dem politischen Gedicht fortsetzt. Restbestände politischer Akklamationen sind zusammengekehrt in der beiläufigen Nennung von Hausbesetzungen (Inge Krupp). Ansonsten herrscht stille bis rabiate Empfindlichkeit vor, die sich formal in Reimen, mehr aber noch in wilden Enjambements artikuliert.

Mit substantivischer Blechmusik und prädikativem Schalmeiengeblase pendeln die Themen zwischen Sehnsucht, Angst, Liebe, Selbstverwirklichung, Einsamkeit, Reiseverlangen, Welt und Ich (kleine Welt – großes Ich). Alltag (als Nötigung), Idyll (als Hoffnung), Märchen (als Ersatz), also ein bißchen Wärme und ein bißchen Kälte, das sind die wahrlich nicht umwerfenden Bewegungen auf dem Konto der lyrischen Guthaben.

Gelegentlich, daß wetterwendische Luftverknappungen auftreten: „rette dich oder schrei" (Gerhard Bolaender) oder eine ungemütliche Surrealität aufblitzt: „längst hat man hinter / den Fassaden die Häuser abgekratzt" (Ulrich Johannes Beil). Ruinös auch das Trostgebäude für Wolf-Dieter Eigner, der nicht weiß, „ob es noch ausreicht / für einen / kopflosen tag".

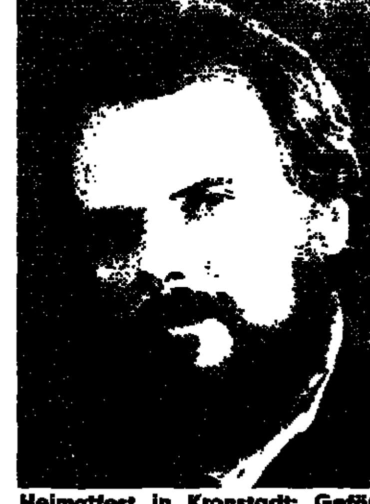
Empfindlich für einen ganz anderen Sachverhalt ist Ulrich Schacht: die Teilung Deutschlands (1976 wurde er aus „DDR"-Haft in die Bundesrepublik abgeschoben). Er beschreibt Landschaften, aber er meint den Riß, der durch sie hindurchgeht. Und wenn die Landschaft auseinanderklafft, wohin dann mit dem Menschen, „Ich / steh, mit blutigen / Füßen, und steh / Gegen / über."

So heimatfest, wie sich der im siebenbürgischen Kronstadt geborene Klaus Hensel zeigt (er beschreibt einen auf krachende Weise bäurischen „Festschmaus", aber er verschweigt auch nicht, daß die Bilder der Erinnerung brüchig geworden sind), so grenzenlos zwischen den Welten bewegt sich der ebenfalls in Rumänien geborene und an Celans Bilder und Stimmen erinnernde Werner Söllner: „Nachts ist die Luft ein schwarzer Würfel", heißt es im „Kleinen Requiem".

Weitaus handfester kommt Anna Rheinsberg daher. Auf verletzliche Weise trotzig, rotzig und giftig und doch voller Herz schüttet sie Hohn, Scham, Ärger und Trauer aus über die, die sich am Leben vorbeimogeln und noch mehr am Tod: „Ja, glaubt ihr denn ein Recht / zu haben euch aus der Welt zu / schleichen in Liebe ergeben / Morphium und Cocain den / Kopf voll Speed und hungrigen / Gedichten man kotzt noch / zärtlich bevor man abtritt / glaubt ihr und denkt, der Tod / käme freundlich daher."

Anna Rheinsberg ist eine Lyrikerin, die einen Preis verdient hätte, mindestens einen der vier Fördergaben. Denn erstmals hat man sich für keinen 1. Preis entschieden, statt dessen für vier Förderpreise, und zwar für Eigner, Hensel, Kloos und Müller. Als ob Lyrik, wie alle Kunst, mehrheitsfähig wäre. Sie ist es nicht. Sie war es auch damals nicht, 1836, als Büchner sich an einem Wettbewerb um „das beste deutsche Lustspiel" beteiligte. Er ging leer aus; sein Manuskript traf zwei Tage zu spät ein. Aber selbst wenn es fristgerecht angekommen wäre, hätte er nicht gewonnen; das bezeugt das Niveau der Konkurrenten. Übrigens hieß Büchners Beitrag „Leonce und Lena".

WOLFGANG MINATY



Heimatfest in Kronstadt: Geförderter Klaus Hensel



Wie beim Grand Prix d'Eurovision: Geförderte Barbara Maria Kloos



Worte als Billardkugeln: Geförderter Rainer René Müller

FOTOS: DIE WELT

Deutsche Erstaufführung: „Der neue Prozeß" von Peter Weiss an der Berliner Freien Volksbühne

Wenn man Franz Kafka mit Marx erhellen will

Peter Weissens Grundeinfall war falsch und irrig. Kafkas „Prozeß" stellt den Menschen in Angst und Verfolgung aus. Wer oder was diese Angst, die tiefe menschliche Bedrängnis auslöst, ließ Kafka offen. Die Urheber und die Ursache des fatalen Verfolgtseins sind immer nur zu vermuten, sind vieldeutig. Eine Adresse des Unheils gibt es nicht. Aber das Unheil ist immer präsent. Bei Kafka blieb es namenlos. Deshalb wirkte es so allumfassend, so beängstigend, so entsetzlich vieldeutig und fatal.

Peter Weiss glaubte die Adresse der totalen Verängstigung genau zu kennen. Er zeigt mit dem Finger deutlich auf die Verursacher. Er zeigt auf die anonymen, aber belegbar schrecklichen „Multis", auf die wirtschaftlichen Unterdrücker, die, gemeinsam mit dem Militär und den weltlichen Machthabern, nur auf Krieg sinnen, auf Ausbeutung der radikalsten Art, auf Lug und Trug und Verderben. Weiss enttarnt die Übeltäter. Kafka ließ die Herkunft des Verderbens im dunkeln. Kafka blieb angstvoll verschwiegen. Weiss weiß auf marxistische Weise Bescheid. Kafka war ein genialer Beunruhiger und bleibt es. Peter Weiss' „Neue Prozeß" ist auf traurige Weise eindeutig und gedanklich leer. Das ist der schreckliche Irrtum und Unterschied.

Der deutsche wichtige Dichter starb letztes Jahr in Schweden. Er hat selber, zusammen mit seiner Frau und Bühnenhelferin, die schwedische Premiere noch geleitet. Es wurde dort nur ein durch Achtung gemilderter Flop. Die deutsche Erstaufführung, jetzt in der Berliner Volksbühne (in Kooperation mit dem Ensemble des „Theaters an der Ruhr" Mülheim) erweist sich neuerlich als ein Schlag ins Wasser. Die Vorlage ist theatralisch unbrauchbar. Kafka wird, sozusagen mit der Kerze des Marxismus, entdunkelt, wird billig aufgehellt. Das Rätsel ist raus. Weiss irrt schrecklich.

Man wohnt einer mühsamen, oft ärgerlichen, dann wieder rührenden, meist aber langweilenden Bemühung bei. Roberto Ciulli, der tapfere Leiter der Mülheimer Truppe, tut inszenatorisch so, als wäre hier Kafka noch Kafka. Er munkelt szenisch. Er läßt den kleinen Angestellten, Josef K., in einem verwerflichen Multikonzern aufsteigen. Die kalten Männer der totalen Wirtschaftsmacht wollen sich eines sozusagen „reinen" Geschöpfes für ihre dunklen Geschäfte bedienen. Sie brauchen einen Strohmann. Sie machen ihn dazu. Als sie ihn mißbraucht haben, lassen sie ihn morden. Macht und Scheußlichkeit der Konzernherren sind grenzenlos. Man sollte sich endlich ihrer erwehren.

Im Text gibt es noch Gegenwehr. Die hat der Regisseur ausgelassen und gestrichen. Dadurch wird das leere Lehrspiel zusätzlich eindeutig und beteiligungslos. Ciulli munkelt ausführlich im falschen Dunkel. Er untermalt ständig mit triefender Musik die schlimmen Bilder. Er läßt sich inszenatorisch alle alten Tricks der Geheimnistuerei auf der Bühne gefallen. Auf die dunkle Szene fällt immer wieder schreckliches Licht aus plötzlich geöffneten Türen.

Die Übeltäter der Macht treten auf in kalten Neonräumen. Sie trinken Champagner. Sie entledigen sich (warum eigentlich?) männerorgienhaft ihrer Kleidung total. Sie turnen ihre Sätze, choreographisch angeordnet auf einer gigantischen Leiter, wie die dummen Auguste im Zirkus. Mühsam wird immer wieder geunkt, wo Peter Weiss selber doch, glaubte er, die Schuldigen längst gefunden und deutlich macht hatte. Lauter Larifari im Leerlauf.

Kein gutes Stück, wahrhaftig. Aber auch keine gute, weil so dringend irrige Aufführung, immer auf so enervierende Weise falsch und verspielt, so billig effekthaschend und so töricht mißverstehend. Die Aufnahme der verfehlten Sache war immerhin freundlich. Man wollte wohl das Andenken an einen der wichtigsten Schreiber deutscher Sprache nicht beschädigen. Man hätte ihn sicher mehr geehrt, hätte man die wichtigtuerischen Finger von dem ganz falschen „Neuen Prozeß" gelassen.

Armer Peter Weiss! Armer Kafka! Arme Volksbühne!

FRIEDRICH LUFT

Unter anderem auch Bizet – P. Brooks mit seiner „Carmen" in Hamburg

Auf leerer Bühne grinst der Tod

Die Ouvertüre entfällt. Mit derlei überflüssigen Präliminarien hält sich Peter Brook bei seiner „Carmen"-Bearbeitung nicht auf. Ein einsames Bratschen-Solo beginnt die Kartenarie – das programmierte Schicksal nimmt seinen Lauf ohne ankündigende, warnende Ausrufezeichen einer Exposition, folkloristische Kontrastmittel sind unnützer Ballast: Vom ersten Takt an grinst der Tod unverschämt von der leeren Bühne.

Das also ist sie, Peter Brooks „La Tragédie de Carmen", zwei Jahre lang mit sensationellem Erfolg in den Pariser „Bouffes du Nord" gezeigt und nun zwei Wochen lang in Hamburg im Malersaal des Deutschen Schauspielhauses im Ausweichquartier der Kampnagel-Fabrik zu sehen und zu bestaunen.

Der Notbehelf als Idealfall, die trostlos nackte Fabrikruine als die Phantasie beflügelndes Medium. Brooks Traum, die theatralische Herausforderung durch das Nichts vier gähnender, unverputzter Wände, das sein Alles ist und einer nackten Ebene dazu, die er Bühne nennt – hier wird er Wirklichkeit, hier kann sich Theater ereignen.

Keine Oper, nur „nach Bizet, Merimée, Halevy und Meilhac, bearbeitet von Marius Constant, Jean-Claude Carrière und Peter Brook." Ein Skelett also? Mitnichten, eher eine Essenz. Denn Fleisch und Muskeln sind geblieben, vom Herzen ganz zu schweigen. Befreit ist die Aktion von jeder opulenten Gefühligkeit, wie sie Opernfreunde wohlig erschauern lassen.

Kein farbenprächtiges Sevilla, kein laszives Treiben in Lillas Pastias verruchter Schenke, keine wilden Schluchten mit Schmugglern samt Ware. Die Zigeuner haben die Liebe nicht gepachtet, ein Torero kann ein armer Hund sein und das Leben eine ziemlich belämmerte Sache, in der die paar Streicheleinheiten seine mörderische Kausalität nur unterstreichen.

Carmen als Elementarereignis, wie es in solcher Schärfe noch nicht belichtet wurde. Lulu, das wilde, schöne Tier und Salome in einer Person, fatales Geschöpf, das dem Gesetz folgt, nach dem es angetreten. Ihre Unschuld setzt das Teufelsrad in Bewegung. Unaufhaltsam rollt es zielgerichtet ins tödliche Finale, reißt alles um sich herum mit sich, den tumben José, Escamillo, kein As seiner Zunft, Garcia, ihren Ehemann und sie selbst.

Brook hat die Handlung – sie dauert in seiner Version nur etwa 80 Minuten, pausenlos durchgespielt – mit schier unglaublicher Präzision und dazu grenzenloser Freiheit inszeniert. In der Premiere war Zahava Gal Carmen (zwei Kolleginnen wechseln mit ihr ab, wie drei Josés, drei Escamillos und zwei Micaelas verfügbar sind). Sie spielte das Kindweib mit genauester Leidenschaft, so cool wie hingegeben an die Sache. Dieselben Qualitäten zeigten Veronique Dietschy (Micaela), Howard Hensel (José), Carl-Johan Falkman (Escamillo), Jean-Paul Denizon (Zuniga) und der phantastische Alain Maratrat, dessen Lillas Pastia, Kuppler und Drahtzieher großen Formats, zum komödiantischen Zentrum der Aufführung wurde.

Nichts wird ohne Preis erkauft, Bizets Genie hier unter Wert gehandelt. Das Kammerspiel auf der Bühne soll von Kammermusik unterstützt werden. Marius Constant hat die Partitur geschickt komprimiert und eine Instrumentation für 15 Musiker geschrieben, raffiniert arrangiert, Nahtstellen glänzend mit dem Schmieröl des eigenen, erfahrenen Könnens versehen. Aber die rüden, vitalen Energien, die Bizet auf und zwischen die Notenlinien schrieb, gehen dabei verloren. Und der zündende Funke der Original-Ouvertüre wird denn doch gebraucht. Bereitet sich Escamillo auf seinen Auftritt vor, wird sie vom Band eingespielt: Ein wenig blechern setzt sie eindrucksvoll das Kunstprodukt aus zweiter Hand außer Kraft.

Gesungen wird – nun ja, sagen wir: ansehnlich. Aber Stimmband-Protzen sind in dieser rechtens stürmisch umjubelten Inszenierung eh nicht gefragt.

HANS OTTO SPINGEL



Verhängnisvolle Unschuld: Micaela (V. Dietschy) und Don José in Peter Brooks „Carmen"

FOTO: NICOLAS TREATT

JOURNAL

Kritik an Texten der Rockbands in der „DDR"

AFP, Berlin

Anstoß an „vulgären" Texten einiger Rockbands in der „DDR" hat die Ostberliner Kulturzeitschrift „Sonntag" genommen. Manche Textautoren seien offenbar der Meinung, „je vulgärer, desto origineller und volkstümlicher". Generell wird ein Trend weg von poetischen, verschlüsselten Aussagen hin zu einer direkten Beschreibung der Wirklichkeit registriert. Der „sterbende Schwan" sei tatsächlich tot. Man beschäftige sich zunehmend mit den Sorgen und Freuden des Alltags. Dabei falle es den Autoren „nicht immer leicht, ihre Umwelt zu verstehen". Positiv bewertete die Zeitung, daß sich die „DDR"-Rockbands allmählich von „komplizierten Toncollagen und auch technischer Gigantomanie" abwenden und sich wieder darauf besinnen, Tanzmusik zu machen.

Zwei deutsche Chöre singen in Israel

I. Br. Tel Aviv

In Israel gastieren gegenwärtig zwei deutsche Chöre: die Kantorei Steglitz aus West-Berlin mit 70 und die Gächinger Kantorei aus Stuttgart mit 90 Chormitgliedern. Die Kantorei Steglitz gastiert in Haifa, Tel Aviv und Jerusalem. In den gleichen Städten sind für die Gächinger Kantorei Auftritte mit Werken von Dvorak, Schubert, Strawinsky und Mendelssohn vorgesehen. Der Chor wird im Rahmen des „Philoclassica"-Programms des Israel Philharmonic Orchestra ein A-capella-Konzert mit Werken von Bach, Brahms, Lechner und Schütz geben.

Osterfestspiele in Salzburg begannen

gtl. Salzburg

Mit Wagners „Der fliegende Holländer" wurden unter Herbert von Karajans Leitung die Salzburger Osterfestspiele eröffnet, die den Dirigenten die neun Tage bis zu seinem 75. Geburtstag Abend für Abend am Pult sehen. Das inzwischen bekanntgegebene Programm für die Osterfestspiele 1984 sieht zwei Aufführungen von Richard Wagners „Lohengrin" und zwei der Neunten Sinfonie Beethovens vor. Außerdem wird Karajan Werke von Mozart, Brahms, Tschaikowsky und Richard Strauss dirigieren.

Der Spielplan des neuen Münchner Volkstheaters

RMB, München

Mit „Glaube und Heimat" des Tirolers Karl Schönherr (Regie: Ruth Drexel) wird das neue Münchner Volkstheater im Spätherbst eröffnet. Intendant Jörg-Dieter Hass gab jetzt seine Spielpläne bekannt. Weitere Premieren sind: Kleists „Der zerbrochene Krug" ins Bayrische übertragen von Leopold Ahlsen; (Regie: Wolfgang Gropper); Martin Sperrs „Jagdszenen aus Niederbayern" (Regie: Harald Clemen); Peter Preses/Ulrich Becher „Der Bockerer" (inszeniert und gespielt von Otto Schenk); Karl Wittlingers „Der Hotzeblitz" oder Marcel Pagnols „Zum Goldenen Anker" und eine Übernahme von den Tiroler Volksschauspielen in Innsbruck. In der zweiten Spielzeit 84/85 kommen Stücke von Anzengruber („Das 4. Gebot", Regie: Heising) und Schönherr („Frau Suitner", Regie: Drexel) auf den Spielplan.

Neustadt stellt Maler der Leipziger Schule vor

DW. Neustadt

„Vier Maler aus der DDR" stellt der Kunstverein Neustadt an der Weinstraße in der Villa Böhm vor. Ausgestellt sind insgesamt 37 Gemälde von Ulrich Hachulla, Uwe Pfeifer, Arno Rink und Volker Stelzmann, die alle der „Leipziger Schule" zuzurechnen sind. Der Kunstverein versteht diese Auswahl als Gegenpol zu seinem sonstigen Programm, das den Künstlern der Region gewidmet ist. Die Ausstellung ist bis zum 17. April geöffnet, der Katalog kostet 10 Mark.

Milan Sládek erhält Einladung nach Japan

DW. Köln

Milan Sládek, der vor kurzem mit dem Ensemble seines Kölner Pantomimentheaters Kefka von einer Hongkong- und Japan-Tournee zurückgekehrt ist, hat von der Japan-Foundation ein Stipendium zum Studium des klassischen und modernen Theaters erhalten. Sládek erwartet von dieser Reise wesentliche Anregungen für seine Theaterarbeit.

„Der bunte Hund" mit verändertem Rezept

DW. Weinheim

Äußerlich ist er noch immer derselbe, aber im Innern hat er sich grundlegend gewandelt: „Der bunte Hund". Die Zeitschrift des Beltz & Gelberg Verlages in Weinheim, von der Nr. 4 gerade erschienen ist, will nicht mehr – wie in den ersten drei Ausgaben – ein „Magazin der Kinderliteratur" sein, sondern ein Bildermagazin für Kinder mit Bildergeschichten, Cartoons, Comics, kurzen Erzählungen und einem kleinen Roman. Als Motto wurde gewählt: „Für Kinder in den besten Jahren". Die Kinder sollen stärker als bisher animiert werden, selbst Beiträge für die Zeitschrift zu liefern. Das Heft mit 64 Seiten Umfang erscheint dreimal jährlich (März, Juni, Oktober) und kostet 7,50 Mark. Es wird nur über den Buchhandel vertrieben.

hternbusch-Film

in Gespenst upft Bier n Tresen

haben wir den Salat. Nachem Herbert Achternbusch in dem Film „Der junge ch" schon als Papst figurierte, er in seinem neuen Film „Das penst" als der Heiland höchstinlich auf. Aber sieht man von Pietätlosigkeiten und Derbheien den ersten Einstellungen ab, t dem bayerischen Sonderling ernbusch eher ein Film von rgewöhnlichem Rang gelun-

t seinen spillerigen Papierlok- die sich traurig aus einer mihaube mit Dornenrand herüälen, hängt er, wieder Hauptteller und Regisseur in einem, ein Karnevalsgespenst an sei- Holzkreuz in der Eingangshalnes bayerischen Nonnenklo- Geduldig hört er sich Klageologe der Mutter Oberin an, on ihm in christlicher Demut on ihrem „Bräutigam" spricht. der Achternbusch-Herrgott nt das natürlich ganz wörtlich, andelt sich flugs in eine ange, kriecht ins Bett der in, und als die nach ihrem n Schrecken die Bettdecke zweiten Mal zurückschlägt, er da, ihr Erlöser: Herbert ernbusch.

s Vertrackte an Achternhs Filmen ist das spielerische neinander von schnoddrig en Witzeleien und bitterem t. Zusammengehalten wird widersprüchliche und auseinrstrebende Material durch ei- groteske Dramaturgie: Ein spiel, eine Silbenverdrehung die Handlung plötzlich in unmfer Richtung vorantreiben, rend Logik und kausales Dengrundsätzlich zu nichts führen r der Kalauer bewegt Achternhs (Film-)Welt, die Vernunft außer Kraft gesetzt. Im „Geist" geht das so: Kaum an der e der Oberin, legt sich der vom Kreuz gestiegene Kloster-Christus den Titel „Ober" zu, und schon in der nächsten Einstellung sieht man ihn in einem Kellerloch hinterm Tresen Bier zapfen und Korn ausschenken.

Die alten Sinnbilder und Zeichen haben hier keine Bedeutung mehr, alles kann sich in Sekundenschnelle in sein genaues Gegenteil verkehren. So verwandelt sich Achternbusch mehrfach vom Erlöser in den Versucher, in die Schlange. Wenn die Mutter Oberin in der Schlußsequenz gar die Gestalt eines Greifvogels annimmt und sich mit einer Schlange in den Fängen in die Lüfte erhebt, dann hat der Symbolwirrwarr seinen Höhepunkt erreicht. „Alles ist möglich", hatte kurz zuvor jemand gesagt, „alles ist möglich, nur die Liebe nicht."

JENS FREDERIKSEN



Hauptdarsteller und Regisseur: Achternbusch in seinem Film „Das Gespenst"

FOTO: FILMWELT

Die Zeitenwende begann in Braubach im März '83

Erstmals erfaßt der Umweltschutz die alte Blei-Stadt

EBERHARD NITSCHKE, Braubach

Nachdem sie eigentlich recht gesund über 1300 Jahre ihrer urkundlich verbürgten Geschichte gekommen sind, haben die Einwohner des idyllischen Städtchens Braubach am Rhein, über dem die Marksburg thront, erst wegen des Bundes-Emissionsschutz-Gesetzes erfahren, wie gefährlich diese Vergangenheit für sie gewesen ist. Ihre „Bleihütte", seit endlosen Zeiten Quelle bescheidenen Wohlstandes, kommt jetzt – März '83 – sozusagen in eine fugendichte Kiste – ein Datum von Bedeutung für die Ortshistorie und für den Umweltschutz.

Von Umweltschutz war keine Rede, während nacheinander durch die Jahrhunderte Stadt und Burg den Herren von Epstein, den Grafen von Katzenelnbogen, den Hessen, den Nassauern oder den Preußen gehört. Eins blieb: Hinter den Häusern wurde tief im Berg weiter nach Blei und Silber gegraben. Und seit hundert Jahren gab es hier Bleiverhüttung und Bleiaufbereitung. Sie hörte erst 1977 auf, als die traditionsreiche „Blei- und Silberhütte Braubach" dazu überging, nur noch aus alten Auto-Batterien das Blei zurückzugewinnen – freilich aus Zehntausenden.

Millionen Rheintouristen kennen von diesem miniindustriellen Hintergrund nur die drei mächtigen Schlote, die auf einem Höhenrücken hinter dem Rhein-Panorama der Marksburg emporragen und hier seit Menschengedenken die Landschaft verschandeln.

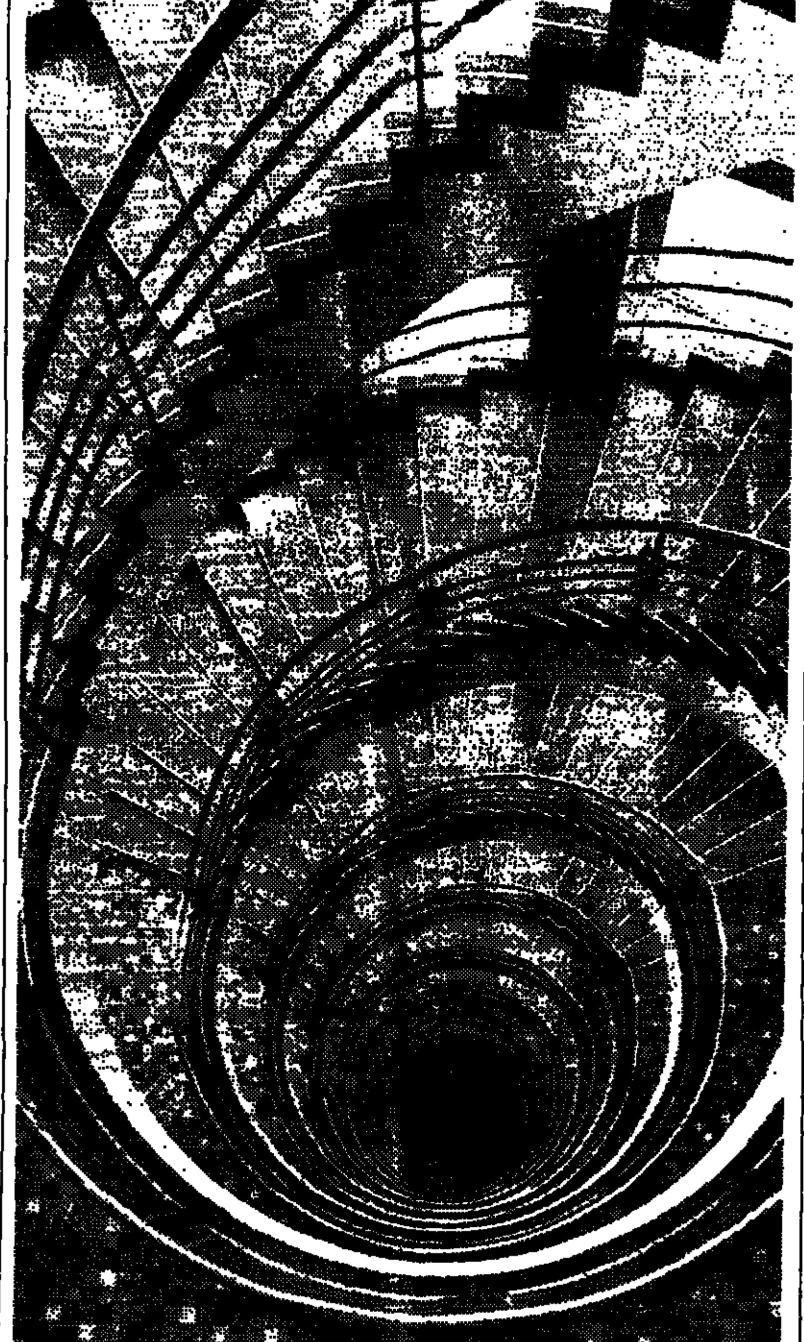
Die beiden ältesten Schlote wurden, wie den eingemauerten Jahreszahlen zu entnehmen ist, 1888 und 1898 erbaut. Die Rauchkanäle laufen von der Silberhütte aus dem Tal den Berg hinauf, der aus gutem Grund hier ohne Weg und Steg ist. „Wegen der damit verbundenen Lebensgefahr" hat schon eine einst vorhandene „Polizei-Verwaltung" das Betreten der Rauchkanäle verboten. Hier wurden hundert Jahre lang nie kontrollierte Schwaden abgelassen. Immerhin arbeiteten um 1912 noch rund 1000 Leute auf der Hütte. Heute sind es noch an die 170.

In diese Welt der Arbeit tauchten nun technische Prüfer ein, als eine dem Emissionsschutz angemessene bauliche Veränderung der Anlagen bevorstand. Auf der Grundlage von Meßergebnissen des Technischen Überwachungsvereins Rheinland ließ das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt des Landes Rheinland-Pfalz ein umfangreiches Sanierungskonzept zur Emissionsminderung bleihaltiger Stäube von der Gewerbeaufsicht ausarbeiten. Die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt Speyer lieferte eine mächtige „Gutachtliche Stellungnahme" über die „reale nahrungsbedingte Bleiaufnahme der sich aus Hausgärten ernährenden Bevölkerung im Einflußbereich der Anlagen der Blei- und Silberhütte Braubach" und erweiterte das Ganze noch um eine Cadmium-Untersuchung.

Bürgermeister Albert Doerschug sah sein Städtchen genau zu dem Zeitpunkt des vorigen Jahres, zu dem die Sonderzüge zum Braubacher Winzerfest anrollten, im Mittelpunkt ernster Betrachtungen über „extreme Schwermetallbelastung". Seine „schön gelegene Sommerfrische mit Amtsgericht, Oberförsterei, Bergbau und Mineralquellen", so ein Jahrhundertwende-Lexikon über den Ort, erschien da in streng wissenschaftlicher Sprache als ein Punkt in der Landschaft, den die Industrie verseucht hatte, wo man hinter der Bleihütten-Mauer aus den Hausgärten zumindest Petersilie, Mangold und Feldsalat gleich nach der Ernte auf den Müll zu werfen hatte. In der Zusammenfassung des Gutachtens hieß es zwar, eine Cadmium-Belastung sei nicht nachweisbar, und die Bleibelastung bei der Ernährung aus hüttennahen Hausgärten halte sich „im Mittel bei 55 Prozent" der von der Welt-Gesundheits-Organisation (WHO) vorgegebenen Werte. Aber einzelne Zahlen waren eben doch beunruhigend, weil da noch die „Altlasten" da waren, streng genommen seit der Zeit der Grafen von Katzenelnbogen, die da schon schürfen und kratzen ließen.

Im ersten Anlauf wurden nun neue verbesserte Filter-Anlagen eingebaut. Der Transport der „Einsatzstoffe" geht nicht mehr in offenen Loren quer durch den Ort vor sich. Kein Auto verläßt die Bleihütte, ohne eine „Reifenwaschanlage" zu passieren. Alte Halden verschwanden. Die Rest-Sanierung, die im März 1983 begann, dauert ein Jahr. Eine Akkuschrott-Aufbereitungsanlage wird gebaut, bei der alle Tätigkeiten, die jetzt noch unter freiem Himmel über die Bühne gehen, praktisch unter einer Käseglocke verschwinden.

Nur die drei großen Schornsteine oben auf dem Berg bleiben. Als Denkmal an die Vergangenheit? Nein, meint man in der Hütte, die werden noch gebraucht.



Kreislauf FOTO: CHRISTINA FALK

Amtlich in Schweden: Kind ohne Vater möglich

Künstliche Befruchtung rechtlich nicht abgesichert

R. GATERMANN, Stockholm

Wenn künftig der heute dreieinhalbjährige Lars im nordschwedischen Kalix gefragt wird, wer sein Vater ist, kann er mit Recht behaupten: „Ich habe keinen." Als Beweis kann er die Urteile sämtlicher drei Rechtsinstanzen bis hinauf zum Obersten Gerichtshof Schwedens vorlegen. Lars ist das bisher tragischste Opfer der künstlichen Befruchtung und des auf diesem Gebiet herrschenden gesetzlosen Zustands.

Der in Schweden einmalige Fall, über den am vergangenen Freitag der Oberste Gerichtshof sein Urteil fällte, begann 1970, als Lars' Mutter heiratete. Sie wollte gern ein Kind haben, wurde aber nicht schwanger. 1973 stellte ein Arzt die Sterilität des Mannes fest. Eine Adoption kam nicht in Frage, die Frau wollte ihr Kind selbst austragen. Nach achtjähriger Kinderlosigkeit entschloß sie sich zur künstlichen Befruchtung, der Mann stimmte ihr mündlich zu. Danach begann es in der Ehe zu kriseln; vor dem vierten Besuch seiner Frau in der gynäkologischen Klinik erklärte der Mann, mit einer künstlichen Befruchtung nicht mehr einverstanden zu sein. Seine Frau bestand jedoch auf einem weiteren Versuch und wurde schwanger; das war 1978.

Einen Monat vor der Geburt reichte der Mann die Scheidung ein, die Frau verweigerte die Unterschrift. Mit Lars' Geburt verbesserte sich das Eheklima etwas, der „Vater" kümmerte sich die folgenden 15 Monate sehr um das Kind. Aber zwei Jahre später kam es endgültig zur Trennung, und der Mann forderte vor Gericht die Befreiung von der Vaterschaft. Als Beweis legte er den ärztlichen Befund über seine Sterilität vor, ein juristisch unanfechtbares Dokument. Der biologische Vater aber ist unauffindbar. Nach der festgestellten Schwangerschaft werden – so sind die von der Obersten Sozialbehörde aufgestellten Regeln – die entsprechenden Papiere vom Krankenhaus zerstört, um die Anonymität des Spenders zu wahren.

In drei Instanzen bis hinauf zum Obersten Gerichtshof wurde nun Lars als vaterlos erklärt. Justizombudsmann Tor Sverne, zuständig für die gesamte Problematik der künstlichen Befruchtung, zeigte sich von den Urteilen keineswegs überrascht. Sie hätten nicht anders ausfallen können, sagte er. Niemand nimmt Rücksicht auf die seelische und soziale Situation des Jungen. Er muß dafür büßen, daß es in Schweden zwar seit zehn Jahren Kliniken gibt, die mit Genehmigung der Obersten Sozialbehörde die Insemination vornehmen, daß die Politiker aber bisher nicht in der Lage waren, hierfür den erforderlichen gesetzlichen Rahmen zu schaffen. Übrigens steht Schweden damit nicht alleine da. Ähnlich unsicher ist die Rechtslage auch in anderen westeuropäischen Ländern.

Lars' Rechtsbeistand forderte nach diesem Urteil ein Verbot der künstlichen Befruchtung. Dazu erklärte die Sozialbehörde: „Wir können die artifizielle Insemination ebensowenig verbieten wie den Geschlechtsverkehr." Diese Antwort kommt ungeachtet der Tatsache, daß es in Schweden inzwischen rund 2000 Kinder gibt, die mit Hilfe der künstlichen Befruchtung gezeugt wurden, jährlich kommen 200 bis 250 hinzu. Der Justizombudsmann teilt zudem die Auffassung von Lars' Rechtsanwalt, daß „das Einverständnis des Mannes zur künstlichen Befruchtung rechtlich bedeutungslos ist. Die Väter und Männer, gleichgültig, ob verheiratet oder nicht, die ihr Einverständnis zu den heute lebenden 2000 Inseminationskindern gegeben haben, können jederzeit die Forderung stellen, von der Vaterverantwortung befreit zu werden."

Mit einer gesetzlichen Regelung dieser Problematik ist in Schweden erst 1985 zu rechnen.

LEUTE HEUTE

Schauspieler verhaftet

Der 56jährige Fernsehschauspieler, Regisseur und Produzent **Jürgen Goslar** ist verhaftet worden. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm Steuerhinterziehungen vor. Goslar, der sich mit Abschreibungsproduktionen im Filmbereich beschäftigt hat, soll Steuerhinterziehungen in der Größenordnung von annähernd 800 000 Mark begangen haben.

Späte Premiere

Im Krakauer Industrievorort Nowa Huta hat jetzt das Drama „Hiob" seine Welturaufführung erlebt. Autor: der 19jährige **Karol Wojtyla**, der heutige Papst **Johannes Paul II.** (62). Der Papst war, während er das Stück über das alttestamentarische Drama schrieb, noch Student der Krakauer Jagiellonen-Universität.

ETA entführt Millionär

Die spanische Polizei fahndete am Wochenende fieberhaft nach dem am Freitag in Madrid entführten Geschäftsmann **Diego Prado y Colon de Carvajal**. Sie hat eine Belohnung von 380 000 Mark für die Ergreifung der Täter ausgesetzt. Der Millionär war aus seiner Garage heraus vermutlich von Angehörigen des militärischen Flügels der baskischen Separatistenorganisation ETA verschleppt worden. Ein anonymer Anrufer reklamierte die Entführung jedenfalls als Tat der ETA und begründete sie mit der Freundschaft der Familie de Carvajals mit König **Juan Carlos**.

Professor als Hochstapler verhaftet

SAD, Harrisburg

Ein „falscher" Professor, dessen Eskapaden tagelang die US-Öffentlichkeit beschäftigten, entpuppte sich jetzt zu allgemeiner Verblüffung als echter Professor, der aus Geldnot unter verschiedenen Namen an fünf Hochschulen gleichzeitig lehrte. Der zunächst als gewöhnlicher Hochstapler verdächtige Mann stellte sich als der 60jährige Paul Crafton heraus, der seit 1956 als ordentlicher Professor der angesehenen George-Washington-Universität in Washington D. C. Verwaltungstechnik gelehrt hat.

Von dieser Position wurde er jetzt suspendiert, nachdem sich ergeben hatte, daß er allein in jüngster Zeit an vier weiteren Hochschulen in den nahen Bundesstaaten Pennsylvania, Maryland und Delaware unter falschen Namen Lehrstühle für Mathematik, Volkswirtschaft, Buchführung und Betriebswirtschaft innehatte.

Der Professor brachte es auf das beachtliche Jahreseinkommen von umgerechnet etwa 225 000 Mark, indem er den Umstand ausnutzte, daß er an jeder Hochschule nur einmal in der Woche zu unterrichten brauchte.

Selbst Staatsanwalt Leroy Zimmermann zeigte sich von den Aktivitäten des Hochschullehrers beeindruckt. „Ein Beweis, was Beharrlichkeit und Intelligenz vermögen", meinte er.

Britisches Königshaus über „Scherzfragen" verärgert

Ein Jugend-Buch verspottet den Tod Lord Mountbattens

AP, London

Zwei geschmacklose „Scherzfragen" zur Ermordung des Earls Mountbatten, eines Onkels von Prinzgemahl Philip und Vetters von Königin Elizabeth, haben jetzt das britische Königshaus in Harnisch gebracht. Ein Sprecher des königlichen Pressesekretärs bezeichnete die in einem Kinderbuch veröffentlichten Fragen als „von schlechtestmöglichem Geschmack". Der Earl Mountbatten war in der königlichen Familie sehr beliebt. Er ist am 27. August 1979 bei einem Bombenanschlag der nordirischen Separatistenorganisation IRA an der irischen Küste ums Leben gekommen. IRA-Terroristen hatten im Boot des Earls einen Sprengkörper versteckt. Die Explosion tötete den 79jährigen Adeligen, seinen Enkel, die Schwiegermutter seiner Tochter und einen Schiffsjungen.

Gefragt wird in dem Buch: „Was ist weiß und fliegt über die Irische See?" Antwort: „Die Pantoffeln von Earl Mountbatten." Die zweite Frage lautet: „Woran kann man erkennen, daß der Earl Mountbatten Schuppen hatte?" Antwort darauf: „Man hat von ihm ‚Kopf und Schultern' am Strand gefunden." „Kopf und Schultern" (Head and Shoulders) ist der Name eines in Großbritannien verbreiteten Kopfwaschmittels gegen Schuppen.

Die Fragen sind in einem Buch über Kinderrätsel aus fünf Jahrtausenden enthalten, das vom Verlag des ehemaligen Premierministers Harold Macmillan herausgegeben wurde. Sie wurden vom Kinderbuchautor Kevin Crossley-Holland zusammengestellt und sollen einen Überblick über den Geschmack von Kindern im Wechsel der Zeit geben.

Auch eine dritte „Scherzfrage" brachte die Gemüter auf und den konservativen Abgeordneten John Carlisle dazu, eine offizielle Untersuchung im Unterhaus zu beantragen. „Warum hat sich (der argentinische Staatschef) Galtieri ein Boot mit Glasboden gekauft? – Damit er sich seine Luftwaffe ansehen kann." Damit wird auf die argentinischen Verluste im Falkland-Krieg angespielt, der 712 Argentiniern und 255 Briten das Leben gekostet hat.

Auch der Autor Crossley-Holland bezeichnet die zitierten Beispiele als „von unerhört schlechtem Geschmack". Aber gerade deswegen seien sie zu Recht in die Sammlung aufgenommen worden.

Der Verlagsleiter des Macmillan Verlags, Alexander Macmillan, verteidigt ebenfalls die Veröffenlichung der Fragen. „Ich gebe zu, daß die Witzchen von schlechtem Geschmack zeugen. Aber ich glaube, sie sind eine genaue Wiedergabe des Geschmacks der Kinder. Das Buch sollte den Humor der Kinder wiedergeben, und ich glaube, es wäre falsch gewesen, die häßliche Seite ihres Humors wegzulassen."

Mysteriöse Todesseuche in Lipizzaner-Gestüt

KURT POLLAK, Wien

Eine mysteriöse Seuche, die vor einigen Tagen im Lipizzaner-Gestüt in Piber (Steiermark) ausgebrochen ist, droht den Pferdebestand der weltberühmten Spanischen Reitschule ernsthaft zu gefährden. Es handelt sich um eine Viruserkrankung, von der bis jetzt nur weibliche Tiere betroffen wurden. Innerhalb weniger Tage verendeten zehn Stuten und etwa ein Drittel der im Gestüt geborenen Fohlen – genaue Ziffern wurden bisher nicht bekanntgegeben. Das für die Lipizzaner zuständige Landwirtschaftsministerium in Wien verhängte vorerst eine Nachrichtensperre. Ein Sprecher des Ministeriums: „Wir können uns derzeit nur auf Vermutungen und vage Angaben stützen. Erst wenn die Situation geklärt ist, wird die Öffentlichkeit informiert." Diese ungewöhnliche Maßnahme führte am Wochenende in Wien zu wilden Gerüchten. Selbst von einem Giftanschlag auf die wertvollen Zuchtstuten war die Rede.

Das Massensterben der Lipizzaner-Stuten nahm vor etwa zwei Wochen seinen Anfang. Trotz energischer veterinärärztlicher Gegenmaßnahmen konnte der tödliche Erreger bisher nicht isoliert werden. Der Landesveterinärrat der Steiermark, Othmar Schmehlik, erklärte lediglich: „Es handelt sich um eine Viruserkrankung, die auch Früh- und Totgeburten hervorruft."

Das Gestüt in Piber bleibt vorerst für die Öffentlichkeit gesperrt. Auch den Lipizzaner-Hengsten aus Wien, die zu Fortpflanzungszwekken normalerweise zu „Gastspielen" in das Gestüt abkommandiert werden, wurde vorerst eine Zwangspause verordnet ...

WETTER: Es bleibt wechselhaft

Wetterlage: Im Bereich einer Tiefdruckrinne, die sich von der Nordsee zum westlichen Mittelmeer erstreckt, bestimmt kühle und wolkenreiche Meeresluft das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Montag

Ganz Deutschland: Wechselnde, verbreitet starke Bewölkung. Gelegentlich etwas Regen, im höheren Bergland Schneefall. Tagestemperaturen 4 bis 7 Grad, nächtliche Tiefstwerte je nach Bewölkungsmenge zwischen plus 4 und null Grad Celsius. In den Alpen in 2000 Meter um minus 8 Grad. Meist nur schwacher Wind, im Süden aus südlichen, im Norden aus nordwestlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Weiterin wechselhaft. Temperaturen wenig verändert.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	4°	Kairo	32°
Bonn	5°	Kopenh.	3°
Dresden	5°	Las Palmas	–
Essen	4°	London	7°
Frankfurt	4°	Madrid	7°
Hamburg	3°	Mailand	12°
List/Sylt	2°	Mallorca	14°
München	3°	Moskau	12°
Stuttgart	4°	Nizza	14°
Algier	17°	Oslo	1°
Amsterdam	5°	Paris	4°
Athen	14°	Prag	5°
Barcelona	13°	Rom	10°
Brüssel	5°	Stockholm	2°
Budapest	3°	Tel Aviv	–
Bukarest	15°	Tunis	14°
Helsinki	–1°	Wien	5°
Istanbul	17°	Zürich	2°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 7.06 Uhr, Untergang: 19.49 Uhr, **Mondaufgang:** 20.42 Uhr, Untergang 7.50 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Turban-Freiheit in allen (britischen) Lebenslagen

FRITZ WIRTH, London

Gurinder Singh Mandala ist über Nacht für die 300 000 Sikhs in Großbritannien zu einer Symbolfigur geworden. Er hat für sich und seine Brüder einen der wichtigsten und emotionalsten Siege über die Briten gewonnen seit jenen turbulenten Tagen, da sie sich in ihrer Heimat blutige Schlachten mit ihnen lieferten. Dieser jüngste Sieg freilich war sehr unblutig, dennoch süß. Er sichert den Indern das Recht, einen Turban zu tragen.

Fünf britische Lordrichter haben das ausdrücklich bestätigt und revidierten damit einen Urteilsspruch des kürzlich zurückgetretenen höchsten britischen Richters Lord Danning.

Begonnen hatte der Rechtsstreit vor fünf Jahren, als der Rechtsanwalt Sewa Singh Mandala seinen damals 13jährigen Sohn Gurinder Singh auf einer Privatschule in Birmingham anmelden wollte. Der Fall wäre problemlos gewesen, wenn der Rechtswanwalt nicht darauf beharrt hätte, daß sein Filius auf dieser Schule seinen Sikh-Turban trage. Der Turban ist für die Sikhs Teil ihrer kulturellen und religiösen Identität. Der Rektor der Schule, Audlee Dowell Lee, sagte strikt nein.

Sein Argument: An seiner Schule tragen alle Schüler eine einheitliche Uniform. Bereits eine einzige Ausnahme, eben das Tragen eines Turbans, mache Sinn und Selbstverständnis eines solchen Prinzips hinfällig. Außerdem sei in diesem Falle der Sikh-Turban eine offene Provokation. Seine Anstalt sei eine betont christliche Schule, der Turban aber das Symbol einer nichtchristlichen Sekte.

Dabei hatte der Schulleiter prinzipiell nichts gegen Sikhs in seiner Anstalt. Nur diejenigen, die zum damaligen Zeitpunkt seine Schule besuchten, hatten alle auf das Tragen ihrer Turbane verzichtet. Rechtsanwalt Mandala mochte diese Konzession jedoch nicht machen. Sein Sohn wurde abgewiesen. Er besuchte eine andere britische Schule, die kein Turban-Verbot kennt.

Sein Vater jedoch brachte den Rektor wegen „indirekter Rassen-Diskriminierung" vor Gericht. Er wurde vor einem Jahr vom damaligen Lordrichter Danning mit der Begründung abgewiesen, daß die Sikhs keine Rasse, sondern eine religiöse Sekte seien und daß daher von Rassendiskriminierung keine Rede sein könne. Dieser Spruch nun wurde jetzt von den Lordrichtern einstimmig aufgehoben. Sie befanden, die Sikhs seien mehr als eine religiöse Sekte, sie seien „beinahe eine Rasse und beinahe eine Nation".

Tatsächlich hat es für die Sikhs, deren Gesamtzahl auf neun Millionen geschätzt wird, von denen die meisten im Pundjab leben, immer eine enge Verbindung von Religion und Politik gegeben. Der Wunsch nach einem unabhängigen Sikh-Staat ist Teil ihres Glaubensbekenntnisses. Die Sekte ist rund 500 Jahre alt und geht auf ihren Ur-Guru namens Nanak zurück.

Sie haben in ihrer Geschichte freilich mit den britischen Eroberern und Besatzern keineswegs immer nur im Krieg gelebt. Es gab vielmehr eine bemerkenswerte Loyalität der Sikhs zur Krone. Im Ersten Weltkrieg stellten sie 20 Prozent der britischen Armee in Indien. Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch schlossen sich viele von ihnen der Freiheitsbewegung Gandhis und deren gewaltlosen Widerstand gegen die Briten an.

Der jüngste Turban-Erlaß des Oberhauses hat weitreichende Bedeutung. Er macht dieses Kleidungsstück nicht nur zum legitimen Teil oft jahrhundertealter urbritischer Schuluniformen, er ist vielmehr für zahlreiche andere Minoritätsgruppen wie Zigeuner und Rastafarians mit ihren oft wesentlich auffallenderen rituellen Kleidungsstücken ein bedeutender Präzedenzfall. Die Rassisten der rechtsextremen „National Front" haben gegen diesen Urteilsspruch der Lords bereits entschiedenen Widerstand angekündigt und man weiß, daß dieser Widerstand keineswegs gewaltlos ist.

Einige Sikhs in Großbritannien, die für den Turban des Schülers Gurinder Singh Mandala fünf Jahre kämpften und unzählige Massendemonstrationen mit oft 10 000 Teilnehmern organisierten, verstehen den Turbansieg nur als einen ersten Sieg einer viel größeren Kampagne. Sie wollen absolute Turban-Freiheit in allen Lebenslagen, beispielsweise auch für Motorradfahrer.

Die britische Polizei jedoch ist unbeugsam. Für den Turban an der Schulbank ist das Rassen-Diskriminierungsgesetz zuständig, für den Sturzhelm auf dem Moped die Straßenverkehrsordnung. Und diese kennt keine Sikhs, Buddhisten oder Christen, sondern nur Verkehrsteilnehmer. Und für die gibt es nur einen einzigen Guru, den unverwüstlichen britischen Bobby.

Nur jeder 33. Afrikaner wird 65 Jahre alt

100 Erdbeben-Opfer in Ira

Disco-Besuch endete

Erpresser verhaftet

Massenkarambolage in „DDR"

Beta-Blocker empfohlen

Hochseil-Rekord

ZU GUTER LETZ

